

EKKEHART GÄMLICH

Die endgültige Regelung des Nahost-Konfliktes

durch
die Errichtung einer
öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte
für
das palästinensische Volk
außerhalb Palästinas

Liebe Leserin, lieber Leser,

zunächst darf ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie ein Buch mit diesem nonkonformistischen Untertitel erworben haben.

Möglicherweise ist "Buch" für diese Lektüre etwas zu hoch gegriffen. Es ist wohl eher als Text eines Vortrages zu definieren; eines Vortrages, in dem Interessierten (oder Interessenten) ein neues Produkt, ein neues Konzept oder eine neue Idee präsentiert wird.

Unter diesem nonkonformistischen Untertitel möchte ich Ihnen ebensolche Gedanken vorstellen, denn ich zähle zu jenen, die absolut nicht glauben können, dass die jetzt angestrebte Lösung – zwei stark wachsende Völker teilen sich ein zu kleines Land – jemals zu einer wirklichen Lösung des Nahost-Konfliktes führen kann.

- Sie wird für Israel keine zukunftstaugliche Dauer-Lösung bringen
- und für das palästinensische Volk kann ein lebensunfähiger "Flicken-Teppich-Staat" schon gar keine Perspektive darstellen.

Zu befürchten ist, dass sich beide Völker – wegen ihres jahrzehntelangen Gegeneinanders – irgendwann so geschwächt haben, dass ihnen durch Druck von außen eine Problem-Lösung aufgezwungen wird. Es besteht die Gefahr, dass diese "Lösung" primär geopolitischen Erfordernissen entspricht, "endlich Ruhe in der Region zu bekommen" und dass dabei die Belange beider Völker zu kurz kommen. Ebenso wird eine Lösung keine Dauer-Lösung sein können, die ein sehr starker Partner einem sehr schwachen aufzwingt.

Daraus kann bestenfalls ein aufgeschobenes – oder verschlepptes – Problem werden, oder schlimmstenfalls der Nährboden weiterer,

womöglich noch schlimmerer Konflikte.

Das haben beide geschundenen Völker wahrhaft nicht verdient.

Im Marketing-Bereich kennt man ein Schema der "strukturierten Vorgehensweise bei der Problem-Lösung". Es besteht aus vier Stufen:

1. Was ist das Problem?
2. Wodurch ist das Problem entstanden?
3. Welche Lösungs-Möglichkeiten gibt es?
4. Was ist die Erfolg versprechendste Problem-Lösung?

Ungeschulte Verkaufs-Teams gelangen in der Regel bis Stufe 2.

Sie kennen das Problem und wissen auch ganz genau, wie das Problem entstanden ist. Sie können sich gegenseitig mit unzähligen Details und Argumenten "tot schmeißen" und stundenlang von Misserfolgen erzählen. Aber das bringt sie nicht weiter, sondern sie demotivieren sich selbst und landen immer wieder - und immer wieder – in der gleichen "Sackgasse".

Genau das scheint mir seit Jahrzehnten Stand beim Nahost-Konflikt zu sein. Man ist über Stufe 2 nicht hinausgekommen.

Seit Jahrzehnten können beide Völker – und deren Verbündete - nur eines vorweisen, nämlich die Misserfolgs-Historie, das Problem zu lösen, das Verharren in Sackgassen.

"Das Camp-David-Abkommen ist ein Meilenstein zur Lösung des Nahost-Konfliktes", meinte man damals. – Damals!

Damals bestand der Staat Israel 30 Jahre.

Am 17.9.2008 ist dieses Abkommen 30 Jahre alt geworden.

Nach 30 Jahren, und im 60. Jahr des Staates Israel, dauert dieser Konflikt immer noch an.

- Warum könnte man beim Nahost-Konflikt über Stufe 2 nicht hinaus gekommen sein?

Etwa deswegen, weil jede Seite genau weiß, - es aber nicht offen sagt, - dass derzeitige Konzepte für beide Seiten keine wirkliche Lösung darstellen können?

Streitet man über Vordergründiges, Tagespolitisches, wird aber von Hintergründigem angetrieben?

- Wenn beide Seiten wirklich lieber diese Angelegenheit offen halten wollen, statt sich auf fatale, folgenreiche Kompromisse einzulassen, kann man den Akteuren beider Seiten nur Verantwortungsbewusstsein ihren Völkern gegenüber bescheinigen.-
- Trotzdem kommen wir so nicht weiter.

Im Marketing besitzt das "vom Tagesgeschäft und Tagesfrust losgelöste Team-Gespräch in Stufe 3". einen sehr hohen Stellenwert: "Wir waren bisher erfolglos. Aber gibt es wirklich nur den einen Weg, die eine Möglichkeit, das eine Konzept.....usw.? –

Vergessen wir doch einmal unsere vergangenen Misserfolge.

Analysieren wir, welche Möglichkeiten uns außerdem noch zur Verfügung stehen. Sammeln wir Ideen, suchen wir die beste Idee und entwickeln daraus – in Stufe 4 - eine neue Strategie."

- Und das soll in der großen Politik funktionieren?

Warum denn nicht? –

Betrieblicher Misserfolg ist schließlich im persönlichen Leben auch keine Kleinigkeit. Er kann die Existenz kosten – und was das heißt, muss heute wohl niemandem mehr erklärt werden.

Im Gegenteil: Wir leben in einer Zeit, in der (global-)wirtschaftliche Belange in bisher nicht gekannter Weise unser Leben, bis hin zu staatlichem Handeln, dominieren.

Warum finden eigentlich bisher bewährte Instrumente und Strategien aus der Wirtschaft kaum Anwendung in der internationalen Politik, in zwischenstaatlichem Handeln, bei Problem-Lösungen, oder bei vorausschauender Problem-Prävention? –

- "Patent-Rezepte", oder gar ein "Gutachten mit Erfolgsgarantie", sollte man auf den folgenden Seiten, bitte, nicht erwarten.
- Hier wird Ihnen eine "Idee" vorgestellt und deren Praktikabilität begründet.

Also:

Analysieren wir die Lage aus der Sicht Außenstehender. Distanziert.-
Aber dennoch voll Sympathie für beide Völker.

Suchen wir Antworten. Antworten, die zum unbefangenen Weiterdenken anregen, die den "Sanierungsfall Nahost-Konflikt" lösen könnten, - oder mindestens weiterbringen,

Fragen wir im Sinne der angesprochenen Stufe 3:

"Gibt es denn wirklich nur den einen, jetzt angedachten Lösungsweg?"

Antwort: "Nein, es gibt mehrere – und alle sind besser, als das, an dem man jetzt werkelt."

- Das Konzept, das Ihnen hier vorgestellt wird, kann zudem auch dann noch realisiert werden, wenn (beispielsweise durch Druck von außen) eine vermeintliche Lösung gefunden wurde, - die aber gar nichts löst.

Frage: "Wäre dieses Konzept wirklich für beide Seiten praktikabel, gerecht, akzeptabel, zukunftstauglich?"

Bitte, liebe Leserin, lieber Leser, beantworten Sie diese Frage selbst, wenn Sie dieses Buch gelesen haben.

1. Beide Völker sind Opfer der Geschichte

Aus der Geschichte können beide Völker einen begründeten Anspruch auf Palästina – und Jerusalem - herleiten. Das israelische Volk hat zweifellos den älteren Anspruch, religiös aus der Bibel und historisch, aus biblischer Zeit. König David eroberte etwa 1.000 v. Chr. Jerusalem.

Aber das palästinensische Volk kann belegen, dass deren Vorfahren 637 n. Chr. Jerusalem eroberten und 1.099 n. Chr. gegen die Kreuzritter kämpften. Nach den Kreuzrittern - ab 1244 - war Jerusalem wieder moslemisch.

Gleichgültig, wer sich auf welche Jahreszahl beruft, alles war lange, lange vor 1492. Damals entdeckte Kolumbus Amerika. – Heute würde kaum ein Amerikaner darüber diskutieren, "wem gehört dieses Land"? Bringt uns also diese Art von Geschichtsbetrachtung weiter? Nein, - denn wir landen nur in immer neuen Sackgassen.

Ein Gesichtspunkt erscheint aber im Sinne des Themas durchaus erwähnenswert, nämlich die Toleranz, die Jahrhunderte lang zwischen Juden und Moslems herrschte, im Gegensatz zur Intoleranz der Christen gegenüber den Juden. Dazu zwei Beispiele:

1.

711 n. Chr. eroberten moslemische Mauren Spanien. Moslems, Juden und Christen lebten danach friedlich miteinander. Sie brachten Handel, Gewerbe Kultur und Landwirtschaft zu unglaublicher Blüte. Bedeutende Wissenschaftler aller Religionen beeinflussten von dort das gesamte europäische Mittelalter.

Die "Reconquista" der katholischen Könige Spaniens – im Bündnis mit der "Heiligen Inquisition" - beendeten dieses vorbildliche Zeitalter ganz im Geiste des "unduldsamen Katholizismus":

1492 wurden alle Juden verjagt und bis 1609 fast alle der über 250.000 dort verbliebenen Mauren.

2.

Seit dem Mittelalter ist Jerusalem in vier Stadtteile aufgeteilt.

Im Nordwesten liegt das Viertel der Christen, im Osten das der Muslime, im Süden ist das Judenviertel und im Südwesten das der Armenier. Sie lebten Jahrhunderte lang in Frieden unter der Herrschaft des moslemischen Osmanischen Reiches.

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund bedeutet der Nahost-Konflikt eine (hoffentlich kurzfristige) Störung eines Jahrhunderte lang von Toleranz geprägten Verhältnisses zwischen Juden und Moslems. Diese Störung wurde beiden von Dritten aufgezwungen, denn ein weiterer Gesichtspunkt verdient ausführliche Betrachtung:

- Beide Völker sind Opfer der Geschichte. – Beide Völker!

Ohne Zweifel ist das jüdische Volk – durch die Jahrhunderte - das "verfolgteste Volk" im christlichen Kulturraum. Juden waren als Nicht-Christen quasi rechtlos. Gegen Zahlung besonderer Abgaben konnten sie sich, besonders in einzelnen Reichsstädten, gewisse (Schutz-) Privilegien erkaufen, die für jeden Christen als Selbstverständlichkeit galten.

Bereits im Hoch-Mittelalter trat die Kirche für eine "strengere Isolierung der Juden" von der "rechtgläubigen" christlichen Bevölkerung ein. Den

Juden wurden in den Städten bestimmte Wohnviertel zugewiesen (Ghettos).

Seit dem Vierten Lateran-Konzil im Jahre 1215 war ihnen besondere Kleidung als äußeres Kennzeichen vorgeschrieben, nämlich ein spitzer Hut (Judenhut) und ein gelber Fleck.

Der gelbe "Judenstern" der Nazis hatte also Vorläufer und Vorbilder.

Für Juden galten Berufsverbote. Christen war verboten, mit Juden in "Tischgemeinschaft" zu leben oder für sie als Dienstboten zu arbeiten, getreu dem Motto: "Teile und herrsche: Hier die Guten, dem Wort der heiligen Mutter Kirche folgend – und dort jene Ungläubigen, deren Vorfahren unseren Heiland ans Kreuz nagelten und riefen: 'Sein Blut komme über uns und unsere Kinder'. " ("Gottes-Mörder")

Für dieses Blut haben christliche Kirchen gesorgt, geschürt, gehetzt. Mehr oder weniger galt dieses für alle christlichen Glaubensrichtungen. Immer wieder kam es zu schrecklichen Juden-Verfolgungen (Pogromen) –Vertreibungen, -Ermordungen. Und es soll bloß niemand sagen, "das waren Auswüchse, die die Kirche(n) nicht wollte(n)". Im Mittelalter geschah nichts gegen den Willen der mächtigen "christlichen" Kirchen.

Jesus Christus war selbst Jude. Den Gott der Juden nannte er seinen Vater. Er predigte und lebte Nächstenliebe, ja Feindesliebe. Was hätte er wohl zu dem gesagt, was seine "Gläubigen" - in seinem Namen – Jahrhunderte lang mit seinem Volk (und nicht nur mit diesem) - anrichteten?

Im 19. Jahrhundert hatten Juden in Westeuropa Fortschritte bei der rechtlichen Gleichstellung und Integration (Assimilation) erreicht.

Es war eine Hoffnung vieler westeuropäischer Juden, dass in künftigen demokratisch-parlamentarischen Gesellschaften der Spuk des Antisemitismus vorüber sein wird.

Zu dieser (zu) optimistischen – und letztlich für deutsche Juden verheerenden – Einschätzung konnten die Juden Osteuropas und Russlands nicht gelangen. Für westeuropäische Begriffe herrschten diesbezüglich dort noch fast mittelalterliche Verhältnisse.

1881 wurde der russische Zar Alexander II. ermordet. Als sich herausstellte, dass der Attentäter ein Jude war, schürte die russische Regierung den ohnehin latent vorhandenen Antisemitismus. Viele jüdische Gemeinden wurden von Pogromen heimgesucht.

Unter diesem Eindruck erschien 1882 die Schrift des Arztes Leon Pinsker aus Odessa "Autoemancipation". Sie gilt als "Geburt der zionistischen Idee" und postuliert: Nur die Rückbesinnung auf die Wurzeln des Judentums, auf jüdische Identität und die Gründung eines jüdischen Staates kann eine Lösung für die Juden bringen.

Waren die Gedanken Pinskers eher national-religiös-idealistisch, erfuhr der Zionismus durch den Publizisten und Politiker Theodor Herzl realpolitische Impulse. Als Korrespondent der angesehenen Wiener Zeitung "Neue Freie Presse" berichtete er über den skandalösen Dreyfus-Prozess in Frankreich. Er schloss daraus, dass selbst in liberalen westeuropäischen Demokratien, wie Frankreich, der Judenhass Bestand haben würde.

In seinem Buch "Der Judenstaat" entwickelte er 1896 seine Vision der "Rück-Besiedelung Palästinas", dem gelobten Land der Stämme Israels.

Der 1897 von Herzl in Basel einberufene erste Zionistische

Weltkongress verabschiedete die "Basler Erklärung", deren Kernsatz lautet:

- "Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina".

Der Zionismus ist damit letztlich eine Reaktion auf Jahrhunderte lang erlittenes Unrecht. Es sollte Schluss sein mit Einschränkungen, Selbstverleugnung und Rechtlosigkeit in der Diaspora. Die Zionisten beanspruchten das Recht, das jedem Volk zusteht:

"Ein freies Volk in unserem Land" heißt es in der israelischen Nationalhymne.

In den Jahren 1882 bis 1904 wanderten die ersten 35.000 Juden aus Russland und Rumänien nach Palästina aus. Mit finanzieller Unterstützung durch Edmund de Rothschild kauften sie Land und gründeten erste jüdische Orte.

1917 kam jener Arthur James Earl of Balfour ins Spiel. Auf Initiative von Vertretern des Zionismus – N.Sokolow und C.Weizmann – erklärte er in einem Brief an Lord Rothschild, am 2. November 1917:

- "Die Regierung seiner Majestät betrachtet die Errichtung einer Nationalheimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird keine Mühe scheuen, die Erreichung dieses Zieles nach Kräften zu fördern." (Balfour-Deklaration).

Diese Deklaration erfolgte im dritten Jahr des 1. Weltkrieges, in einer für die Ententemächte kritischen Kriegslage. Beispielsweise scherte im November 1917 Russland aus der Koalition gegen Deutschland aus.

Wer sich mit der Geschichte der Juden in der Diaspora beschäftigt, wird für diese "Schaffung einer Nationalheimstätte" mindestens Verständnis aufbringen, wenn nicht sie begrüßen.

Äußerst kritikwürdig ist aber die Strategie jenes Arthur James Earl of Balfour, die ihn zu einem der Väter des "Nahost-Konfliktes" machte.

Der Earl wurde am 25.7.1848 geboren und starb am 19.3.1930.

1887 – 1890 war er Irland-Minister,

1902 – 1905 Premier-Minister,

1916 - 1919 Außen-Minister,

1925 – 1929 Lord-Präsident.

Als Lord-Präsident erschuf er den Begriff "British Commonwealth".

Der Earl war also ein führender Politiker einer damaligen Weltmacht, die in dieser Zeit als größte Kolonialmacht galt.

Arthur James Earl of Balfour dachte – und handelte, – wie in jener Zeit Kolonial-Politiker oder Kolonial-Herren zu denken und zu handeln pflegten. Richtschnur des Handelns jener Kolonial-Herren war ausschließlich – wirklich ausschließlich - das imperiale Interesse ihres Landes.

Die von ihnen beeinflussten, abhängigen oder beherrschten Völker wurden für die Interessen der Kolonialmacht – je nach Interessenlage - "benutzt". Fast alle am 1. Weltkrieg teilnehmenden Staaten – mit Ausnahme der USA - waren Kolonialmächte.

Wie könnte die Interessenlage der beteiligten Kolonial-Mächte hinsichtlich des Nahen Ostens zu jener Zeit gewesen sein?

Wie wurde wer (zeitweise) "benutzt"?

Im Januar 1916 wurde das "Sykes-Picot-Geheim-Abkommen"

ausgehandelt und mit einem Schriftwechsel im Mai 1916 bestätigt. Es trägt den Namen der beiden Unterhändler, dem Briten Sir M. Sykes und dem Franzosen C.F.G.Picot.

Darin legten die beiden Ententemächte Großbritannien und Frankreich die Aufteilung – oder "Neuordnung" - der arabischen Gebiete des Osmanischen Reiches nach dem 1. Weltkrieg fest. Dieses geschah also bereits über zwei Jahre vor Beendigung des 1. Weltkrieges und der Kapitulation des zu den Achsenmächten zählenden Osmanischen Reiches (damals "der kranke Mann vom Bosphorus") . Weitere Infos: Brockhaus multimedia 2009 und Google: Sykes-Picot-Abkommen

- Man definierte zwei Arten von Gebieten: Einflusszonen und Gebiete unter direkter Verwaltung der jeweiligen Macht.

Großbritannien erhielt demnach den südlichen Irak und Palästina in direkter Verwaltung. Als Einflusszonen erhielten die Briten unter anderem den südlichen Teil der syrischen Wüste. Die Häfen Akko und Haifa in Palästina sollten britische Freihäfen werden.

Frankreich reservierte sich den Libanon, West-Syrien, sowie Südost-Anatolien. Weitere Gebiete wurden Russland und Italien zugesprochen. Russland stieg nach der Oktoberrevolution 1917 aus diesem Deal aus.

Ein solches Abkommen wird ja nicht im Januar 1916 "mal ganz schnell fertig auf den Tisch gelegt". Man arbeitet es in längeren Verhandlungen aus. Als eben diese Verhandlungen liefen, - als mindestens der Tenor bereits feststand, - wurde London auf einer anderen Ebene aktiv.

Die Briten waren bei Kriegsausbruch in Basra, im Süd-Irak, gelandet. Sie hatten bereits bis Ende 1914 den gesamten südlichen (ölreichen) Irak erobert, erreichten Bagdad jedoch erst im März 1917. Außerdem

unterstellte sich der Herrscher des Ölstaates Kuwait 1914 ihrem Protektorat.

Ziel könnte gewesen sein, osmanische Kräfte in Arabien zu binden, um so die britischen Verbände im Irak zu entlasten

Wie macht man das? Man hetzt die Araber gegen die Osmanen, schürt einen Aufstand und destabilisiert gleichzeitig damit den Gegner.

Womit macht man das? Mit vagen – oder notfalls falschen – Versprechungen.

Was war das passendste Versprechen für die Araber?

Ein "arabisches Reich" nach dem Sieg über die Osmanen.

Es existiert ein Briefwechsel zwischen dem damaligen britischen Hochkommissar in Ägypten, Sir Henry Mc Mahon und dem Emir und Scherifen Hussain von Mekka, worin dem Scherifen ein "arabisches Reich" für den Fall zugesagt wird, dass sich Mekka gegen die Osmanen erhebt.

Von Anfang an stand aber fest, dass mit den Vereinbarungen eines "Sykes-Picot-Geheim-Abkommens" ein solches Versprechen gar nicht einzuhalten ist. Abgesehen davon wird man dieses auch niemals vorgehabt haben. Kolonialmächte brauchen kleine, zerstückelte Staaten mit divergierenden Interessen und kein starkes Großreich als "Partner".

Der Scherif von Mekka ließ sich im Sinne der Arabischen Idee, oder des Arabischen Traumes, benutzen. Sicher hatte er auch den Erhalt und/oder den Ausbau der eigenen Macht im Hinterkopf.

Er funktionierte wunschgemäß. 1916 begann er den "Aufstand in der Wüste", ausgeführt von Beduinen. Unterstützt wurde er von britischem Geld und britischen Agenten. Einer war Edward Thomas Lawrence – uns

besser bekannt als "Lawrence von Arabien". Die Beduinen kämpften erfolgreich gegen die Osmanen und erreichten 1918 Damaskus.

Nach dem 1. Weltkrieg wurde der Völkerbund gegründet. Er beauftragte bestimmte Staaten mit der Wahrnehmung der Verwaltung von Gebieten des ehemaligen Osmanischen Reiches. Die Gebiete nannten sich fortan Mandatsgebiete.

Im Vertrag von San Remo sicherte sich 1920 Großbritannien das Mandat für den Irak und Palästina - zu dem damals auch Transjordanien gehörte. Frankreich erhielt das Mandat für den Libanon und Syrien.

Dem Scherif von Mekka blieben nur einige nördliche Teile der Arabischen Halbinsel. Der Traum von einem Arabischen Reich mit den arabischen Zentren Bagdad, Damaskus, (Jerusalem), Kairo war damit ausgeträumt. Umgangssprachlich würde man sagen: Die Araber wurden 'gekonnt hereingelegt'. Allerdings hätte ein Emir und Scherif Hussain von Mekka wissen müssen, mit wem er sich - worauf - einlässt.

Möglicherweise wurden andere, zum Beispiel Kurden und Armenier, von anderen Mächten ähnlich benutzt, die Armenier vielleicht von Russland. Möglicherweise köderte man sie mit ähnlichen vagen Versprechungen. Fakt ist jedenfalls, dass hunderttausende Armenier ihre Gegnerschaft zum Osmanischen Reich und ihre Nähe zu Russland mit dem Leben bezahlten – im osmanischen Völkermord an den Armeniern.

(Ausführliche Informationen dazu unter http://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lker_mord_an_den_Armeniern).

Unter diesem Aspekt stellt die Balfour-Deklaration auch nur den Versuch dar, Zionisten für eigene imperiale Interessen zu benutzen.-

Und dieses: "man betrachtet mit Wohlwollen" – "und wird keine Mühe scheuen" – "nach Kräften zu fördern" kennen wir doch zur Genüge aus Sonntags-, Parlaments-, Parteitags-, Wahl- und sonstigen unverbindlichen Politiker-Reden.

Diese Deklaration klang "Zionismus-freundlich".

Wie sich jedoch später zeigte, hielt sich die Zionismus-Freundlichkeit der britischen Mandatsverwaltung – um eine Häufung von Peinlichkeiten freundlich zu umschreiben - in sehr engen Grenzen. In dem problematischen Kriegsjahr 1917 war sie ein Instrument, die "quengelnden Zionisten" ruhig zu stellen und sie gleichzeitig taktisch nutzbar zu machen.

Die Araber stellten schon 1915 / 1916 Forderungen nach einem "eigenen Reich", nach "einem Arabischen Kalifat für den Islam". Kolonial-Herren, deren Denkweise noch fest im 19. Jahrhundert wurzelte, konnten darin nur eine "bodenlose Unverschämtheit" erkennen:

Eine Weltmacht, wie Britannien, führt schließlich keinen Krieg gegen die Osmanen, damit sie Arabische Träume erfüllt.

Obwohl man noch die Unterstützung der Araber gegen die Osmanen suchte, betonte die britische Regierung in einem Brief vom 15.10.1915 an Scherif Hussain hinsichtlich des arabischen Kalifates, dass "die Gebiete westlich einer Linie Damaskus – Aleppo keinen 'rein arabischen Charakter' besäßen". Die Wünsche der Zionisten hinsichtlich Palästinas kamen London also gerade recht.

Weiterhin deutete sich schon Anfang 1917 an, dass aus den Ideen des 28. Präsidenten der USA , Thomas Woodrow Wilson, den Kolonial-Herren aller Kolonialstaaten erhebliche Probleme erwachsen würden.

Nach langem Zögern erfolgte am 6.4.1917 der Kriegseintritt der USA. Mit seinen "Vierzehn Punkten" veröffentlichte Wilson im Januar 1918 seine Kriegsziele. "Eine stabile Nachkriegs-Ordnung", ein "System kollektiver Sicherheit", einen "Frieden des gerechten Ausgleichs" und das "Prinzip der Selbstbestimmung der Völker", die sich im "Völkerbund" organisieren, - an dessen Entstehung Wilson maßgeblichen Anteil hatte. Dieser große Präsident erhielt 1920 den Friedens-Nobelpreis. Kolonialvölker beriefen sich forthin natürlich auf Wilsons "Prinzip der Selbstbestimmung.-"

Wegen des Suezkanals, der für die Kolonialmacht Britannien zur damaligen Zeit eine Schlagader von überragender Bedeutung war, konnten solche Bestrebungen in Ägypten überaus gefährlich werden. 1869 wurde der Suezkanal eröffnet. Schon 1882 fand eine Revolte eines Offiziers statt, der "Urabi-Aufstand". Dieser zwang Briten und Franzosen zu einer Militär-Intervention. Die Briten besetzten danach dauerhaft die Kanalzone und unterstellten 1914 Ägypten ihrem Protektorat. Bereits vor 1917 war Unruhe in diesem wichtigen Land wahrnehmbar. Wohlgesonnene Zionisten in greifbarer Nähe konnten in dieser Hinsicht von künftigem strategischem Nutzen sein.

Noch knapp vierzig Jahre später sollte sich diese Strategie – vordergründig und kurzfristig – als äußerst nützlich erweisen. 1956 beging der ägyptische Präsident Nasser die "Todsünde", den Suezkanal zu verstaatlichen. Als alle Verhandlungen, die Verstaatlichung rückgängig zu machen, scheiterten, fielen die beiden ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich in einer Luftlande-Operation über dieses souveräne Land her.

Israelische Bodentruppen näherten sich gleichzeitig über den Sinai dem Kanal. Mitten in Kalten Krieg bekamen beide Weltmächte, USA und UdSSR, "Angst und kalte Füße" und piffen gemeinsam die Aktion ab und die Angreifer zurück.

1918 wurde Palästina von britischen Truppen eingenommen und stand bis zum 31.05.1920 unter britischer Militärverwaltung. Am 1.6.1920 wurde der erste britische Hochkommissar zur Verwaltung des Palästina-Mandates eingesetzt. Britannien hatte also nun Gelegenheit, den Worten der Balfour-Deklaration Taten folgen zu lassen.

- Was aber zwischen den beiden Weltkriegen folgte, war ein höchst peinliches, permanentes Zurückrudern.

Zwischen 1919 und 1923 folgte eine neue jüdische Zuwanderungswelle. Weitere 35.000 Juden kamen ins Land und provozierten stärker werdenden Widerstand der Araber, der in seiner Heftigkeit von der Mandatsmacht nicht erwartet worden war. Man brauchte die Juden nicht mehr. Sie wurden zunehmend zum Störfaktor, weil sie die Aufmüpfigkeit der ohnehin unruhigen Araber anheizten.

Mit einem "1. Weißbuch" verordnete der damalige britische Kolonial-Minister Winston Churchill grundsätzlich, dass "die jüdische Einwanderung der Aufnahmefähigkeit des Landes zu entsprechen habe". - Man beachte bitte: "der Aufnahmefähigkeit des Landes zu entsprechen habe" dekretierte Churchill damals, nachdem "weitere 35.000 jüdische Menschen" dort einwanderten, 35.000!

1922 lebten etwa 85.000 Juden und etwa 670.000 Palästinenser in Palästina.

Dann schlug Churchill eine Gesetzgebende Versammlung für Palästina vor. Sie war von zehn Arabern und nur zwei Juden zu bilden.

Nach wenigen Jahren hatte man sich bereits meilenweit von der Balfour-Deklaration entfernt. Aber es folgte für die Zionisten in Palästina ein ganz besonders "folgeschwerer Hammer".

- Auf einer Konferenz in Kairo 1921 kreierte Churchill den "Pufferstaat Transjordanien". Transjordanien gehörte bis dahin zu dem, was man unter "Palästina" verstand.

Dieser "Pufferstaat" – heute Jordanien – grenzt im Norden an Syrien, im Nordosten an den Irak, im Osten und Süden an Saudi-Arabien und im Westen an "Rest-Palästina", dem heutigen Westjordanland und Israel. Transjordanien wurde vom Palästina-Mandat des Völkerbundes abgetrennt. Dieser neue Staat unterstand damit also künftig nur direktem britischem Einfluss und war von Britannien finanziell abhängig.

Damit wurde damals eins der heute unlösbaren Probleme geschaffen. Zwei stark wachsende Völker – Israelis und Palästinenser – sollen sich heute ein zu kleines Land teilen, - also eigentlich "Rest-Palästina". Das damals existierende Palästina (also das Gebiet einschließlich Transjordanien) war gedankliche Grundlage der Pläne der ersten Zionisten des 19. Jahrhunderts.

- Ein Palästina mit Transjordanien hätte ausreichend Platz für beide Völker geboten.
- Das heutige Rest-Palästina hat diesen Platz nicht.

Heute hat Jordanien eine Fläche von 89.342 km². Die Fläche Israels beträgt 22.145 km², die der palästinensischen Autonomiegebiete 6.257 km². Zusammen sind das also 28.402 km² oder knapp 32 % der Fläche Jordaniens.

Israel hat über sieben Millionen Einwohner und in den Palästinenser-Gebieten leben etwa vier Millionen. Zusammen leben also in diesem Rest-Palästina – schon jetzt - mehr als elf Millionen Menschen. Das flächenmäßig dreifach größere Jordanien hingegen hat nur ca. 5,6 Millionen Einwohner, die obendrein zu über 50 % aus Palästina-Flüchtlingen bestehen.

Tansjordanien entsprach und entsprang ausschließlich rücksichtsloser britisch-imperialer Interessen-Politik. Gegen diese Abtrennung und die anderen Anordnungen Churchills liefen die Zionisten Sturm. Schließlich waren schon damals die Folgen dieser fatalen Entscheidung absehbar.

Die Mandatsverwaltung stellte ein Ultimatum: 'Entweder akzeptieren Sie, - oder Britannien fühlt sich nicht mehr an die Balfour-Deklaration gebunden.' Da akzeptierte man. Dem Kolonial-Minister Churchill steht damit eine Teil-Vaterschaft am Nahost-Konflikt zu.

Im Sommer 1929 kam es zu arabischen Unruhen mit über 120 getöteten Juden. Die britische Mandatsverwaltung erließ deswegen das "2. Weißbuch" und schränkte den jüdischen Zuzug noch weiter ein.

1933 erreichte der außenpolitische Leiter der Jewish Agency, C.Arlosoroff, beim Deutschen Reich eine Ausreise-Vereinbarung für Juden aus Nazi-Deutschland. Zwischen 1933 und 1935 trafen daraufhin fast 150.000 neue jüdische Zuwanderer in Palästina ein. Deswegen brach 1936 der arabische Palästinenser-Aufstand aus, der bis 1939 andauerte. Ziel der Araber war die völlige Beendigung der jüdischen Zuwanderung und Gründung eines arabischen Palästinas.

Im Juni 1937 veröffentlichte eine von der britischen Regierung eingesetzte Kommission unter Leitung von Lord R. Peel (Peel Kommission) einen Vorschlag zur Teilung Palästinas. Dieser Vorschlag sah für einen zu gründenden jüdischen Staat eine Fläche von 5.000 km² vor. Diesem Plan stimmten die Juden zu, die Araber lehnten ab.

Kurz vor Beginn des 2. Weltkrieges 1939 erkannte die britische Regierung unter Premier Chamberlain mit Entsetzen die großen Sympathien der arabischen Welt für Hitler und Mussolini. Im Gegensatz zu den Juden besaßen die Araber die Möglichkeit, zwischen Deutschland und Britannien zu lavieren.

Darauf hin erschien am 15.5.1939 – wenige Monate vor Beginn des 2. Weltkrieges - das "3. Weißbuch" der Mandats-Verwaltung:

- Die Juden mögen sich damit abfinden, in Palästina eine Minderheit von maximal 33 % zu bleiben.
- Die Fläche des Staates wird von 5.000 km² (Peel-Kommission 1937) auf 1.250 km² reduziert.
- Der Bodenerwerb durch Juden wird künftig fast unmöglich.
- Für die kommenden fünf Jahre – also bis 1944 – wird die Einwanderung auf 75.000 Personen begrenzt, -
- vorausgesetzt, die Araber stimmen der Zuwanderung zu.

Diese unbegreifliche britische Verordnung erfolgte, obwohl die Lage der Juden in Deutschland öffentlich bekannt war:

Seit 1935	galten die Nürnberger Rassen-Gesetze zum "Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre".
23.7.1938	Gesetz zur verschärften "Kennzeichnungspflicht für Juden".

- 26.8.1938 Einrichtung einer Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien. Leitung: Adolf Eichmann.
- 9.11.1938 "Reichs-Kristall-Nacht". Die Synagogen brannten. Jüdische Geschäfte wurden geplündert – und jüdische Menschen, öffentlich sichtbar, misshandelt.
- 12.11.1938 Verordnung zur endgültigen Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben (durch Enteignungen, usw.). usw.,

Weitere Infos und Daten unter: <http://de.juedisches-leben.org/judenverfolgung.php3>

- Handelten Balfour und Britannien naiv oder vorsätzlich?
Naivität ist bei Spitzenpolitikern in solchen Positionen kategorisch auszuschließen. Balfour handelte vorsätzlich. Auch der Kolonial-Minister Churchill handelte vorsätzlich, denn nach welcher Taktik herrschten Kolonial-Herren?:
- "Hetze unterschiedliche Stämme, unterschiedliche Religionen, oder regionale Fürsten mit unterschiedlichen Interessen aufeinander. Wenn sie 'aufeinander einschlagen', kannst Du sie mit geringstem Aufwand dirigieren und beherrschen".
Beispielsweise wurde British-Indien (heute Indien, Pakistan, Birma, Bangladesh) Jahrhunderte lang, bis 1947, so beherrscht.
- Britannien ließ in Palästina arabischen und jüdischen Nationalismus aufeinanderprallen.

Balfour wäre stolz auf sich, würde er sehen, wie "eifrig und nachhaltig" Israelis und Araber/Palästinenser seit Jahrzehnten "aufeinander einschlagen" .

- Hier einige – höchst unvollständige - Daten der Fortsetzung eines Trauerspiels:

Ab 1940:

Nach dem "3. Weißbuch" und der Besetzung großer Teile Europas durch Nazi-Deutschland kam es zu einer massiven jüdischen illegalen Einwanderung in Palästina und einer massiven jüdischen Bewaffnung. Juden kämpften gegen Araber und zunehmend gegen Briten. Araber kämpften gegen Juden und Briten. Briten kämpften gegen Juden und Araber. Aus Sicht der Mandatsmacht "lief die Angelegenheit völlig aus dem Ruder".

Großbritannien plante den Rückzug und bringt – nach dem 2. Weltkrieg - die Palästinafrage vor die Vereinten Nationen.

Am 29.11.1947 empfiehlt die UN- Vollversammlung die Zweiteilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Diese Empfehlung lehnen die Araber ab, - aber das britische Mandat erlischt damit. Britannien zieht sich – vornehm demokratisch-rechtsstaatlich begründet – aus seinem Desaster zurück.

14.5.1948:

Nach Abzug der letzten britischen Truppen ruft Ben Gurion den Staat Israel aus.

15.5.1948 – 15.1.1949:

1. Israelisch-Arabischer Krieg (aus israelischer Sicht "Befreiungskrieg").

29.10. – 08.11.1956:

2. Israelisch-Arabischer Krieg. ("Sinaifeldzug").

5.-10.6.1967:

3. Israelisch-Arabischer Krieg. ("Sechstagekrieg").

6.-25.10.1973:

4. Israelisch-Arabischer Krieg. ("Jom-Kippur-Krieg").

Juni 1982:

5. Israelisch-Arabischer Krieg. ("1.Libanonfeldzug").

Dezember 1987:

Beginn der "1. Palästinenser-Intifada".

September 2000:

Beginn der "2. Palästinenser-Intifada".

Januar 2004

Baubeginn der israelischen "Grenz-Mauer".

Juli 2006:

"2. Libanon-Feldzug".

Die Fortsetzung nach Drucklegung entnehmen Sie, bitte, der Tagespresse, -

ebenso die fast täglichen Zahlen getöteter und verletzter Menschen.

- Übertragen wir doch mal theoretisch den UN-Teilungsplan auf das Urheber-Land der Belfour-Deklaration, Großbritannien:

Wer – wie - vorher in Großbritannien lebte, ist unerheblich.

Großbritannien wird geteilt. Alle Einwohner ziehen sich westlich einer Linie Edinburgh / Southampton zurück. Das frei gewordene Gebiet – einschließlich der Hauptstadt London - wird von Flüchtlingen und Asylanten aus der Dritten Welt besiedelt.

Die UN errichten für die ausgesiedelten Briten 59 Flüchtlings-Lager.

Diejenigen ausgesiedelten Briten, deren Existenz durch die Vertreibung zerstört wurde, erhalten vom UN-Flüchtlings-Hilfswerk monatliche Nahrungsmittel-Hilfe. –

- Was würden die Briten dazu sagen?
- Und warum sollen Palästinenser anders empfinden und reagieren?

Ja, dieser 1. Teil mag eine etwas eigenwillige Sicht der Dinge darstellen. Er mag auch etwas polemisch klingen. Ist er deswegen aber unrichtig?

Fakt ist,

- das schwere Unrecht am jüdischen Volk
- wurde mit dem Unrecht am palästinensischen Volk getilgt.
- Unrecht bleibt aber Unrecht.

Balfour - und sein kolonialistisches Britannien - haben beiden Völkern schweres Unrecht zugefügt. Beide Völker leiden heute unter den Folgen dieser fragwürdigen Politik. Beide Völker!

Ein heute 60-jähriger Mensch in Israel oder in Palästina hat wegen dieser Politik noch keinen Tag in Frieden gelebt. Wundern wir uns, dass eine solche Situation die Menschen prägt und diese entsprechend ihrer Situation reagieren?

- Der eine reagiert aus Verzweiflung.
- Der andere reagiert aus Angst.
- Für beide ist diese Situation die Quelle immer neuen, abgrundtiefen Hasses.

Etwa die Hälfte des palästinensischen Volkes hat "die Heimat" verloren und lebt irgendwo in irgendwelchen Flüchtlingslagern – innerhalb oder außerhalb Palästinas.

Seit 40 Jahren wird dieses Volk von der israelischen Armee beherrscht. Die Besatzungs-"Macht" ist eine haushoch überlegene Macht, die nicht daran interessiert ist, sich palästinensische "Freunde" zu schaffen. Jeder Palästinenser ist täglich auf irgendeine Weise mit ihrer überlegenen, arroganten Macht konfrontiert - durch Straßensperren, willkürlichen Kontrollen, Durchsuchungen oder angesichts einer bis zu acht Meter hohen Grenz-Mauer, die das Flicken-Teppich-Gebiet umschließt und dieses Volk einsperrt.

Von der rechtswidrigen Landnahme bis zur ungerechten Verteilung des Wassers spürt dieses Volk Ungerechtigkeit, Rechtlosigkeit, Ohnmacht, Unterlegenheit.

Etwa 70 % der Menschen in Palästina leben unterhalb der Armutsgrenze. Das Niveau dieser Armutsgrenze ist mit unserem europäischen nicht zu vergleichen.

Aussicht auf Besserung?

Nein, denn vieles ist schlimmer geworden, statt besser.

Wie würden wir in dieser Situation reagieren? Auch verzweifelt?

- **Eine Zwischen-Bemerkung zur "arroganten Besatzungs-Macht":**

In jedem Verkäufer-Anfänger-Seminar lernt der Anfänger bezüglich arroganter Kunden, dass diese ihre Unsicherheit und Ängste hinter Arroganz verbergen.

"Gib ihnen Sicherheit und beweiße ihnen, dass sie Dir vertrauen können", lautet die Erfolgs-Empfehlung, - die auch für eine "arrogante Besatzungs-Macht" gilt.

Ja, so einfach ist das – und scheinbar so unendlich unmöglich!

Israel verfügt über eine der modernsten Armeen der Welt, der stärksten im Nahen Osten. - Und Israel baut eine Mauer, gegen die die Berliner Mauer ein "Mäuerchen" war.

- Mauern baut man, weil man Angst hat.

Ein permanent bedrohtes Leben in einer überwiegend feindlichen Umwelt, die teilweise – bis heute - das Existenzrecht bestreitet, schafft und schürt Angst.

Angst, all das zu verlieren, was Idealismus, Fleiß und Ideenreichtum in diesem Land – aus einem Nichts und unter ständiger Bedrohung – geschaffen und aufgebaut hat.

Diese jahrzehntelange Angst und permanente Bedrohung prägt die Einstellungen und Stimmung eines Volkes und macht letztlich auch eine Besatzungs-Macht ungerecht, arrogant, schikanös. Leider ja.

Aber Israel ist das Volk mit dem Holocaust-Trauma, das wir Außenstehenden kaum nachempfinden können.

- Ist diesem Volk ein "Nie wieder" zu verdenken?

Das "Nie wieder" bedeutet logischerweise "immer stärker sein, als die gebündelten Kräfte aller Gegner – gleichgültig, mit welchen Mitteln".

Wie würden wir in dieser Situation reagieren? Genau so?

Bei allem Verständnis und Mitleid für die Lage beider Völker, - ja, mit "leiden mit beiden Völkern":

- Ausfahrten aus Sackgassen sind aber so nicht zu finden.

Wäre es falsch, wenn beide Völker baldmöglichst gemeinsam ein einheitliches, Geschichtsbild unter diesem Blickwinkel erarbeiten?:

- Wodurch ist dieser Konflikt wirklich entstanden?
- Wer hat ihn uns aufgenötigt?
- Warum – und wie lange noch – sollen wir zwei Opfer noch für Dritte leiden?

Könnte eine gleichlautende öffentliche Diskussion beiden Völkern helfen, eine Basis für ein gegenseitiges Verständnis und Verstehen aufzubauen, zur gemeinsamen Suche nach den so wichtigen "psychologischen Wegen aus Denk-Sackgassen"?

2. Faktisch unlösbare Probleme

- Der Nahost-Konflikt ist gekennzeichnet durch faktisch unlösbare Probleme.

Hier geht es nicht um eine – vergleichsweise – "Kleinigkeit" wie die Hauptstadt-Frage. Diese könnte man – mit gutem Willen – binnen Stunden lösen, oder schon gelöst haben.

Beide Völker könnten sich – beispielsweise – "ihre Hauptstadt" teilen und damit das Nebeneinander zweier guter Nachbarn dokumentieren und leben. - Ist der Gedanke falsch oder unlogisch?

Nein, - aber dennoch wahrscheinlich unrealistisch, denn dazu gehört

- a. der gute Wille
- b. zweier guter Nachbarn.

Auch die Fragen der "Heiligen Stätten der drei monotheistischen Weltreligionen im Heiligen Land" stellen kein unlösbares Problem dar.

- Unlösbar erscheinen hingegen Fakten, die unmittelbar die zukünftige Existenz beider Völker berühren.
- Nicht nur, dass diese Fakten die Existenz beider Völker berühren, - nein. sie bedrohen sie.
- Oder soll die "Lösung" etwa eine Lösung sein, die in viel weniger als 60 Jahren an sich zerbricht und damit möglicherweise die ganze Region destabilisiert?

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind das folgende Fragen:

2.1.

Kann es für einen künftigen palästinensischen Staat akzeptabel sein, dass ein Groß-Teil seiner Bürger - mehrere Millionen - in (ausländischen) Flüchtlingslagern leben - oder besser: vegetieren?

Ist dieses auf Dauer für die Asyl gewährenden Staaten akzeptabel?

Aber: Wohin mit den palästinensischen Flüchtlingen?

2.2.

Der Staat Israel versteht sich als Heimstätte des jüdischen Volkes.
Er ist perspektivisch auf Zuwanderung ausgerichtet.

Aber: Wohin mit den jüdischen Zuwanderern und den
palästinensischen Flüchtlingen?

2.3.

Unbekannter als das Flüchtlings-Problem, aber wahrscheinlich noch
brisanter, ist die Wachstums-Rate der palästinensischen Bevölkerung.

Aber: Wohin mit jüdischen Zuwanderern, den palästinensischen
Flüchtlingen und den künftigen palästinensischen Generationen?

2.4.

Kann ein kleines palästinensisches "Flicken-Teppich-Gebiet" jemals ein
funktionierender, lebensfähiger Staat werden – und wie unabhängig und
eigenständig kann ein solches Gebilde sein?

2.5.

Soziale Probleme bilden auch in etablierten Staaten den besten
Nährboden für Radikalisierung breiter Schichten. Kann dieser schwache,
geschwächte Staat jemals seine erdrückenden sozialen Probleme lösen?
Oder werden die sozialen Probleme die "Garantie des Scheiterns" sein,
die man diesem Staat schon bei dessen Gründung in die Wiege legte?

2.6.

Kann künftig das Wasser-Problem für beide stark wachsenden Völker
überhaupt gelöst werden – möglichst noch gleich und gerecht –

wo doch schon heute zunehmende, sehr schwere Probleme bestehen?

- *Alle nachfolgenden Zahlen gebe ich mit Vorbehalt wieder. Sie können ungenau, tendenziös, widersprüchlich, unterschiedlichen Alters oder überholt sein. Aber es genügt ja, wenn sie – als "ungefähre Werte" - helfen, ein Problem darzustellen und zu verdeutlichen. Mehr ist damit nicht beabsichtigt.*

2.1. Wohin mit den palästinensischen Flüchtlingen?

Laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) gelten jene Menschen und deren Nachkommen als palästinensische Flüchtlinge, deren Wohnort zwischen Juni 1946 und Mai 1948 Palästina war - und die ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlage in Folge des 1. Israelisch-Arabischen Krieges verloren.

Nach dem 3. Israelisch-Arabischen Krieg ("Sechstagekrieg") verloren weitere hunderttausende Palästinenser – manche zum zweiten Mal – ihre Heimat. Neben Flüchtlingen, die in arabischen Nachbarstaaten Aufnahme fanden, gibt es eine hohe Zahl von Binnen-Flüchtlingen, die zum großen Teil in den palästinensischen Gebieten in Lagern leben.

Als einziger arabischer Staat hat Jordanien bereits 1949 den Palästinensern die jordanische Staatsangehörigkeit gewährt. In den anderen arabischen Staaten wurde ihr Flüchtlings-Status aufrechterhalten, - wohl auch in der Absicht, mit dem Schicksal dieser

Menschen politisches Jonglier-Potential für eigene Interessen zu behalten.

Palästinensische Flüchtlingslager und registrierte Flüchtlinge

Stand 2005

Land	Registrierte Flüchtlinge = %	davon leben in Flücht- lingslagern Personen = %	Offizielle Lager = = % der Lager
Jordanien	1.795.326 = 42 %	284.461 = 16 %	10 = 17 %
Libanon	401.071 = 9 %	211.593 = 53 %	12 = 20 %
Syrien	426.919 = 10 %	113.663 = 27 %	10 = 17 %
Westjordanland	690.988 = 16 %	182.191 = 26 %	19 = 32 %
Gaza-Streifen	969.588 = 23 %	474.079 = 49 %	8 = 14 %
Gesamt	4.283.892 = 100 %	1.265.987 = 30 %	59 = 100 %

Daten-Quelle: Homepage Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland 2008-04.

Palästinenser im Nahen Osten und weltweit Stand 2005

Westjordanland, Gaza-Streifen, incl. Ostjerusalem	3.762.000
Jordanien	2.839.639
Syrien	422.699
Libanon	421.292
Ägypten	62.846
Saudi - Arabien	314.226
Kuwait und weitere Golf-Staaten	166.086
Libyen und Irak	117.276
Weitere Arabische Staaten	6.621
Israel (in den Grenzen von 1948)	1.400.000
USA	238.721
Andere Staaten	303.987
Gesamt	10.055.393

Daten-Quelle: Homepage Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland 2008-04.

Anteil der "Binnen-Flüchtlinge" an der Gesamt-Bevölkerung

Stand 2005

Westjordanland: von 2.412.000 Einwohnern sind 690.988 = 28,7 % Flüchtlinge
Gaza-Streifen: von 1.350.000 Einwohnern sind 969.588 = 71,8 % Flüchtlinge

Daten-Quelle:

Homepage Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland 2008-04.

Die Palästinenser – ein "Flüchtlings-Volk"?

- 18 % aller global registrierten Flüchtlinge sind Palästina-Flüchtlinge.
- Im März 2005 waren bei UNRWA 4.255.220 Palästina-Flüchtlinge registriert.
- Davon leben 2.623.316 registrierte Palästina-Flüchtlinge = 61,7 % in Jordanien, Syrien und Libanon, also im Asyl gewährenden Ausland.

2.2. Wohin mit den jüdischen Zuwanderern und den jüdischen Siedlern?

In den Jahren 2002/2003 - nach Beginn der zweiten Intifada – häuften sich in Frankreich die Übergriffe von Bürgern moslemischen Glaubens auf Bürger jüdischen Glaubens und jüdische Einrichtungen.

Der damalige israelische Ministerpräsident A.Sharon riet daraufhin den hunderttausenden in Frankreich lebenden Juden zur Ausreise nach Israel.

Ein darüber verärgelter französischer Präsident Chirac soll entgegnet haben, dass Juden in Frankreich sicher sind, aber "das gefährlichste Land für Juden derzeit Israel sei".

- In diesem Sinne war es im Staat Israel immer – mehr oder weniger - gefährlich. Er lebte ja noch nie im Frieden. Aber das hielt den Strom der Zuwanderer nicht davon ab, nach Israel zu kommen.
 - 1947/48 lebten knapp 600.0000 Juden in dem späteren Israel,
 - 2008 sind es über 7 Millionen.
 - Von 1985 bis 1995 wuchs die israelische Bevölkerung um 32 %.
 - Von 1989 bis 2006 registrierte Israel etwa eine Million Zuwanderer.
- Die Zuwanderer kamen trotz der 1. und der 2. Intifada.

Für europäische Begriffe ist das israelische Staatsangehörigkeits-Gesetz außergewöhnlich großzügig. Es fördert massiv die Zuwanderung.

Quelle: Homepage der Botschaft des Staates Israel - Berlin → Land + Leute → Staatsangehörigkeit

- Die israelische Staatsangehörigkeit kann erworben werden
 1. durch Geburt,
 2. durch das Rückkehr-Gesetz von 1950,
 3. durch Aufenthalt,
 4. durch Einbürgerung.

1.

Die israelische Staatsangehörigkeit durch Geburt erhalten alle jene Personen, die in Israel geboren werden und deren Mutter oder Vater die israelische Staatsangehörigkeit besitzen. Oder diejenigen, die in Israel geboren wurden, niemals eine Staatsangehörigkeit besaßen, zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr die israelische Staatsangehörigkeit beantragt haben und fünf Jahre, vor der Antragstellung, ununterbrochen in Israel lebten.

2.

Das Rückkehr-Gesetz von 1950 garantiert allen Juden der Welt das Recht, als "Oleh" (jüdischer Einwanderer) nach Israel zu kommen und israelischer Staatsbürger zu werden.

3.

Die israelische Staatsangehörigkeit durch Aufenthalt – oder durch Rückkehr – können jene Bürger des ehemaligen britischen Mandatsgebietes Palästina erwerben, die nach Gründung des Staates Israel bis zum Inkrafttreten des Staatsangehörigkeits-Gesetzes 1952 in Israel verblieben sind oder nach Israel zurückkehrten.

Durch eine Gesetzes-Ergänzung wurden 1980 weitere Möglichkeiten in das Gesetz aufgenommen.

4.

Auf Antrag kann nach freiem Ermessen des Innenministers die israelische Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erteilt werden.

Schon heute – trotz hoher Belastungen, die ein "Nicht-Frieden" bedingt - zählt die israelische Wirtschaft zu den weltweit hoch entwickelten. Trotz außerordentlicher Belastungen wurde der Staat Israel zu einem modernen (wohlhabenden) Staat.

- Wie wird sich ein Frieden auf Israels Wirtschaft auswirken?
- Und wie wird sich eine prosperierende Wirtschaft in einem modernen Staat - im Frieden - auf Zuwanderung auswirken?

Der Staat Israel besteht 60 Jahre. Ist es verfehlt zu fragen, wie hoch die Einwohnerzahl 2048 sein wird, wenn der Staat 100 Jahre alt wird? Ist die Annahme utopisch, dass wir dann eine satte zweistellige Millionenanzahl sehen?

Die logische Frage, die sich daraus ergibt, - deren Antwort wahrscheinlich viele kennen, über die aber keiner öffentlich spricht – lautet:

- "Kann bei dieser Perspektive der Staat Israel überhaupt (alle) Siedlungen auf palästinensischem Gebiet auflösen,
- oder wird er vielmehr auf deren Ausbau – und weitere Siedlungen – angewiesen sein?"

Gemäß Zahlen der palästinensischen Autonomiebehörde aus 2004 lebten schon damals in Ost-Jerusalem und im Westjordanland, - also dem nominalen palästinensischen Autonomie-Gebiet, - 461.788 Israelis. Nochmals: 461.788 Israelis!

- Glaubt wirklich jemand, dass die alle zurück nach Israel gehen werden – oder gehen können?

Ariel Sharon war ein starker Ministerpräsident. Erinnern wir uns noch, welche schweren Proteste seine Anordnung auslöste, dass alle

israelischen Siedler den Gaza-Streifen zu räumen hatten? Sharon drohte mit dem Einsatz der Armee gegen die eigenen Bürger.

- Ist die Annahme falsch, dass es keine israelische Regierung wagen kann, auch nur einen Bruchteil der Siedlungen in Ost-Jerusalem und dem Westjordanland zu räumen?

Im Gaza-Streifen lebten nur etwa 7.000 israelische Siedler. Das sind gerade mal 1,5 % der Siedler Ost-Jerusalems und des Westjordanlandes. Die Umsiedlung der 7.000 soll einen hohen dreistelligen Millionen US-\$ - Betrag gekostet haben.

- In Siedlungen für eine knappe halbe Million Menschen sind gewaltige Summen an Investitionen geflossen.
- Die Rück-Umsiedlung nur eines Teils der Siedler – auf Basis der Regelung des Gaza-Streifens - kann schnell einen zweistelligen Milliarden-US-\$-Betrag kosten.

Ist somit seitens Israels bereits jetzt das palästinensische "Flicken-Teppich-Gebiet" – im Sinne des Wortes – zementiert?

2.3. Wohin mit den künftigen palästinensischen Generationen, den Flüchtlingen und den israelischen Zuwanderern?

Für Israel ist perspektivisch ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum durch Zuzug zu erwarten.

Und wie ist die Wachstums-Perspektive des palästinensischen Volkes?

Unter der "Fertilitäts-Rate" versteht man die Anzahl der Lebendgeborenen, die eine Frau, gewöhnlich zwischen dem 15. und 45. Lebensjahr, zur Welt bringt. In den modernen westlichen Gesellschaften – mit geringer Säuglings-Sterblichkeit - geht man davon aus, dass diese Rate bei 2,1 liegen muss, um die Bevölkerungszahl konstant zu halten. In Deutschland liegt diese Rate etwa bei 1,3. In vielen westeuropäischen Ländern ist sie nicht besser. – Und in Palästina?:

Die palästinensische Bevölkerungs-Statistik ist eine "tickende Zeitbombe"

- Bei den Palästinensern liegt die "Fertilitäts-Rate" bei 5,6 im Westjordanland - und bei 6,9 im Gaza-Streifen!
Daten-Quelle: Homepage Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland - 2006-04.

Beim Bevölkerungs-Wachstum liegt Palästina – nach Osttimor - weltweit auf Platz zwei (nach Zahlen aus 2007), **resp. auf Platz zehn** (nach Zahlen aus 2009).

Alters-Struktur Westjordanland, Gaza-Streifen, Ost-Jerusalem	
Daten-Quelle: Homepage Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland - 2008-04.	
Personen unter 14 Jahren	46,0 %
Personen von 15 bis 19 Jahre	10,6 %
Personen von 20 bis 59 Jahre	38,7 %
Personen über 60 Jahre	4,4 %

Bevölkerungs-Wachstum	
Westjordanland, Gaza-Streifen, Ost-Jerusalem	(4,12 %) 3,23 %

Daten-Quellen: Brockhaus multimedial 2007: 4,12 %
 Brockhaus multimedial 2009 nennt eine Bevölkerungs-Wachstums-Rate von 3,23 %.
 Demnach liegt Palästina weltweit auf Platz 10 von 229 Ländern.

Bevölkerungs-Wachstum zum Vergleich:			
Israel	1,15 %	Großbritannien und Nordirland	0,28 %
Ägypten	1,72 %	Deutschland	- 0,03 %
		Frankreich	0,59 %

Daten-Quelle: Brockhaus multimedial 2009

Die Bevölkerungs-Dichte (Einwohner pro km²)

Land	Einwohner-Zahl	Fläche km²	Einwohner/km²
Palästina gesamt	4.018.332	6.257	642
Palästina Westjordanland	2.535.927	5.878	431
Palästina Gaza-Streifen	1.482.405	363	4.084

Daten-Quelle: Wikipedia → Palästinensische Autonomiegebiete 2008-10

Die Bevölkerungsdichte zum Vergleich			
Israel	7.197.200	22.145	325
Ägypten	80.335.036	1.002.000	80
Deutschland gesamt	82.400.996	357.022	231
D- "Ballungsraum Ruhr-Gebiet"	5.300.000	4.434	1.195
Großbritannien u. Nordirland	60.629.238	241.752	251
Frankreich	61.822.016	543.965	114

Daten-Quellen: Israel: Homepage der Botschaft des Staates Israel – Berlin 2008-10
andere Länder: Brockhaus multimedial 2009

Anmerkung: Eigentlich sind westeuropäische Industriestaaten und Staaten mit hohem Wüsten-Anteil so nicht vergleichbar.

Israel

ist etwa 2,9 mal dichter als Frankreich und 1,4 mal dichter als Deutschland besiedelt. Beide Vergleichsstaaten haben keinen unbewohnten Wüsten-Anteil. Israel ist also schon heute "dicht besiedelt".

Das palästinensische Westjordanland

ist etwa 1,3 mal dichter als Israel und 1,9 mal dichter als Deutschland besiedelt. Das palästinensische Westjordanland ist schon heute "dicht besiedelt".

Der Gaza-Streifen

ist nicht "dicht besiedelt", sondern "extrem überbevölkert".

Er ist über **12,6** mal dichter besiedelt als Israel und über **17,7** mal dichter als Deutschland!

Der Gaza-Streifen ist **3,4** mal dichter besiedelt, als in Deutschland der so genannte "Ballungs-Raum" Ruhr-Gebiet.

- Außerhalb Palästinas leben etwa 2,63 Millionen Flüchtlinge.
Nehmen wir ganz mutig an, dass nur die Hälfte zurückkommen

möchte, dann wären das 1,3 Millionen Menschen. -
Wo sollen die hin?

Bei Fernsehbildern aus Palästina sehen wir immer wieder viele Kinder und Jugendliche.

- 56,6 % der Palästinenser sind jünger als 20 Jahre.
Was wird, wenn aus diesen Kindern und Jugendlichen Eltern werden? Rechnen wir mal ganz, ganz mutig mit einer etwa halbierten "Fertilitäts-Rate" von 3,0, für deren Annahme heute kein Anlass besteht.

Basierend auf Zahlen aus 2005 rechnet die Autonomiebehörde für Westjordanland, Gaza-Streifen, Ost-Jerusalem

- für 2007 mit 4.016.416 und
- für 2015 mit 5.091.314 Einwohnern.
Das entspricht einer Steigerungs-Rate von 26,8 % in sieben Jahren.
Daten-Quelle: Homepage Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland - 2008-04.

Hat sich dieses Volk in 30 oder in 40 Jahren verdoppelt – oder schon viel früher? Und wo – und wie - sollen diese Menschen leben?

- Als es noch Steigerungen des Brutto-Inlands-Produktes (BIP) des Autonomiegebietes gab, wurde es vom Bevölkerungs-Wachstum "aufgefressen". Zum Beispiel:

In den wirtschaftlich noch relativ guten Jahren 1993 bis 1997 wuchs das BIP um 5,6 %, die Bevölkerung hingegen um 27,1 %, wodurch das BIP pro Kopf um 16,2 % sank.

Nochmals: In diesen fünf Jahren wuchs die Bevölkerung um **27,1 %!**

Daten-Quelle: Homepage Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland - 2006.

Die Zusammenfassung der Punkte 2.1. bis 2.3.

- zeigt doch schon, dass hier faktische Entwicklungen voll gegeneinander laufen.
- Konzepte, die solch gravierende, grundlegende Fakten ignorieren, können doch nur zum Scheitern verurteilt sein.

2.4. Kann ein kleines palästinensisches "Flicken-Teppich-Gebiet" jemals ein funktionierender, lebensfähiger Staat werden? – Und wie unabhängig und eigenständig" kann ein solches "Gebilde" sein?

Mit der Unterzeichnung der "Osloer Abkommen" (1993 - 1995) erkannten die Palästinenser den Staat Israel auf 78 % der Fläche des historischen "Rest-Palästinas" an, also dem Palästina ohne Transjordanien.

Für den Gaza-Streifen, das gesamte Westjordanland und Ost-Jerusalem bleiben also 22 %.

- 22 % einschließlich des "gesamten Westjordanlandes".

Nachdem Ministerpräsident Sharon den Gaza-Streifen von israelischen Siedlern räumen ließ, könnte man diesen überfüllten Streifen als palästinensisches Gebiet bezeichnen, - nicht aber das Westjordanland und Ost-Jerusalem.

Die Karte des Sharm El-Sheikh-Memorandums von 1999 sieht hinsichtlich des Westjordanlandes etwa so aus:

- Die Palästinensischen Autonomie-Gebiete erstrecken sich auf etwa 37 % des Westjordanlandes . Im Wesentlichen sind das unterbrochene "Umgebungs-Flecken" um die Städte Jenin, Tulkarm, Qalqiliya, Nablus, Ramallah, Jericho, Bethlehem und Hebron.
- Dazwischen liegen 4 % als vorgesehene Gebiete zur weiteren israelischen Umgruppierung,
- Gebiete gemäß Oslo II, Zone C,
- israelische Siedlungen gemäß geplanter Ausdehnung,
- bestehende israelische Siedlungen und

- existierende und geplante israelische Straßen zu den Siedlungen, die die großen palästinensischen Städte umgehen.

Daten-Quelle: Homepage Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland - 2008-10. → Landkarten → Sharm El-Sheikh-Memorandum 1999

Anmerkung zu Oslo II, Zone C:

Nach den Osloer Verträgen ist die Zone A rein palästinensisches Autonomiegebiet. Die Zone B steht unter gemeinsamer israelischer und palästinensischer Verwaltung. Die Zone C befindet sich voll unter israelischer Kontrolle und soll "schrittweise" – mit Ausnahmen - an die palästinensische Autonomie übertragen werden.- Ein fixierter, definitiver Termin dafür ist nirgends zu finden.

Eine neuere Karte, die den Verlauf der israelischen Trennungsmauer ausweist, zeigt zwei in sich zusammenhängende, aber voneinander getrennte palästinensisch kontrollierte Gebiete

- Das größere, nördliche Gebiet liegt um die Städte Jenin, Tulkarm, Qalqiliya, Nablus, Ramallah. - Das kleinere, südliche Gebiet liegt um die Städte Bethlehem und Hebron.
- Um das überwiegend palästinensisch besiedelte Ost-Jerusalem erstreckt sich ein israelischer Siedlungs-Gürtel und
- in Ost-Jerusalem befinden sich neu angelegte israelische Siedlungen.
- Es gibt israelische Enklaven im Bau und geplante Enklaven,
- israelische Siedlungs-Gebiete und Siedlungen,
- israelisch kontrolliertes Gebiet
- und israelische Straßen.

Daten-Quelle: Homepage Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland - 2008-10 → Landkarten → Trennungsmauer Palästina - Israel

Um das palästinensisch kontrollierte Gebiet ist eine Trennungsmauer geplant, im Bau oder fertig gestellt. Dieses gewaltige Bauwerk ist bis acht Meter hoch und verfügt über noch höhere Wachtürme. Es soll im Endzustand etwa 670 km lang sein und sieht nicht so aus, als wäre es nur für einige Monate oder einige Jahre erstellt.

Die beiden erwähnten Karten belegen zwar, dass sich das Gebiet der palästinensischen Autonomie – von einer Karte zur nächsten - erweitert hat.

Diese Karten zeigen nur das Beispiel eines "Flicken-Teppichs", der sich in Verhandlungen ändern kann und ändern wird. -

Möglich ist auch, dass die "gewaltige Mauer" an manchen Stellen – zu Gunsten der Fläche der palästinensischen Autonomie - versetzt werden könnte. Große Flächen bleiben demnach aber "israelisch kontrolliertes Gebiet, israelische Siedlungen, usw.".

Kann der "Flicken-Teppich-Charakter" also jemals ganz verschwinden?

- "Wikipedia → Palästinensische Autonomiegebiete → Fläche: geschätzt 6.300 km²"(Autonomiegebiete ohne Zone C: 2.700 km²)."

Anmerkung Wikipedia:

"Da die palästinensische Regierung das Westjordanland einschließlich Ostjerusalem beansprucht, diese Gebiete aber faktisch nicht ihrer Kontrolle unterliegen, lässt sich die Fläche nicht verbindlich bestimmen. Die Autonomiegebiete ohne Zone C umfassen heute nur eine Fläche von etwa 2.700 km² ". - 2.700 km²!

Vergleich: Deutschland, Ballungsraum Ruhr-Gebiet, 4.434 km²,

Nach israelischen Zahlen leben im Westjordanland bereits 200.000 Siedler in etwa 150 Gemeinden. Die palästinensische Seite beruft sich auf Zahlen aus 2004, nach denen es schon damals etwa 250.000 Siedler

waren, die 10,5 % der Gesamt-Bevölkerung entsprachen. Nach der gleichen Quelle befinden sich weitere 211.788 israelische Siedler in Ost-Jerusalem.

Daten-Quelle: Homepage Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland - 2008-04.

Dass also das gesamte Westjordanland einmal ein rein palästinensisches Gebiet wird, ist bei wirklichkeitsnaher Analyse absolut zu bezweifeln. Das bedeutet:

- Falls tatsächlich ein "palästinensischer Staat" nach derzeitigen Plänen entsteht, wird dieses ein kleiner, völlig zerstückelter Staat sein,
- mit einer weltweit einmaligen Struktur,
- auf einer Fläche von dann viel weniger als 6.257 km²
- für eine sehr stark wachsende Bevölkerung von dann weit über 4 oder 5 Millionen Menschen,
- ohne dass dabei das Problem der palästinensischen Flüchtlinge, die derzeit in ausländischen Lagern leben, gelöst ist.
- Ferner:

Bekanntlich liegt zwischen dem zerstückelten Westjordanland und dem Gaza-Streifen israelisches Staatsgebiet und bekanntlich obliegt es israelischer Entscheidung, ob ein palästinensischer Bürger oder Politiker – Hamas oder Nicht-Hamas - aus Gaza zu seiner Regierung in Ramallah, oder zu seinen Verwandten im Westjordanland reisen darf oder nicht.

2.5. Kann dieser schwache (geschwächte) Staat jemals seine erdrückenden sozialen Probleme lösen?

Oder werden die sozialen Probleme die "Garantie des Scheiterns" sein, die man diesem Staat schon bei dessen Gründung in die Wiege legte?

Das Verhältnis zwischen Israel und einem künftigen palästinensischen Staat nach jetzigen Konzepten – gleichgültig, welches Rest-Territorium diesem Staat letztendlich verbleibt - wird langfristig, - mit großer Wahrscheinlichkeit sogar dauerhaft -

- das Verhältnis zwischen einem sehr starken, sehr reichen -
- und einem sehr schwachen, sehr armen Nachbarn sein.

Israel ist ein moderner, relativ wohlhabender Industriestaat westlicher Prägung.

Die palästinensischen Nachbarn hingegen leben in einem "armen Dritte-Welt-Land".

Das Elend in Zahlen: Das Brutto-Inlands-Produkt (BIP) im Vergleich			
Land	BIP in Mio. \$	Einwohner-Zahl	BIP in \$ pro Einwohner
Israel	123.439	7.197.200	17.807
Palästina	4.059	4.028.332	1.007
Zum Vergleich			
Deutschland	2.906.681	82.400.996	35.274

Daten-Quellen: Brockhaus multimedial 2009 -

Israel: Homepage der Botschaft des Staates Israel – Berlin 2008-10

Die Armuts-Grenze in den palästinensischen Gebieten

ist dann unterschritten, wenn einem Sechs-Personen-Haushalt weniger als 650 US-\$ pro Monat zur Verfügung stehen.

- Inzwischen leben über 2/3 aller Palästinenser unterhalb dieser Armuts-Grenze.
- Fast jeder zweite Palästinenser ist jetzt Empfänger von UNRWA – Unterstützungs-Leistungen.
- Der palästinensische Außenhandel ist derzeit in erdrückender Abhängigkeit von Israel: 80 % der Exporte und 90 % der Importe laufen über Israel. Das kann sich durch eine Eigenstaatlichkeit ändern, aber
- auch der palästinensische Arbeitsmarkt ist stark von Israel abhängig. Bei israelischen Grenz-Schließungen schnell die palästinensische Arbeitslosen-Rate auf weit über 50 %.

Als nach dem Hamas-Wahlsieg am 25.1.2006 die Unterstützungs-Gelder Israels und der westlichen Geber-Länder gesperrt wurden, war die Autonomie-Behörde nach wenigen Monaten nicht mehr in der Lage die Gehälter ihrer etwa 100.000 Bediensteten zu zahlen, was teilweise zu aufstandsähnlichen Unruhen der Betroffenen führte.

- Anschaulicher kann man das Trauerspiel von Abhängigkeit und "Lebens-Unfähigkeit" gar nicht vorführen.
- Es scheint so, als bestünde unter allen Palästinensern in wenigstens einem Punkt Einigkeit, nämlich in der Gründung eines eigenen Staates als Lösung der Probleme.

Vermutlich verengt die seit Jahrzehnten bestehende konfrontative Atmosphäre den Blickwinkel derart, dass man nur auf diesen eigenen

Staat startt – und nicht nach Alternativen Ausschau hält.

Übertriebener Patriotismus und stark nationale Tendenzen sind die natürliche Folge dieser Jahrzehnte währenden Konfrontation. Diese Situation besteht – mehr oder weniger – auf beiden Seiten und ist auch keiner Seite vorzuwerfen. Vor diesem Hintergrund ist das Streben der Palästinenser nach Eigenstaatlichkeit durchaus verständlich.

Und mindestens die weltweit veröffentlichte Meinung sieht als Lösung des Nahost-Konfliktes auch nur

- die Anerkennung Israels und Friedensverträge mit allen arabischen Staaten,
- sowie den selbstständigen palästinensischen Staat, - der "lebensfähig" sein soll.

Frieden mit Israel und dessen Anerkennung stellt die eine, richtige Hälfte der Lösung dar.

- Ist aber die zweite Hälfte, der palästinensische Staat, wie unter 2.4. skizziert, auch für die Palästinenser eine wirkliche Lösung?

Erzeugt diese Jahrzehnte währende Lage, bestehend aus so vielen negativ-konfrontativ-psychologischen Facetten, nicht ungeheuren "emotionalen Druck"?

- Führt dieser "emotionaler Druck" irgendwann dazu, "jeden noch so unmöglichen Flicker-Teppich zu kaufen", - Hauptsache: Die Lage ändert sich?

Und was wäre, wenn sich dieses Volk nach einem Jahrzehnt des Scheiterns fragen würde:

"Warum haben wir uns bloß darauf eingelassen?"

In der Politik soll so etwas ausgeschlossen sein? – Bestimmt nicht!

Zum Beispiel:

Von 1918 – 1939 und von 1945 – 1960

existierte die Tschechoslowakische Republik (CSR).

1960 – 1989 nannte man sich

Tschechoslowakische Sozialistische Republik (CSSR).

1990 – 1992 wurde daraus die

Tschechische und Slowakische Föderative Republik (CSFR).

1992 trennte sich die Föderation in zwei selbstständige Kleinstaaten, in die Tschechische Republik und die Slowakische Republik.

Etwa 2006 befragte ein Fernseh-Team Menschen aus den Grenz-Regionen beider Kleinstaaten, warum man sich – ausgerechnet angesichts der Einigung Europas, in dem beide Staaten Mitglied sind – damals getrennt habe. Jemand antwortete: "Das wissen wir nicht. Wir wissen heute nur, dass es falsch war." Viele Menschen teilten diese Meinung.

So ist das, wenn "emotionaler Druck" abgebaut und die Ratio zurückgekehrt ist. Das Beispiel Jugoslawien ersparen wir uns.

- Die konfrontative Atmosphäre und das Starren auf einen eigenen Staat ist bestens geeignet,
- das Hauptproblem der Palästinenser, nämlich deren Armut – um nicht von "Elend" zu sprechen, was nach unseren europäischen Begriffen zutreffender wäre – zu verdecken.
- **Nochmals:**
Die Armut - und nicht der eigene Staat – ist das Hauptproblem der Palästinenser.

Weltweit gibt es viele unterschiedliche Beispiele, wo nach Wellen

nationaler Begeisterung die Nüchternheit des Alltags zurück kehrte und die sozialen Probleme übermächtig die Themen diktierten.

Aus dem sozialem – dem realen - Blickwinkel kann sich ein eigener Staat gemäß 2.4. sehr bald als Fata Morgana erweisen, der an dieser Problem-Lösung versagt. An der skizzierten Mächtigkeit dieses Problems würden sicher Staaten mit ganz anderer wirtschaftlicher Potenz scheitern. - Und was passiert dann?

Denken wir daran: In dem wohlhabenden Frankreich brannten Vorstädte. In dem wohlhabenden Deutschland lieferten sich frustrierte, perspektivlose Ost-"Fußball-Fans" – oft genug noch mit extrem rechter Gesinnung - Straßenschlachten mit der Polizei.

Als ob diese Befürchtungen nicht schon beängstigend genug sind, kommt ein weiterer Aspekt hinzu:

- Wie wollen - künftig – beide Staaten in einem "Flicken-Teppich-Nebeneinander" krasse wirtschaftliche und soziale Unterschiede verkraften?

Für jeden "Durchschnitts-Palästinenser" ist doch jeder "Durchschnitts-Israeli", der oft in Blickweite in seiner Nachbarschaft lebt, schon heute ein "reicher Mann", Das gilt für Vergleiche

- des Durchschnitts-Einkommens,
- des Durchschnitts-Lebensstandards und der Durchschnitts-Lebens-Qualität, der Durchschnitts-Lebens-Perspektive,
- des Gesundheitswesens,
- der Durchschnitts-Wohn-Fläche und dem Wohn-Komfort,
- der Durchschnitts-Bildung,
- bis hin zum Durchschnitts-Wasser-Verbrauch, usw.

Ist die Annahme falsch,

- dass dieser entsetzliche Hass breiter palästinensischer Schichten auch seine Wurzeln in diesen krassen sozialen Unterschieden hat?

Und besteht nicht die Gefahr,

- dass wirtschaftliche und soziale Unterentwicklung sowie Perspektivlosigkeit – besonders bei den vielen Jugendlichen – Nährboden für weiteren extrem radikalisierten Nachwuchs darstellt?

Bis 2010 soll die Mauer um die palästinensischen Gebiete fertig gestellt sein. Israel kann man nur vor dem fatalen Gedanken warnen,

- dass nach der Mauer-Fertigstellung das ganze Elend dahinter verschwindet - und sich damit für Israel erledigt hat.
- Mauern lösen keine Probleme, sondern konservieren und / oder verstärken sie. Wir Deutsche wissen das aus Erfahrung.

Jetzt ist auch noch Zeit genug, darüber auf beiden Seiten – oder besser auf allen Seiten - ernsthaft nachzudenken,

- welche Auswirkungen ein Scheitern dieses "Flicken-Teppich-Staates", nicht nur auf Israel, sondern auf die gesamte Region haben könnte.

2.6. Kann künftig das Wasser-Problem für beide stark wachsenden Völker überhaupt gelöst werden – möglichst noch gleich und gerecht – wo doch schon längst zunehmende, sehr schwere Probleme bestehen?

The Jerusalem Post, 20.03.2001:

- *Der letzte Winter hat schrecklichere Aspekte gehabt, als die palästinensische Intifada:
"Wir befinden uns Mitte März und die Regenfälle dieses Winters lagen bedeutend unter dem Viel-Jahres-Durchschnitt und sogar unter pessimistischen Vorhersagen des letzten Novembers. Der gesunkene und weiter sinkende Spiegel des Kinnereth (See Genezareth), des Haupt-Reservoirs des Landes, ist der stille Beweis für die Tatsache, dass wir uns im dritten Jahr einer ernsthaften Trockenheit befinden."*

Das Londoner Nachrichtenmagazin "The Middle East",
Nr. 311, April 2001:

- *"Im Palästina-Konflikt könnte am Ende das Wasser alle anderen Streitpunkte übertreffen"*

Quelle: Homepage Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland – 2006

Durch die Besetzung der Golan-Höhen und des Westjordan-Landes sicherte sich Israel im Sechstagekrieg (5.-10.6.1967) wesentliche Zugänge zu den Wasserreserven der Region.

Nach Experten-Meinungen soll Israel jetzt etwa ein Drittel seines Wassers aus diesen Gebieten beziehen.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, welchen "Brocken" ein Drittel des benötigten Wassers in künftigen Verhandlungen darstellt.

Falls Sie sich "nur" auf den Homepages der Botschaft des Staates Israel in Deutschland und der Generaldelegation Palästinas in Deutschland zu diesem Thema informieren möchten, allen Querverweisen folgen, weitere diesbezügliche (Internet)-Literatur bearbeiten – möglichst auch noch bei den Nachbarstaaten recherchieren, werden Sie sich locker mit Hunderten von Seiten zu befassen haben, sofern Sie das Thema gestrafft angehen.

Natürlich werden Sie mit völlig unterschiedlichen Daten und Fakten, unterschiedlichen Meinungen und Gesichtspunkten, sowie mit unterschiedlichen Rechtsauffassungen konfrontiert, was nicht verwunderlich ist,

- denn das Wasser-Problem ist für jede Seite ein elementares Existenz-Problem.

Wagen wir den Versuch eines sehr gestrafften, schlagwortartigen Überblickes:

Die Region besitzt im Wesentlichen zwei Wasservorkommen, den Jordan und das Grundwasser des Westjordanlandes.

Das Westjordanland ist ein gebirgiges Gebiet, was über ein relativ hohes Niederschlagsvolumen verfügt. Die Niederschläge sammeln sich in einer Grundwasser führenden Schicht (Aquiferen). Westlich und nord-östlich reicht diese Schicht auf israelisches Gebiet.

- Die Palästinenser behaupten, dass Israelis dort ihr Wasser abpumpen.
- Israel behauptet, dieses Wasser fließt dem Land durch natürliches Gefälle zu und tritt teilweise auch in Form von Quellen aus.
- Die Palästinenser behaupten, während die israelischen Siedlungen bis 80 m tiefe Brunnen bohren dürfen, sei ihnen von

der israelischen Militär-Verwaltung lediglich eine Bohr-Tiefe von 20 m gestattet, was schon zu diversen Brunnen-Austrocknungen geführt hat.

- Israel behauptet von 1967 bis 1995 steigerte sich der palästinensische Wasser-Konsum von 5,4 auf 40 Mio. m³, oder um 640 %.
- Israel verweist auf (vorbildliche) technische Programme des rationelleren Wasser-Einsatzes und der Wasser-Spar-Maßnahmen. Haushalts- und Industrie-Abwässer werden aufbereitet und in der Landwirtschaft genutzt. Das ist selbst für Deutschland, das im Umweltschutz eine führende Position besitzt oder mindestens anstrebt, eine vorbildliche Maßnahme. In der Region Eilat arbeiten bereits 30 Wasser-Entsalzungs-Anlagen. In der Meerwasser-Entsalzung sieht Israel einen Beitrag zur Trinkwasser-Gewinnung.
- Umstritten ist auch der unterschiedliche Pro-Kopf-Wasser-Verbrauch beider Völker. Israel bestreitet die palästinensische Behauptung, es verbräuche die sechsfache Menge Wasser.
- Immerhin bestätigt Israel aber den 2,5-fachen Pro-Kopf-Verbrauch gegenüber den Palästinensern.
- Israel verweist jedoch darauf, dass es – verglichen mit seinen Nachbarn – den zweitniedrigsten Pro-Kopf-Verbrauch der Region hat.
- Die Palästinenser verweisen auf die Weltgesundheits-Organisation WHO, wonach ihr Pro-Kopf-Verbrauch weit unter dem WHO-Mindest-Standard liegt.

Wasser-Pro-Kopf-Verbrauch in m³ pro Jahr	
Syrien	1.089
Ägypten	921
Libanon	444
Israel	308
Jordanien	201

Quelle: Homepage der Botschaft des Staates Israel – Berlin 2008-10
→ Umweltschutz → Das Wasser-Problem im israelisch-arabischen Konflikt

Alternativ-Daten Wasser-Pro-Kopf-Verbrauch in m³ pro Jahr	
Jordanien	170
Israel	450
Frankreich	800
USA	2.000

Quelle: Philippe Lemarchand / Lamia Radi : Israel und Palästina morgen -
Die Aufteilung des Wassers - Verlag Westermann, Braunschweig 1997

Die Wasser-Qualität

ist ein gleichrangiges, weiteres Problem, das in starkem Maße besonders die Palästinenser berührt.

- Schon heute werden die Vorkommen permanent überfördert, wodurch sich Substanzen aus den Gesteinsschichten lösen und das Grundwasser verunreinigen.
- Mangelhafte oder fehlende Kläranlagen verstärken das Problem,
- ebenso Einschlüsse von Schwermetallen, Pestiziden und sonstigen gesundheitsschädlichen Substanzen.

- Die Überförderung im Gaza-Streifen hat zu Grundwasser-Absenkungen und zum Eindringen von salzhaltigem Meerwasser in das Grundwasser geführt.
- Schon heute dokumentieren Palästinenser, dass schlechtes Wasser sie krank macht.
- WHO-Grenzwerte werden teilweise massiv überschritten.

Quellen: Homepage der Botschaft des Staates Israel – Berlin 2008-10

→ Umweltschutz → Das Wasser-Problem im israelisch-arabischen Konflikt

Homepage Generaldelegation Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland – 2008-10

→ Offene Fragen → Wasser

Wikipedia → Nahost-Konflikt → Trinkwasser-Konflikt

Philippe Lemarchand / Lamia Radi : Israel und Palästina morgen - Verlag Westermann, Braunschweig, 1997

Fazit:

1. Israel verbraucht – auch nach europäischen Standards – nicht zu viel Wasser,
2. sondern die Palästinenser verfügen schon jetzt über viel zu wenig und oft viel zu schlechtes Wasser.
3. Mehr geben die Vorkommen dieses kleinen Landes nicht her. Sie sind schon jetzt überfordert.
4. Ferner werden auch in dieser Region die Niederschläge vom Klimawandel negativ beeinflusst.
5. Das bedeutet: Die Vorräte werden nicht steigen, sondern weiter abnehmen, während die Bevölkerung weiter stark zunimmt.

Auch hier reden wir über Sackgassen, denn gegenseitige Vorwürfe schaffen keinen Tropfen Wasser mehr für die Menschen.

- Aber das Wasser-Problem ist ein faktischer Beweis für das "unlösbare Problem: zwei stark wachsende Völker teilen sich ein zu kleines Land".

3. Wann ist der Nahost-Konflikt wirklich gelöst?

Aus der Präambel des Camp-David-Abkommens vom 17.9.1978 zwischen dem ägyptischen Präsidenten Sadat, dem israelischen Ministerpräsidenten Begin und dem US-Präsidenten Jimmy Carter:

"Nach vier Kriegen innerhalb von 30 Jahren erfreut sich der Nahe Osten, Wiege der Kultur und Geburtsstätte dreier Religionen, trotz intensiver menschlicher Bemühungen noch immer nicht der Segnungen des Friedens.

Die Bevölkerung des Nahen Ostens ersehnt den Frieden, damit die grossen menschlichen und natürlichen Ressourcen dieser Region für Zwecke des Friedens verwendet werden können und dieses Gebiet zu einem Modell für die Koexistenz und Zusammenarbeit unter den Völkern zu werden vermag."

Jede Regelung, die heute – nach nunmehr über 60 Jahren - getroffen wird, sollte nicht nur so stabil sein, dass sie wenigstens die nächsten 60 Jahre überdauert,

- sondern sie muss die Grundlage bieten, die den Erfordernissen künftiger Entwicklungen gerecht wird,
- die künftige Entwicklungen nicht bremst oder belastet, sondern diese fördert.

3.1. Es ist sicher anzunehmen,

dass alle Völker dieser Region in weit weniger als sechs Jahrzehnten in einem Staatenbund, einer Wirtschaftsgemeinschaft oder mindestens in einer mehr oder weniger engen Föderation vereinigt sind.

Sie umschließt den gesamten arabischen Mittelmeerraum und die dann "ehemaligen Ölstaaten am Persischen Golf".

Israel gehört sicher dazu, die Türkei würde gut dazu passen.
In diesem Verbund herrscht dann Freizügigkeit für Waren, Ideen und Menschen. Grenzen haben dann bestenfalls ganz untergeordnete Bedeutung, beispielsweise für die einzelnen "Unter-Verwaltungs-Regionen", die früher einmal Staaten waren.

- **Warum das so kommen wird?**

Weil auch die Regierungen dieser Region – je früher desto besser – erkennen müssen, dass kleine Einzel-Staaten mit Einwohnerzahlen unter 10 Millionen, oder gar unter 5 Millionen, in einer globalisierten Welt, die Mega-Städte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern kennt, chancenlos sind und "abgehängt" werden.

Überhaupt sollten sich viele arabische Staaten fragen, wie viele ehemaligen Schwellenländer und Entwicklungsländer in den letzten Jahrzehnten an ihnen "vorbei zogen" und sie "überholten".

Im 21. Jahrhundert werden Entscheidungen erforderlich sein, damit "der Zug nicht ohne sie abfährt".

- Es scheint eine der verheerenden Folgen dieses Nahost-Konfliktes bisher zu sein, dass das "Gegeneinander" gepflegt und das "Miteinander" ausgeschlossen wurde.
Das hat keinem Staat der Region genützt.

Europa ist diesbezüglich einen Weg vorangegangen. Europa hat die schweren Irrtümer zweier furchterlicher Kriege hinter sich. Die beiden Völker, denen man einst einredete, sie seien "Erbfeinde", Frankreich und Deutschland, zählen heute zu den "Lokomotiven", die die Einigung dieses Kontinents vorantreiben – jedenfalls in vielen Bereichen.
Europa ist vielsprachig. - Den arabischen Raum eint eine Sprache, die auch in Israel, als zweite Amtssprache gilt.

- Israel gehört nicht nur geographisch zur Region, sondern muss sich als Teil der Region begreifen
- und die Region muss Israel als ein Mitglied dieser Region akzeptieren.

Israel kann in eine enge Zusammenarbeit sehr viel einbringen,

- zum Beispiel wie ein Staat wirtschaftlich vorankommen kann, der keine Rohstoffe besitzt, oder diese nicht mehr besitzt, -
- wie Land mit relativ einfachen Mitteln rekultiviert werden kann, -
- oder wie moderne, der Landesnatur angepasste Landwirtschaft einen hohen Beitrag zur Eigenversorgung des Landes und zur Einsparung von Devisen leistet.

Außerdem: Zur Trinkwassergewinnung durch effiziente Meerwasser-Entsalzungs-Anlagen werden künftig alle Staaten der Region gezwungen sein.

Im Nahen Osten leben etwa 5 % der Weltbevölkerung.

Diesen 5 % stehen jedoch nur 1 % der globalen Süßwasser-Reserven zur Verfügung.

- Die Voraussetzungen für Erzeugung und Einsatz zukunftstauglicher alternativer Energien sind in der Region optimal.
- Schon jetzt sind in dieser "perspektivischen Förderung" Staaten, die Anlage für ihr Kapital suchen und solche, die für ihre Entwicklung Kapital benötigen. Daraus kann sich eine solide Wirtschaftsperspektive entwickeln, die beiden Partnern nützt und die Region voran bringt.

Wie in Europa, könnten die Gegner von heute die Motoren der Einigung und der Zusammenarbeit von morgen werden.

- Das kann für die Staaten gelten, die heute noch palästinensischen Flüchtlingen Asyl gewähren, sowie für Ägypten, und für Israelis und Palästinenser, die miteinander Frieden geschlossen haben.

Bei Friedensverhandlungen feilscht also vorausschauende Politik nicht um den Zehntel-Punkt-Sieg für heute,

- sondern reicht die Hand zur Zusammenarbeit
- und errichtet heute die Voraussetzungen für ein gemeinsames Morgen.

3.2. Erst ein gerechter Frieden mit dem palästinensischen Volk löst den Nahost-Konflikt

Die Akzeptanz und die Anerkennung des Staates Israel, sowie Frieden und (international) garantierte Sicherheit zwischen Israel und allen arabischen Staaten – einschließlich des Iran - ist die eine unabdingbare Hälfte des Fundamentes für die Beendigung des Nahost-Konfliktes.

- Die andere Hälfte – mit gleichrangiger Bedeutung – ist eine "öffentlich rechtlich gesicherte Heimstätte für das palästinensische Volk".
- Das palästinensische Volk hat für Israel dieses Recht anerkannt. Es ist nun an Israel, dieses gleiche Recht für das palästinensische Volk gelten zu lassen – und dieses arme Volk dabei tatkräftig zu unterstützen.
- Dieses gleiche Recht schließt die "Lebensfähigkeit" ein. "Lebensfähig" ist ein beliebig dehnbarer Begriff, - der ganz dem

Geschmack diplomatischer Unverbindlichkeit entspricht. "Lebensfähig" ist man, so lange man nicht tot ist.

Ein palästinensischer Staat, der geschwächt dahin taumelt und kurz vor seinem Kollaps – von außen – eine "Aufbauspritze" erhält, die so fein dosiert ist, dass er gerade mal am Leben bleibt, wäre im Sinne dieser Definition auch "lebensfähig".

- Jedoch ist diese Lösung weder eine Lösung des Nahost-Konfliktes, noch ein Impuls für künftig notwendige Entwicklungen.

Das kann nur bedeuten:

- Erst, wenn eine wirklich gerechte Lösung für die (auch wirtschaftlich sichere) Zukunft des palästinensischen Volk existiert – die eine breite Mehrheit dieses Volkes akzeptiert -, ist der Nahost-Konflikt gelöst.
- Denn eine breite Akzeptanz des palästinensischen Volkes für eine gerechte Friedenslösung entzieht jedem arabischen Nachbarstaat - den Iran eingeschlossen - die Begründung und das Recht, Israel den Frieden und die volle Anerkennung zu verweigern.

Nach diesem Grundsatz

- sind Friedensverträge mit den Nachbarstaaten Israels und die Anerkennung Israels durch alle arabischen Staaten – einschließlich des Irans –
- **nur ein "Neben-Produkt" eines vorrangigen, wirklich gerechten Friedens mit dem palästinensischen Volk.**

Oder um es noch einmal mit der Präambel des Camp-David-
Abkommens vom 17.9.1978 auszudrücken, die für alle Staaten gilt,-
auch für die Palästinenser:

*"Frieden erfordert die Respektierung der Souveränität, der territorialen
Integrität und der politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in der
Region und seines Rechts, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter
Grenzen frei von der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu leben.*

*Fortschritte in Richtung auf jenes Ziel vermögen die Bewegung auf ein
neues Zeitalter der Versöhnung im Nahen Osten zu beschleunigen, das
von Zusammenarbeit bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung,
Aufrechterhaltung der Stabilität und Gewährleistung der Sicherheit
gekennzeichnet ist."*

4. Gibt es bessere Alternativen?

Zu den jetzt vorliegenden Lösungs-Konzepten gibt es mehrere – bessere - Alternativen.

4.1 und 4.2. behandeln zunächst "kleine Lösungen", die im Sinne des Themas aber "zu klein" sind.

4.1. Israelis und Palästinenser "fusionieren": Palästinenser werden wirklich gleichberechtigte Bürger Israels

4.1.1.

Israelis und die Palästinenser des derzeitigen 22-%- Autonomiegebietes einigen sich, in einem gemeinsamen Staat zu leben, dessen Grenzen beide Gebiete umfasst. Die Palästinenser erhalten weit reichende, durch die Verfassung garantierte Minderheiten-Rechte. Organe der derzeitigen palästinensischen Autonomiebehörde erhalten Ministerrang oder werden in die israelische Regierung integriert.

Rechtlich und faktisch sind Israelis und die genannten Palästinenser gleichberechtigte Bürger ihres Staates Israel. Die völlige Gleichberechtigung der Palästinenser bekommt Verfassungsrang. Über die Einhaltung wachen spezielle Verfassungsgerichte, die paritätisch von israelischen und palästinensischen Richtern besetzt sind.

4.1.2.

Als Folge dieser Einigung schließen alle ehemaligen Kriegsgegner mit diesem Staat Israel Frieden. Er wird von allen arabischen Staaten anerkannt, Iran eingeschlossen. Bestandteil der Friedensregelung ist eine beide Seiten zufrieden stellende Lösung des Flüchtlingsproblems. Danach möglich werdende Abrüstungs-Maßnahmen gestatten erhebliche Mittel-Umschichtungen im Etat beider Seiten - besonders aber im israelischen –, die der Weiterentwicklung des Landes dienen.

4.1.3.

Im Sinne einer völkerrechtskonformen Regelung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge findet die UN-Resolution 194 (III), vom 11.12.1948 "Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr oder Entschädigung" Berücksichtigung.

Gleichrangig berücksichtigt werden jedoch die faktischen Möglichkeiten des unter 4.1. skizzierten Staates Israel.

- Punkt 11 der genannten UN-Resolution lautet:

"Die Generalversammlung, nach weiterer Erörterung der Lage in Palästina beschließt, dass denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühest möglichen Zeitpunkt gestattet werden soll

und dass für das Eigentum derjenigen, die sich entscheiden nicht zurückzukehren, sowie für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum, auf der Grundlage internationalen Rechts oder nach Billigkeit von den verantwortlichen Regierungen und Behörden Entschädigung gezahlt werden soll."

a.

Der Staat Israel erkennt ein weit reichendes Recht auf Entschädigung – in diesem Sinne - an, aber

b.

dem Staat Israel ist eine Aufnahme von Flüchtlingen aus Lagern außerhalb des derzeitigen Autonomiegebietes nicht möglich.

c.

Palästinensische Vorbesitzer oder die palästinensische Autonomiebehörde werden auch entschädigt für das Land und mobile und immobile Werte, die in Ost-Jerusalem, dem Westjordanland und im Gaza-Streifen für israelische Siedlungen, Straßen oder sonstige Flächen enteignet oder zerstört wurden.

d.

Bestandteil der Friedensverträge wird eine Integration der palästinensischen Flüchtlinge als verfassungsrechtlich garantiert gleichberechtigte Bürger des derzeit Asyl gewährenden Staates – oder

e.

ihnen wird zentrale Aufnahme in einem arabischen Staat – zum Beispiel Jordanien – gewährt (siehe alternativ hierzu 4.2.).

4.1.4.

Elementarer Bestandteil der Einigung ist die umgehende, spürbare und nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation aller Palästinenser, also jener, die in dem 22%-Autonomiegebiet leben und jener in den ausländischen Flüchtlingslagern.

Das Konzept dafür ist "Hilfe zur Selbsthilfe". Das Vorbild ist der Marshall-Plan, der nach dem 2. Weltkrieg West-Europa wirtschaftlich "wieder auf die Beine half."

Primäres Ziel ist die schnellstmögliche Schaffung von Arbeit und Einkommen für so viel Palästinenser als möglich, sowie Gründungs-Beihilfen für palästinensische Existenzen in traditionellen,

arbeitsintensiven Bereichen, wie Handel, Gewerbe, Dienstleistung, Kleinindustrie.

Als eine erste Maßnahme dafür dient ein Programm zur Schaffung von ausreichendem, menschenwürdigem Wohnraum, der mit israelischen Standards vergleichbar ist und die spätere Schließung aller in- und ausländischen Flüchtlingslager ermöglicht. Die Finanzierung erfolgt unter anderem durch die israelischen Entschädigungs-Zahlungen.

Dieses riesige Aufbau-Programm soll vorrangig von palästinensischen Firmen und Arbeitskräften ausgeführt werden. Bewusst sollte zu Gunsten arbeitsintensiver, Arbeit schaffender Methoden auf Hightech verzichtet werden, wo immer dieses möglich ist.

Einige positive Aspekte:

- Beendigung des Nahost-Konfliktes und Frieden für Israel und die Region.
- Hohe Wachstums-Perspektive für den Staat Israel. Besonders kostengünstige Lösung. Win-Win-Situation für Israelis und Palästinenser.
- Kein palästinensischer Staat ist besser, als ein eigener Staat, der an seinen übermächtigen Problemen scheitert.
- Die Palästinenser erhalten eine Zukunfts-Perspektive und spürbare Verbesserung ihrer Lebens-Situation, was die Akzeptanzbereitschaft für die Lösung fördern kann.
- Der Staat Israel zahlt zwar hohe Entschädigungen, profitiert aber davon durch boomartige Investitionen im eigenen Land.
- Statt zweier kleiner Staaten entsteht ein einziger Staat mit einem großen Markt mit starken Wachstums-Chancen, der gut für eine regionale Zusammenarbeit aufgestellt ist

Einige negative Aspekte:

- **General-Blocker:** Das "zu kleine Land" bereitet unlösbare Probleme sowohl für weitere jüdische Zuwanderung, als auch für die palästinensische Bevölkerungs-Entwicklung.
- Es ist sehr fraglich – eher unwahrscheinlich -, ob sich arabische Nachbarstaaten zur Aufnahme der palästinensischen Flüchtlinge bereit erklären wollen oder können, da diese teilweise eine sehr starke Minderheit darstellen. Zusammengefasst in Jordanien würden sie eine übermächtige Mehrheit bilden.
- Bei Akzeptanz arabischer Nachbarstaaten zur Aufnahme der palästinensischen Flüchtlinge wird die Einheit des palästinensischen Volkes aufgegeben.
Drastisch formuliert: Das palästinensische Volk wird "zerstückelt".
- In der derzeitigen Situation erscheint eine Akzeptanz auf allen Seiten ausgeschlossen - bei Israelis und Palästinensern – und bei den Nachbarstaaten.

4.2. Eine Zentrale mit mehreren Niederlassungen:

Palästina =

Gaza-Streifen + Westjordan-Land + Flüchtlings-Gebiet.

Oder:

Palästina = (Gaza-Streifen + Flüchtlings-Gebiet) +
+ (Westjordan-Land + Flüchtlings-Gebiet).

4.2.1.

Israelis und die Palästinenser einigen sich auf eine Zwei-Staaten-Lösung, wobei der palästinensische Staat aus dem Westjordanland, dem Gaza-Streifen und einem oder zwei externen Gebieten für heimgekehrte Flüchtlinge besteht.

Als Folge dieser Einigung schließen alle ehemaligen Kriegsgegner mit dem Staat Israel Frieden. Er wird von allen arabischen Staaten anerkannt, Iran eingeschlossen. Bestandteil der Friedensregelung ist eine für alle Seiten zufrieden stellende Lösung des Flüchtlingsproblems gemäß der UN-Resolution 194 (III), vom 11.12.1948 (siehe 4.1.3.). Dann möglich werdende Abrüstungs-Maßnahmen gestatten erhebliche Mittel-Umschichtungen im Etat beider Seiten, besonders aber im israelischen.

Zwischen Israel und Palästina wird eine Zusammenarbeit auf so viel als möglichen Gebieten vereinbart. Ein zentraler Bestandteil der Friedensvereinbarung ist ein gemeinsamer Bau und Betrieb von Meerwasser-Entsalzungs-Anlagen (durch Solar-Kraftwerke), der die ausreichende Wasserversorgung beider Völker in Menge und Qualität nach internationalen Standards sichert.

Als Vorbild dafür kann die Vereinbarung im Friedensvertrag vom 26.10.1994 zwischen Israel und Jordanien dienen. Darin verpflichtete sich Israel zur Lieferung von jährlich 55 Millionen m³ Wasser, bis gemeinsam betriebene Meerwasser-Entsalzungs-Anlagen für Jordanien die benötigten Mengen sichern.

4.2.2.

Im Sinne einer völkerrechtskonformen Regelung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge findet die unter 4.1.3. zitierte UN-Resolution 194(III) "Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr oder Entschädigung", Berücksichtigung.

Entschädigung wird auch für das Land des Westjordanlandes und Ost-Jerusalem gezahlt, das für jüdische Siedlungen, Straßen und sonstige Flächen in Besitz genommen worden ist, sowie für mobile und immobile Werte, die in den besetzten Gebieten zerstört wurden.

Es gelten ortsübliche Preise. Welche jüdischen Siedlungen aufgegeben werden und welche Bestand haben, wird präzise vertraglich geregelt. Die Fläche und Flächengröße wird genau definiert und die maximale Zahl künftiger Siedler festgeschrieben. Die Siedler sind israelische Staatsbürger in Palästina.

4.2.3.

Eine Lösung in Richtung Flüchtlings-Gebiet(e) wird deswegen unumgänglich, weil weder Israel noch das jetzige 22-%- Autonomiegebiet zur Aufnahme der Millionen Flüchtlinge fähig sind und die Asyl gewährenden Staaten Jordanien, Libanon, Syrien eine Integration in ihre Gesellschaft ablehnen.

Bei einer so starken Minderheit, die die Palästinenser in jedem der drei Staaten ausmachen, sind Befürchtungen der Beeinträchtigung der nationalen Identität und Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen durchaus begründet und berechtigt.

a.

- Mit pauschaler israelischer Flüchtlings-Entschädigung und
- internationaler Unterstützung

erwirbt die palästinensische Autonomiebehörde von Jordanien unbewohntes, bebaubares Land für etwa 2,7 Millionen Flüchtlinge.

- Dieses Gebiet wird palästinensisches Staatsgebiet.

Es wird nicht direkt an das Westjordanland angrenzen können, oder bestenfalls nur an wenigen Stellen, weil die jordanische Seite des Jordans, mindestens überwiegend, schon von Jordanern besiedelt ist. Es sollte aber so nahe als möglich beim Westjordanland liegen und zu diesem gesicherte Straßenverbindungen erhalten.

Ausgehend von einer Bevölkerungsdichte von etwa 300 Einwohnern pro km² würden 8.800 – 10.000 km² Land benötigt. Ungenutztes Brachland ist preisgünstig. Bei einer Fläche des Jordanischen Staatsgebietes von 89.342 km² sollte ein Verkauf für das dünn besiedelte Jordanien kein unüberwindbares Problem darstellen, zumal damit auch für Jordanien das Problem der palästinensischen Flüchtlinge gelöst werden kann.

b.

Um den überfüllten Gaza-Streifen in diese Lösung einzubeziehen, könnte zwischen Ägypten und den Palästinensern ebenfalls der Erwerb von unbesiedeltem Land auf dem Sinai vereinbart werden.

Wieder ausgehend von einer Bevölkerungsdichte von 300 Einwohnern pro km² würden für die 474.079 Flüchtlinge, die im Gaza-Streifen noch in Lagern leben, 1.700 km², - oder für alle 969.588 Flüchtlinge etwa 3.300 km² bebaubares Land benötigt, das idealerweise unmittelbar an den Gaza-Streifen anschließt.

4.2.4.

Elementarer Bestandteil der Einigung ist die umgehende, spürbare und nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation aller Palästinenser, die unter 4.1.4. skizziert wurde.

Einige positive Aspekte:

- Beendigung des Nahost-Konfliktes und Frieden für Israel und die Region.
- Wirklich zukunftstaugliche Lösung des Flüchtlings-Problems.
- Lösung für die bestehenden israelischen Siedlungen im Westjordanland und in Ost-Jerusalem ohne Härten für die Siedler. Diese Lösung kann die Basis für eine gute Nachbarschaft begründen.
- Die Palästinenser erhalten eine Zukunfts-Perspektive und spürbare Verbesserung ihrer Lebens-Situation, was die Akzeptanzbereitschaft für die Lösung fördern kann.
- Der Staat Israel zahlt zwar hohe Entschädigungen, kann aber durch wirtschaftliche Zusammenarbeit auch davon profitieren, wenn auch geringer als unter 4.1..
- Beide Staaten wird die Friedenswirtschaft und der Aufbau des Landes (günstigstenfalls boomartig) voranbringen.

Einige negative Aspekte:

- Das Flüchtlings-Problem ist zwar gelöst, aber das "zu kleine Land Israel" bereitet Probleme für weitere jüdische Zuwanderung.
- Israel könnte sich plötzlich selbst – von seiner eigenen Mauer – eingemauert und von den arabischen Nachbarn abgetrennt fühlen.
- Der Plan steht und fällt mit der Bereitschaft der Nachbarstaaten Jordanien und Ägypten zum Landverkauf.
- Palästina wird ein Staat der aus mehreren von einander getrennten Sektoren besteht.
- Das kann nicht nur für einen jungen Staat Probleme ergeben. Es besteht die Gefahr, dass Palästina in zwei getrennte Kleinst-Staaten zerfällt, was sicher nicht zur Stabilität in der Region beiträgt.

4.3. Ein Ideen-Mix:

Israel + Westjordanland + Gaza-Streifen + externe(s)
Flüchtlings-Gebiet(e) =
Der gemeinsame große Staat von Israelis und Palästinensern.

Selbstverständlich sind beliebige Vermischungen und Ergänzungen einzelner Aspekte möglich:

- So könnte beispielsweise die Einstaaten-Lösung gemäß 4.1. mit den Punkten für die zu erwerbenden Flüchtlings-Gebiete aus 4.2. verbunden werden.
- Natürlich ist auch eine Ergänzung durch externen Landerwerb für jüdische Zuwanderer denkbar.

Für Bürger eines einigen – mindestens eines sich einigenden – Europas hat eine Einstaaten-Lösung durchaus einen starken Reiz. Nach der unter 3.1. prognostizierten föderativen Entwicklung der Region wäre eine Einstaaten-Lösung - besonders nach diesem Konzept – die logische Schlussfolgerung.

Einige positive Aspekte:

- Beendigung des Nahost-Konfliktes und Frieden für Israel und die Region,
- Hohe Wachstums-Perspektive für den großen Staat Israel.
- Statt zweier kleiner Staaten entsteht ein großer, stabiler mit einer starken Wirtschaft und einer hohen Wachstums-Perspektive.
- Besonders kostengünstige Lösung. Win-Win-Win-Situation für Israelis, Palästinenser und die Land-verkaufenden Staaten mit einer fast idealen Kosten-Optimierung.
- Ausreichend Platz für beide Völker – auch in Zukunft.

- Die Palästinenser erhalten eine Zukunfts-Perspektive und spürbare Verbesserung ihrer Lebens-Situation, was die Akzeptanzbereitschaft für die Lösung fördern kann.
- Der Staat Israel zahlt zwar hohe Entschädigungen, profitiert aber davon durch boomartige Investitionen im eigenen Land.
- Unter dem Gesichtspunkt globaler Entwicklung ist dieser starke Staat hervorragend aufgestellt.
- Frieden mit den Nachbarn, Einigung beim Landverkauf, Zusammenarbeit mit den Nachbarn in der Wirtschaft und bei der Meerwasser-Entsalzung könnten die Basis für eine Wirtschaftsgemeinschaft oder einen Staatenbund darstellen.
- Durch seine technisch-wissenschaftlichen Leistungen, mit teilweise globaler Vorbild-Funktion, schließt dieser Staat an die Welt-Elite an.
- Aus rein rational-wirtschaftlichem Denkansatz wäre eine Einstaaten-Lösung - besonders in dieser Konstruktion - jeder (teilenden) Zweistaaten-Lösung vorzuziehen.
- Dieses Konzept liegt der "Ideal-Linie", die ab 4.4. ausführlich dargestellt ist, am nächsten.

Einige negative Aspekte:

- Der Plan steht und fällt mit der Bereitschaft der Nachbarstaaten zum Landverkauf.
- Aus derzeitiger Sicht dürften solchen Konzepten massive psychologische Vorbehalte sowohl auf Seiten der israelischen, wie auch palästinensischen Bevölkerung entgegenstehen. Daher mag eine wie auch immer konstruierte Einstaaten-Lösung sehr vorteilhaft und vernünftig sein. - Ohne die negativen psychologischen Aspekte wäre sie die "Ideal-Lösung". Sie scheint aber leider - derzeit - nicht realisierbar.

4.4. Die "Ideal-Linie": Ein Dreiecks-Geschäft mit drei Gewinnern

Dieses Lösungs-Konzept orientiert sich an betriebswirtschaftlichen Vorlagen, nämlich an einem "Dreiecks-Geschäft" mit drei Partnern, die alle aus diesem Geschäft einen hohen Nutzen ziehen, - eine "win-win-win-Situation"

4.4.1.

Das palästinensische Volk besitzt Rechte auf Gebiete,

- die im UN-Teilungsplan vom 29.11.1947 definiert sind und
- die aus dem Verzicht Jordaniens 1974 auf das Westjordan-Land zu Gunsten der PLO herrühren.

Weiterhin haben palästinensische Flüchtlinge Ansprüche auf Entschädigungen. Sie sind unter 4.1.3. näher skizziert.

4.4.2.

- Israel erwirbt käuflich die genannten Rechte mit einer angemessenen, hohen Abfindungs-Summe
- und zahlt großzügige Flüchtlings-Entschädigungen an das palästinensische Volk.

Es entsteht dadurch der neue Staat "Groß-Israel", der aus dem derzeitigen Israel und dem derzeitigen Westjordan-Land hervorgeht, mit der Hauptstadt Jerusalem. Diese Regelung bringt Israel Frieden mit allen arabischen Staaten, einschließlich des Iran.

4.4.3.

Von einem Teil der Abfindungs- und Entschädigungs-Summe erwerben die Palästinenser von einem arabischen Nachbarstaat – ideal wäre

Ägypten, möglich aber auch Jordanien – unbewohntes Land und errichten darauf – aus dem "Nichts" - mit umfangreicher internationaler Unterstützung - ihren neuen Staat, in dem auch alle Flüchtlinge ihre neue Heimat finden.

4.4.4.

Der Land-Verkaufende Staat investiert den Kaufpreis in die notwendige Fortentwicklung seines Landes.

Positive Aspekte:

- Dieser Ansatz beseitigt alle dargestellten Negativ-Aspekte der vorstehend erörterten Punkte von 4.1. bis 4.3..
- Er löst alle derzeit "faktisch unlösbaren Probleme", die im Kapitel 2. aufgezeigt sind
- und erfüllt alle unter 3. aufgelisteten Voraussetzungen zur endgültigen Lösung des Nahost-Konfliktes.

- Technisch ist dieses Projekt machbar.
- Ebenso ist es finanziell zu schaffen.

Negative Aspekte:

- Das Risiko für diesen Ansatz liegt allein in der Bereitschaft jedes einzelnen der beteiligten Völker
- und ihrer Regierungen,
- einen ungewöhnlichen Weg zu gehen, den vor ihnen noch niemand gegangen ist.

5. "Unfrisierte Vorbemerkungen"

Bei oberflächlicher Betrachtung – auf dem ersten Blick - mag das unter 4.4. angebotene Konzept der "Ideal-Lösung" für jedes beteiligte Volk eine unannehmbare Zumutung darstellen.

Für jedes beteiligte Volk!

Mit diesen "unfrisierten Vorbemerkungen" soll auch gar nicht der Versuch unternommen werden, Zumutungen klein zu reden, zu relativieren, oder gar als paradiesische Vision zu verkaufen.

- Jedoch ist zu hoffen, dass es nicht bei der oberflächlichen Betrachtung bleibt, sondern dass man diesem Konzept einen "zweiten Blick" gönnt.

- **Das Palästinensische Volk:**

"Heimat kann man nicht mit Abfindungen verkaufen."

Aber man kann eine neue, bessere Heimat gründen und aufbauen, zumal man schon "viel alte Heimat" unwiederbringlich verloren hat.

Für die beharrende Denkrichtung "Das Land der Väter" verbietet sich dieses Konzept.

Für das Denken "Die Zukunft unserer Kinder und unseres Volkes" ist es eine hoffnungsvolle Perspektive.

- **Das Israelische Volk:**

"Die Kredite für die Abfindungszahlungen werden das Land Jahrzehnte lang belasten."

Das stimmt vielleicht. Aber hat es seit der Entstehung dieses Staates Israel nicht schon größere Belastungen und schmerzlichere Opfer gegeben als die Tilgung langfristiger Kredite? - Frieden kann teuer sein, -

aber welche Chancen birgt er, - gerade auch auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet?

- **Das Volk des Land verkaufenden Staates:**

"Land verkauft man nicht. Das gilt für jeden Bauern und erst recht für jeden Staat."

Das stimmt nach traditionellen Denkschemen, die in ihrer tiefen Verwurzelung sicher nicht zu unterschätzen sind.

Die (moderne) Gegenposition ist mindestens gleichberechtigt: Indem ungenutzte immobile Werte "mobil gemacht" werden, können sie unmittelbar dem Fortschritt des Landes und den Menschen dienen.

- **"Das kann dauern. - Bitte, haben Sie etwas Geduld...."**

Positive Ergebnisse werden nach diesem Konzept nicht "auf Knopfdruck" sichtbar und erlebbar sein.

Langfristige Angelegenheiten sind aber nicht vorzugsweise "das Ding" von Demokratien, denn jede Legislatur-Periode dauert nur vier – oder fünf – Jahre.

Sollte es wirklich zu Regierungsgesprächen kommen, ein derartiges Konzept umzusetzen, sind dafür - realistischerweise – mindestens drei Jahre bis zum Abschluss zu veranschlagen, falls keine bedeutenden Behinderungen auftreten. Die technische Planung und Vorbereitung, – auch wenn sie bei Verhandlungsfortschritt schon parallel beginnen kann, - wird eigentlich auch drei, wenigstens aber zwei Jahre in Anspruch nehmen.

Es wird also wenigstens fünf Jahre dauern, bis die Bauarbeiten in der ersten neuen Stadt überhaupt sichtbar beginnen.

- Aber wie viel Jahrzehnte dauert der Nahost-Konflikt?

Und:

- Mental und faktisch ist dieses eine großzügig bemessene Vorbereitungs-Zeit, in der sich ein Volk auf einen "Umzug" einstellt, der zwei Jahrzehnte dauern kann.

Ein Jahrzehnt nach Erschließungs- und Baubeginn könnten schon über ein bis zwei Millionen Menschen in diesem neuen Staat leben und arbeiten. Fünf Millionen könnten noch vor Ende des zweiten Jahrzehntes erreicht sein.

- **Und noch eine Vorbemerkung:**

Für das Wort "Ideal-Linie" ließen sich mühelos eine ganze Menge Ersatzbegriffe finden. Das Wort "ideal" hat mir aber so gut gefallen, weil es zur Verbindung mit "idealistisch" regelrecht einlädt. Von da ist es ja gar nicht weit zur "utopischen idealistischen Träumerei" und zur "unbezahlbaren idealistischen Spinnerei", also zu Traum-Vorlagen für Totschlags-Argumente für alle jene, denen diese "Ideal-Linie" nicht gefällt.

- Also fragen wir uns doch einmal: "Was ist uns Menschen des 21. Jahrhunderts - heute - alles möglich?"

- **Unsere Technik**

befähigte uns zu einem Mond-Spaziergang. Wir schicken Sonden, für unsere Verhältnisse, tief ins Weltall und unterhalten zu unserer Raumstation fast fahrplanmäßigen Linien-Verkehr, neuerdings mit zahlungskräftigen Touristen.

Wir haben den Gen-Code weitgehend geknackt, greifen in die Schöpfung ein, meinen sie verbessern zu können. Wir haben Hoffnungen auf mehr und bessere Nahrung und Heilung schwerer, bis jetzt unheilbarer Krankheiten.

Auf einem kleinen USB-Stick, den wir für einige Euros in jedem Super-Markt nachgeworfen bekommen, der in jeder Hemdentasche Platz findet, können wir tausende Bilder, Musik oder Buch-Bände transportieren.

Lassen wir es, weiter von unseren technischen Errungenschaften zu schwärmen – oder zu prahlen. Machen wir es kurz und halten fest, was eine Auto-Werbung – natürlich in ganz anderem Zusammenhang – seit langem verkündet : *"Nichts ist unmöglich!"*

....auch nicht einen modernen Staat in der Wüste zu errichten und damit einen Jahrzehnte währenden Konflikt wirklich zu beenden, denn die einzig wirklich relevante Frage lautet: **"Was wollen wir?"**

- **"Unbezahlbar"**

wäre das zweite "Totschlags-Argument".

Unter 8.3. werden Finanzierungs-Möglichkeiten erörtert. Sie beweisen, dass dieses Konzept am Geld nicht scheitern muss. Aber die "richtigen Buchhalter-Typen" und "sorgenvollen Bedenkenträger" werden in "jeder Suppe ein Haar finden". Vielleicht sind in dieser "Suppe" sogar mehrere "Haare" zu entdecken – wenn man sie finden möchte.

Bloß:

- Wäre es nur nach "Buchhalter-Typen und sorgenvollen Bedenkenträgern" gegangen, würde es heute den Staat Israel sicher nicht geben. Er entstand nämlich auch aus einer "idealistisch utopischen Spinnerei", gegen die fast alles sprach, die gefährlich war, die keine Vorbilder hatte.- Und dass Menschen es schaffen, Wüsten zum Grünen zu bringen, konnten auch nur "abgehobene Träumer" annehmen.
- Dieser Staat wurde von Menschen geschaffen, die an ein Ideal glaubten und an einer Idee festhielten.

Aber werden wir konkret, betrachten "Kosten" und setzen sie in Relation.

- Fragen wir, was hat dieser Nahost-Konflikt - und zwar nicht nur seine Kriege und die Opfer an Menschen - in den vergangenen 60 Jahren gekostet?
- Welche Möglichkeiten wurden behindert oder verhindert, nicht nur bei Israelis und den Palästinensern, sondern in der gesamten Region - und wie teuer war das?

Oder:

- Der Neubau von 500.000 Palästinenser-Wohnungen für Familien mit durchschnittlich sechs Personen, also für drei Millionen Menschen, kostet in landesüblichem Standard, bei landesüblichen Preisen und Eigenleistung etwa US-\$ 60.000 pro Wohnung. Zusammen sind das 30 Milliarden US \$.
Bei komfortableren US-\$ 80.000 pro Wohnung errechnen sich 40 Milliarden US-\$.

Der 2.Irak-Krieg war mit etwa 200 Milliarden US-\$ kalkuliert und soll, nach unabhängigen US-Amerikanischen Berechnungen – einschließlich aller Folgekosten,– schon im Billionen-Bereich liegen.

Um das für uns "Normalverdiener" zu demonstrieren:

1 Billion haben 12 Nullen. 30 Milliarden haben zehn Nullen.

Ausgeschrieben sehen die Nullen so aus:

1.000.000.000.000 = 1 Billion = 1.000 Milliarden = 1 Million Millionen.

30.000.000.000 = 30 Milliarden US-\$ für 500.000 Wohnungen.

Die 30 oder 40 Milliarden bringen viel Arbeit, danach Mieteinnahmen und für die Familien eine bessere Zukunft.

Und was haben die Billion (oder die Billionen) im Irak gebracht? Und wie viel hat der Vietnam-Krieg gekostet - und was hat der gebracht?

Also gilt auch hier:

"Nichts ist unmöglich!" Die einzige Frage lautet: **"Was wollen wir? "**

Land kann man nun mal nur einmal verteilen.

- Aber man kann Land kaufen, oder für Rechte Entschädigungen, oder Abfindungen zahlen. Etwa so, wie man in der Wirtschaft Betriebe kauft und verkauft, oder Rechte an Patenten, Lizenzen, usw..

Weil ringsherum um diese dicht besiedelten Länder der Israelis und Palästinenser große Flächen unbesiedelt sind, sollten doch Möglichkeiten zu finden sein,

- jenen Menschen, denen die Heimat genommen wurde,
- bei der Schaffung einer neuen Heimat tatkräftig zu helfen.

6. Wirtschaftlicher Nutzen für den Land verkaufenden Staat

Natürlich steht und fällt dieses Projekt mit der Bereitschaft eines Nachbarstaates ein Stück Land an das palästinensische Volk zu verkaufen.

Gehen wir von einer perspektivischen Einwohnerzahl von 7 Millionen Palästinensern aus und einer Bevölkerungs-Dichte von 300 Einwohnern pro km² würden etwa 21.000 km² bebaubares, bewohnbares Brachland benötigt.

Das könnte ein Teil Jordaniens sein, wie dieses bereits im 4. Kapitel skizziert wurde.

Als Präferenz für den palästinensischen Landerwerb bietet sich jedoch eine Fläche des nördlichen Teils der zu Ägypten gehörenden Halbinsel Sinai an.

- Das Gebiet beginnt am palästinensischen Gaza-Streifen,
- könnte der israelischen Süd-West-Grenze nach Süden
- und im Norden der Mittelmeer-Küste in westliche Richtung folgen.

Die Halbinsel Sinai hat eine Gesamt-Fläche von 60.714 km². Sie ist mit nur etwa 366.000 Einwohnern schwach besiedelt. Etwa die Hälfte sind Nomaden. Die größte Stadt des Sinai ist die im Norden, am Mittelmeer, gelegene Stadt El-Arisch. El-Arisch ist Verwaltungs-Sitz des nördlichen Sinai-Gouvernements und hat etwa 130.000 Einwohner.

- Die Fläche für den palästinensischen Staat würde also knapp 35 % der Gesamt-Fläche des Sinai ausmachen.

Neben dem Vorteil, dass dieses Gebiet an den palästinensischen Gaza-Streifen anschließt, sprechen folgende Punkte für die ägyptische Halbinsel Sinai:

- Die Lage am Mittelmeer bietet gute Voraussetzungen für die Meerwasser-Entsalzung.
- Es herrscht ein gemäßigtes tropisches Klima, was auch späterer touristischer Nutzung zu Gute käme,.
- Ägypten arbeitet – wie Israel – an Bewässerungs-Projekten und
- an der Errichtung von Industrie-Städten in Wüsten-Gebieten, die die überbevölkerten und überlasteten Ballungszentren entlasten sollen. Es bestehen also bereits jetzt für dieses Projekt sehr nützliche Erfahrungen.
- Neben Israel bietet auch Ägyptens Wirtschaft Ressourcen und ein Produkt-Sortiment, was beim Aufbau des neuen palästinensischen Staates genutzt werden kann.

Im Interesse eines kosten-optimierten Kaufpreises einerseits und um andererseits die wirtschaftliche Perspektive des Land verkaufenden Staates in keiner Weise zu tangieren, kann vereinbart werden,

- dass der Landverkauf keine Orte oder Gebiete einschließt, die bereits von Bürgern des Land verkaufenden Staates bewohnt sind,
- oder die der Land verkaufende Staat irgendwie nutzt,
- und dass Rechte an den Bodenschätzen und deren Nutzung beim Land verkaufenden Staat verbleiben.

Ägypten zählt zu den ärmeren Mittelmeer-Ländern Nord-Afrikas. Im UN-Entwicklungs-Index rangiert das Land hinter Libyen, Tunesien, Algerien an 120. Stelle von 177 Ländern. (Quelle: Brockhaus multimedial 2009).

Selbst wenn ein niedriger Preis für ungenutztes Brachland von nur etwa 0,50 US-\$ pro m² angesetzt wird, errechnen sich 10,5 Milliarden US-\$. Schon dieser vorsichtige, niedrige Ansatz stellt für den Land verkaufenden Staat eine erhebliche Neben-Einnahme dar. Sie kann für dringend benötigte Investitionen, zur Fortentwicklung oder Modernisierung des Landes verwendet werden.

- Es ist aber nicht nur der erhebliche Kaufpreis, der für den Land verkaufenden Staat interessant ist.

Ein neuer palästinensischer Staat, der aus dem Nichts errichtet wird, ist zwangsläufig – langfristig - auf die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Land verkaufenden Staat ebenso angewiesen, wie mit Israel. Diese Zusammenarbeit wird dem Land verkaufenden Staat dauerhaft noch mehr nützen, als der einmalige Kaufpreis für ungenutztes Brachland.

Weiterhin werden in dem neuen palästinensischen Staat Technologien entwickelt oder angewandt werden müssen, die auch in dem Land verkaufenden Staat einsetzbar sind und diesem mindestens ebenso nützen, wie dem neuen palästinensischen Staat.

(zum Beispiel: Trinkwasser-Gewinnung durch solare Meerwasser-Entsalzung, Bodenverbesserungs-Techniken für landwirtschaftliche Erschließung und Nutzung, Wassersparender Unterglas- oder Unter-Folien-Anbau von Obst und Gemüse auf rekultivierten Böden, oder Pflanzenzucht in Pflanzen-Fabriken, usw.)

7. Wirklicher, dauerhafter Frieden für "Groß-Israel"

7.1. Eine völkerrechtlich einwandfreie Regelung

Mit einer rechtlich einwandfreien, dem Ergebnis angemessenen

- sehr hohen Abfindungs-Summe für die Rechte am Westjordanland,
 - sowie Ost-Jerusalems
 - und der Entschädigungs-Regelung für palästinensische Flüchtlinge
- erbringt der Staat Israel seinen Anteil an der Lösung des Problems und schafft seinerseits die Grundlage für die Akzeptanz dieses Konzeptes.

- Das Westjordanland wird damit Bestandteil des Staates Groß-Israel. Nach dem Sechstage-Krieg 1967 erklärte Israel - per Dekret - das Westjordanland zur israelischen Provinz Judäa und Samaria (Bezirk Judäa und Samarien). Dieses Dekret wurde bis heute international nicht anerkannt,- auch nicht von den Freunden Israels. Aus dem heutigen Israel und dem Bezirk Judäa und Samarien entsteht der Staat "Groß-Israel".

- **Zwischenbemerkung zum "Bezirk Judäa und Samarien":**
Sollte es zu dem schweren Fehler eines palästinensischen "Flicken-Teppich-Gebildes" kommen – und dessen absehbaren Scheitern -, liegt in diesem Dekret der Ausweg einer späteren Korrektur. Israel könnte dann ein Abfindungs-Angebot machen. Dieses Angebot würde eine spätere, sicher schwierigere Lösung im Sinne dieses Konzeptes ermöglichen.
Später – nach neuen lähmenden Krisen. Warum dann nicht sofort?
- Jerusalem wird die anerkannte, legale Hauptstadt dieses Staates.

Sie ist bisher als solche ebenso nicht anerkannt.

Bestandteil einer "Jerusalem-Regelung" wird eine weit reichende Garantie Israels, dass Jerusalem - und alle anderen Heiligen Stätten der großen monotheistischen Religionen in Groß-Israel - für Pilger und Besucher jeder Religion, - zu jeder Zeit, offen sind.

- Mit der Abfindungs-Zahlung werden alle jüdischen Siedlungen im Westjordanland und Ost-Jerusalems legalisiert.

Diese Siedlungen, deren weiterer Bestand oder gar deren weiterer Ausbau, zählen bisher zu den ganz großen Hindernissen bei der Lösung des Nahost-Konfliktes.

- Zudem ist dieses eine wirtschaftliche, unglaublich kostengünstige, "ideale" Lösung:

Statt riesige Milliarden-US-\$-Beträge für die Schließung von Siedlungen und für die Umsiedlung von hunderttausenden Siedlern zu zahlen (wie seinerzeit im Gaza-Streifen), erwirbt der Staat Groß-Israel legal Rechte an neuem Land für neue Siedlungen und Platz für weitere Zuwanderer.

- Und gleichzeitig schafft Israel mit einer – großzügigen – Geste das solide finanzielle Fundament für einen neuen, modernen palästinensischen Staat außerhalb Palästinas.

Damit macht Israel aus einem besetzten, unterdrückten Volk gleichberechtigte Nachbarn. Nach einer Jahrzehnte währenden Situation, die schrecklichen Hass schürte,

- wird mit dieser Tat wirklicher Frieden geschaffen und das Fundament für künftiges Zusammenleben und künftige Zusammenarbeit gelegt – auch in den Köpfen und Herzen der Menschen.

- Dieser psychologische Faktor kann gar nicht hoch genug bewertet werden.
- Die innenpolitische Dimension dieser Regelung, für den inneren Frieden Israels, ist ebenfalls von überragender Bedeutung. Hier sei nochmals an die kritische Lage erinnert, als Ministerpräsident Sharon 7.000 Siedler aus dem Gaza-Streifen umsiedeln ließ. Nur 7.000 Siedler!

100.000 umzusiedelnde Siedler wären weniger als 25 % der israelischen Siedler in den palästinensischen Gebieten. Können wir ahnen, welches Problem – um nicht von schwerer Krise zu sprechen – eine Umsiedlung von weniger als 25 % der Siedler darstellen würde – und welche immensen Kosten dadurch entstünden? – Von "allen Siedlern" reden wir mal gar nicht erst.

- Es ist daher sicher anzunehmen, dass deswegen selbst ein hoher Entschädigungs- und Abfindungs-Betrag vom israelischen Volk mit großer Mehrheit gebilligt wird.

7.2. Israels Fortentwicklung in einem wirklichen Frieden

In über 60 Jahren eines Nicht-Friedens hat es der Staat Israel geschafft, ohne nennenswerte Rohstoffe, eine moderne leistungsfähige Industrie aufzubauen. Im Bereich Hoch-Technologie zählt dieser Staat zur Weltspitze. Die Landwirtschaft ist im internationalen Vergleich hocheffektiv. Sie besitzt eine moderne Struktur.

Nicht nur die Bewässerungs-Techniken können als global vorbildlich bezeichnet werden. Über 100.000 ha Land wurden aufgeforstet. In einer Zeit, als dieses Volk um sein Überleben kämpfen musste, hat es sich seine Demokratie bewahrt und einen hohen Lebens-Standard erarbeitet.

- Und was lässt die Entwicklung in einem wirklichen Frieden erwarten?

In einem wirklichen Frieden, der kein "gequälter, unsicherer Kompromiss des kleinst-möglichen gemeinsamen Nenners" ist?

- Die Gegner von einst werden wieder gute Nachbarn, die zu Toleranz, ja Freundschaft, zurück finden, die für sie Jahrhunderte lang als gelebte Selbstverständlichkeit galt.
- Ein wirklicher Frieden bringt Israel hohen ökonomischen Nutzen, der diesen modernen Staat mit einer modernen Wirtschaftsstruktur spürbar und sichtbar weiter voran bringen wird. –
- Dennoch kann Israel ein wirklicher Frieden, der den Druck der Existenzbedrohung von diesem Volk nimmt, mehr – viel mehr – bringen, als nur ökonomischen Fortschritt. Er kann ein ganzes Volk, das erstmals seit Staatsgründung wirklichen, gesicherten Frieden erlebt, psychologisch verändern und ein neues Zeitalter in der Entwicklung des Staates Israel begründen,

Aber bleiben wir "nur" beim ökonomischen Aspekt eines wirklichen Friedens.

- **Große Summen des Wehr-Etats,**

der bisher das Land stark belastete, können für zivile Projekte - oder zur Bedienung der Kredite für die Abfindungs- und Entschädigungs-Zahlungen umgeschichtet werden.

- **Die Umstellung von Verteidigungs- auf Friedenswirtschaft**

gestattet beispielsweise Infrastruktur-Maßnahmen zur Fortentwicklung und weiterer Modernisierung des Landes, Aufbau von Anlagen für die Meerwasser-Entsalzung, dem Ausbau der "neuen Gebiete" Judäa und Samarien im Westjordanland, Förderungen für Industrie und Gewerbe zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze für die Menschen, usw..

- **Weitere Zuwanderer**

werden sich zu einer Zukunft in diesem modernen, aufstrebenden Staat Groß-Israel entschließen.

- **Dieses "Land der Bibel"**

- ist ein "Welt-Kultur-Erbe mit traumhaften Stränden".**

Verständlicherweise hat der Wirtschaftszweig Tourismus unter der Sicherheitslage der vergangenen Zeit am meisten gelitten, wenn selbst gutwillige Freunde des Landes sich Tipps geben wie:
"Da kannst Du hinfahren. Dort ist es relativ sicher, - aber dort hin würde ich keinesfalls....".

Der Tourismus im Frieden – ohne Angst vor Anschlägen - wird aufblühen. Auch wenn Israel allgemeine Fehler vermeidet und herrliche Strand-Bereiche mit öden Betonburgen verunziert, kann sich die Übernachtungs-Rate vervielfachen.

- Vergessen wir auch nicht den möglichen starken **Anstieg der Pilger** zu den Heiligen Stätten im Heiligen Land.

- Mittels seiner wirtschaftlich-technischen Ressourcen profitiert Israel von der Zusammenarbeit mit dem neuen Staat Palästina.

Der Baustoff-Sektor ist einer der erfolgreichen Bereiche in der israelischen Wirtschaft. Wie wird allein dieser Sektor vom Aufbau des neuen palästinensischen Staates profitieren? -

- Aber es geht nicht nur um den Baustoff-Sektor.

Je enger – und vertrauensvoller – die Zusammenarbeit mit dem neuen palästinensischen Staat gestaltet wird, desto mehr Geld wird nach Israel zurück fließen – und desto mehr profitieren beide Staaten voneinander.

Diese wenigen Beispiele lassen erwarten, dass

- schon allein aus dem Wirtschafts-Wachstum,
- das durch die Friedenswirtschaft entsteht,
- und den daraus resultierenden wirtschaftlichen Fortschritt des Staates Groß-Israel
- ein Großteil der Bedienung der Kredite für Abfindung und Entschädigung möglich wird.

Die Tilgungen werden also die Fortentwicklung des Staates Israel überhaupt nicht beeinträchtigen.

7.3. Palästinenser im Staat "Groß-Israel"

Allen Palästinensern, die an einem Stichtag in dem Gebiet des neu entstandenen Staates Groß-Israel lebten, wird freigestellt rechtlich und faktisch gleichberechtigte Bürger des neuen Staates Groß-Israel zu werden, wie dieses unter 4.1.1. ("Israelis und Palästinenser fusionieren") zum Beispiel skizziert wurde. Sie besitzen aber gleichzeitig das Recht, zu einem späteren Zeitpunkt in den neuen Staat Palästina umzusiedeln.

Jene Palästinenser, die – wirklich freiwillig – dauerhaft in den neuen Staat Palästina umsiedeln, geben die israelische Staatsbürgerschaft ab. Sie sollten jedoch ein uneingeschränktes Besuchsrecht in ihrer alten Heimat erhalten. Ebenso sollten uneingeschränkte Transitrechte zu ihren in Jordanien, Libanon oder Syrien verbliebenen Landsleuten bestehen.

Eine sensible, flexible, verständnisvoll-pragmatische Handhabung ist dabei von elementarer Wichtigkeit für die Akzeptanz und den Erfolg dieses Konzeptes, auch schon aus Rücksicht auf den tatsächlichen technischen Aufbau-Fortschritt des neuen Staates Palästina.

Denn diese Regelung wird ergeben

- Jene Palästinenser, die in dem neuen Staat Groß-Israel kein Auskommen, wenig oder keine Arbeit haben, werden ihre Chance in dem neuen Staat Palästina suchen und finden.
- Zu dieser Gruppe zählen vor allem auch die palästinensischen Flüchtlinge, die in ausländischen oder binnenländischen Flüchtlingslagern leben. Deren Situation kann sich in dem neuen Staat Palästina eigentlich nur verbessern.
- Zeitlich angepasst könnten die Lager geschlossen werden.

- Ferner wird dieses neue Palästina für die vielen perspektivlosen jungen Palästinenser eine Lebens-Perspektive bedeuten, dort ihre Familie zu gründen und in diesem neuen Staat mit dieser Familie zu leben. Familien-Gründungs-Beihilfen in dem neuen Staat Palästina können diese Entwicklung fördern.

Weil dieser neue Staat Palästina aus dem Nichts entsteht, wird er einen unglaublichen Aufbau-Boom auslösen, der für diese Menschen einen regelrechten Sog in den neuen Staat darstellt. Jahrzehntelang werden sie hier Arbeit und Brot finden.

Den Palästinensern

- die in dem künftigen Staat Groß-Israel Immobilienbesitz, eine Existenz, ein Auskommen, einen sicheren Arbeitsplatz haben,
- oder die aus sonstigen Gründen (eventuell zunächst) ihre Heimat nicht verlassen möchten, wird ein Bleiben in der alten Heimat ermöglicht.

Sie erhalten als Bürger des neuen Staates Groß-Israel das Recht und die Gelegenheit, sich friedlich, wirklich gleichberechtigt, gesellschaftlich, politisch, religiös, usw. zu organisieren und an der Fortentwicklung "ihres Staates Groß-Israel" mitzuwirken.

7.4. Die Heiligen Stätten der drei Weltreligionen in Groß-Israel

- Allen wesentlichen Stätten der drei monotheistischen Weltreligionen gewährt der Staat Groß-Israel eine Art internationalisierten, neutralisierten oder öffentlichen Status.
- Dieser Status garantiert jedem Gläubigen zu jeder Zeit völlig ungehinderten Zugang, um dort – friedlich und ohne andere zu beeinträchtigen – seinen Glauben ausüben zu können.
- Jerusalem ist nicht nur die Hauptstadt des Staates Groß-Israel, sondern
- "Welthauptstadt aller drei monotheistischen Welt-Religionen".

Möglicherweise könnte die UN-Resolution 181 (II) vom 29.11.1947 sinngemäß als Vorlage dienen. Im Abschnitt "Teilungsplan mit Wirtschafts-Union" steht unter C., Kapitel 1:

"1.

Die bestehenden Rechte in Bezug auf Heilige Stätten und religiöse Gebäude oder Plätze werden in keiner Weise beeinträchtigt.

2.

Was die Heiligen Stätten betrifft, so wird der freie Zugang, der freie Besuch und der freie Transit im Einklang mit den bestehenden Rechten allen Einwohnern und Bürgern des anderen Staates und der Stadt Jerusalem sowie Ausländern, ohne Unterschied ihrer Nationalität, gewährleistet, vorbehaltlich der Erfordernisse der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und der guten Sitte.

Ebenso wird die Kultusfreiheit im Einklang mit den bestehenden Rechten gewährleistet, vorbehaltlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der guten Sitte.

3.

Die Heiligen Stätten und religiösen Gebäude oder Plätze sind zu erhalten. Jede Handlung, die ihren sakralen Charakter in irgendeiner Weise beeinträchtigen könnte, ist untersagt.

Wenn die Regierung zu irgendeinem Zeitpunkt eine bestimmte Heilige Stätte, ein religiöses Gebäude oder einen religiösen Platz für dringend restaurierungsbedürftig erachtet, so kann die Regierung die betreffende Gemeinschaft oder Gemeinschaften zur Durchführung der Restaurierung auffordern.

Wenn innerhalb einer angemessenen Frist nichts unternommen wird, kann die Regierung die Restaurierung auf Kosten der betreffenden Gemeinschaft oder Gemeinschaften selbst durchführen lassenusw."

Gestatten Sie, liebe Leserin, lieber Leser, eine Anmerkung zu diesem Punkt.

- *Möglicherweise ignorieren oder unterschätzen diese wenigen Zeilen den religiösen Aspekt des Nahost-Konfliktes*
- *und vielleicht klingt dieser Abschnitt zu technokratisch.*

Dennoch möchte ich absichtlich diesem Punkt nichts hinzufügen, denn er bietet eine praktikable Lösung eines sehr sensiblen Problems. Falls Sie sich wirklich deprimieren möchten, finden Sie genügend Infos, wie gewachsene Sackgassen durch Missbrauch religiöser Werte konserviert werden.

- *Bedeutsam ist doch der ungehinderte Zugang jedes Gläubigen zu seinen Heiligen Stätten um dort seinen Glauben, nach seiner Gewohnheit, – friedlich und in einem wirklichen Frieden, – zu praktizieren.*
- *Völlig unbedeutend ist in diesem Sinne, unter welcher weltlichen Verwaltung sich das Land befindet, in dem diese Stätten stehen. Die Kreuzritter dachten damals anders. Aber deren Zeit ist abgelaufen.*

Akzeptieren wir doch "Unterschiedlichkeiten dreier unterschiedlicher Religionen", die dennoch verwandte Wurzeln haben und sich an das Gute im Menschen wenden.

Aber hüten wir uns davor, mit dem, was gutgesinnten Gläubigen "heilig" ist, Schindluder zu treiben, indem wir mit unterschiedlichen Religionen Konflikte anheizen und Hass zwischen den Menschen schüren.

- *Mein Nachbar kann "ein Ungläubiger" sein, den ich deswegen verachte, oder ihn hasse, weil er obendrein mein Feind ist.*
- *In dem gleichen Nachbarn kann ich aber auch meinen Bruder erkennen und achten, den mein Schöpfer geschaffen hat, - wie mich.*

Vielleicht ist Brüderlichkeit in der jetzigen konfrontativen Atmosphäre zu viel verlangt. Ein wirklicher Frieden kann dazu führen, dass man nicht nur das Trennende sucht, sondern das Verbindende entdeckt – auch bei den Religionen, trotz deren fortbestehender Unterschiedlichkeiten.

Außerdem ist es jederzeit möglich, am besten jetzt sofort, seinen Gott

- *um die Gnade des Friedens zu bitten und*
- *um die Gnade der Weisheit, aus Sackgassen herauszufinden.*

8. Eine wirklich gute Zukunft für das gesamte palästinensische Volk

Absichtlich lehnt der etwas monströse Untertitel dieses Buches an die "Basler Erklärung" des Zionistischen Weltkongresses von 1897 an. Bekanntlich forderte diese Erklärung eine "öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" und postulierte das Recht auf jüdische Identität, Existenz und Eigenstaatlichkeit.

- Dieses hier angebotene Konzept möchte dem palästinensischen Volk das gleiche Recht verschaffen, das die "Basler Erklärung" für das jüdische Volk reklamierte.
- Außerdem möchte dieses Konzept das palästinensische Volk vor dem fatalen Fehler bewahren, sich auf eine endgültige "Flickenteppich-Lösung" einzulassen.
- Dieses Konzept bietet eine bessere Lösung,
- bei der spürbarer wirtschaftlicher Fortschritt so gut wie garantiert ist.

8.1. Eigenstaatlichkeit mit wirtschaftlich-sozialem Fortschritt

Dieses "Neue Palästina"

- ist die "öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte des gesamten palästinensischen Volkes außerhalb Palästinas",
- in der es Frieden findet, Eigenstaatlichkeit, eigene Identität und Kultur, sowie gesicherte Existenz.

- Das Neue Palästina wird auch die Heimstätte der heimgekehrten Flüchtlinge aus den Flüchtlings-Lagern.
- Es ist ein Palästina, das nicht mehr in getrennte Sektoren, Flecken und ausländische Lager zerteilt ist und an Check-Points oder hinter einer Mauer gedemütigt wird.
- Es ist ein Palästina, in dem sich ein freies Volk frei bewegen kann
- und in dem ein freies, demokratisch verfasstes Volk alle Rechte besitzt, die freie, demokratische Völker besitzen.

Unter allen drei Beteiligten an diesem Dreiecks-Geschäft mögen die "Zumutungen" für das palästinensische Volk die größten sein. Aber das palästinensische Volk hat dabei auch real die größten Chancen, weil

- nach diesem Konzept eine Einheit zwischen Eigenstaatlichkeit und der Lösung der schweren wirtschaftlichen und sozialen Probleme besteht: Eine Einheit von Eigenstaatlichkeit und Wirtschafts-Boom.
- Diese Einheit ist das wesentliche Unterscheidungs-Merkmal dieses Konzeptes zu allen anderen bisherigen.
- Bitte, unterschätzen wir nicht die psychologische Wirkung einer spürbaren Verbesserung der Lebenssituation vieler Menschen.

Versetzen wir uns in die Lage des palästinensischen Volkes, sofern uns Europäern dieses überhaupt möglich ist.

2/3 der Haushalte (mit sechs Personen) verfügen über weniger als 650 US-\$ Einkommen im Monat.

Weniger als 650 US-\$ im Monat für sechs Personen!

Da ist "eine spürbare Verbesserung der Lebenssituation" keine Nebensache, über die man "mal so hinweg liest".

- Hier geht es nicht um schwammige Diplomaten-Formeln wie "Lebensfähigkeit" und ähnlichem.

Ein Staat, der aus dem Nichts entsteht, benötigt konkret für den Aufbau eine große Zahl von Arbeitskräften, denen für Jahrzehnte Arbeit im eigenen Land sicher ist.

Die vielen Menschen, die bisher keine Perspektive hatten, werden eine erhalten. Die vielen, die in Armut lebten, werden zwar nicht plötzlichen Wohlstand sehen, aber Verbesserungen erleben. Jene, die auf öffentliche Spenden und Unterstützungen angewiesen waren, werden in die Lage versetzt, für sich und ihre Familien, selbst zu sorgen. Durch eigene Leistungen wird dieses Volk seine Würde zurück erhalten.

Aus diesen Menschen werden die Pioniere der ersten schweren, entbehrungsreichen Jahre des Aufbaus.

Sie werden aber Familien ähneln, die mühevoll, - auch unter Entbehrungen, - mit ihrer Hände Arbeit ihr Haus gebaut haben, ihr Heim, in dem sie ihre neue Heimat erkennen, erleben und auch akzeptieren, - auf die sie stolz sind.

- Ein Leben in Würde, eine ganz neue Zuversicht, wirtschaftlicher Fortschritt und beginnender Wohlstand bilden das Fundament der Akzeptanz dieses neuen Staates durch seine Bürger.

8.2. Der Aufbau dieses neuen Staates ist "Hilfe zur Selbst-Hilfe"

Nach dem verlorenen 1. Weltkrieg blieben die Kriegsgegner Deutschlands auch am Verhandlungstisch Kriegsgegner und diktierten harte Reparations-Auflagen.

Eine der Folgen war die Inflation (bis 1923), die hauptsächlich die Mittelschicht existenziell schädigte. Viele von ihnen wurden deswegen zu Gegnern der jungen deutschen Demokratie, die für Folgen einstehen musste, die andere zu verantworten hatten.

Die Welt-Wirtschaftskrise 1929 versetzte dieser ersten deutschen Demokratie einen Schlag, von dem sie sich nicht wieder erholte. Von Not und Elend radikalisierte Menschen wurden scharenweise zu den braunen Rattenfängern getrieben. Die Hoffnung, von Not und Elend erlöst zu werden, war eine der Ursachen, die 1933 "Hitler, den Erlöser von Schmach und Schande", an die Macht brachte.

Nach dem verlorenen 2. Weltkrieg brachten die Gelder des Marshall-Planes Deutschland – und West-Europa – Wiederaufbau und jahrzehntelangen Wohlstand.

- So wirkt "Hilfe zur Selbst-Hilfe" und kluge Politik.

Lassen Sie uns, bitte, nicht darüber diskutieren, ob es für Deutschland und West-Europa ohne den beginnenden Kalten Krieg einen Marshall-Plan gegeben hätte, - oder nicht.

- Lassen Sie uns aber festhalten, dass spätestens seit dem "segensreichen Marshall-Plan" allgemein bekannt ist, wie man

einen halben Kontinent – friedlich - voran bringt und gegen Radikalität und Umsturz absichert,

- wie man mit der weltweit ausreichend vorhandenen Ressource Kapital Konflikte verhindert und Länder stabilisiert.

Am 16. April 1948 wurde dieses "Hilfe zur Selbst-Hilfe-Programm" beschlossen und mit 12,4 Milliarden US-\$ ausgestattet. Es lief über vier Jahre und hatte insgesamt ein Volumen von etwas mehr als 13,1 Milliarden US-\$. Diese Summe entspricht etwa dem Wert von 100 Milliarden US-\$ im Jahre 2008.

- Gemessen an dem Wirtschaftsboom, den diese Hilfe auslöste, war dieses "ein kleiner Betrag mit ganz großer Wirkung".

Es scheint, dass bei Diskussionen über den aktuellen Terrorismus viel zu selten an die Wirkung von Marshall-Plänen gedacht wird.

Wenn in dem neuen Palästina "Erlöser von Schmach und Schande" niemals eine Chance haben sollen,

- wird solche "Hilfe zur Selbst-Hilfe" jeder neue palästinensische Staat benötigen. Jeder neue palästinensische Staat! Gleichgültig wie er letztendlich konstruiert ist, als "Flicken-Teppich-Staat" oder als Staat außerhalb Palästinas!
- Sinnvoller und wirksamer, als durch den kompletten Neubau eines neuen Staates, kann Hilfe zur Selbst-Hilfe gar nicht gestaltet werden.

Dieser Neubau oder der Aufbau ist definitiv in der Lage, einen kleinen, aber nachhaltigen Wirtschafts-Boom auszulösen. Er kann – allein durch den Bausektor angetrieben - zwei Jahrzehnte andauern und eine

Wirtschaftsentwicklung voran bringen, von der heute kaum jemand zu träumen wagt.

Knapp drei Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges, Mitte 1948, als der Marshall-Plan anlief – Deutschland war damals eine Trümmerlandschaft –, hätte auch niemand geglaubt, dass sich Deutschland kurze Zeit später in einem "Wirtschafts-Wunder" befand.

"Hilfe zur Selbst-Hilfe" wird für Palästina genau so funktionieren, wie der Marshall-Plan seinerzeit in West-Europa funktionierte, - sofern mit den Mitteln und den Möglichkeiten diszipliniert umgegangen wird.

8.3. Wie wird das alles bezahlt?

8.3.1. Palästinensische Sondervermögen

Die israelischen Abfindungs-Zahlungen bilden palästinensische Sondervermögen. Sie dürfen ausschließlich zweckgebunden für den Land-Erwerb und erste Infrastruktur- und Bau-Maßnahmen eingesetzt werden.

Es handelt sich um

- das palästinensische Sondervermögen der israelischen Abfindung für Rechte am Westjordanland und Ost-Jerusalems,
- das palästinensische Sondervermögen der israelischen Entschädigungs-Zahlungen für die palästinensischen Flüchtlinge,
- sowie die israelischen Entschädigungen für enteignetes Land und zerstörte mobile und immobile Werte im derzeitigen Westjordanland, dem Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem.

8.3.2. Die israelische Abfindung von den Rechten

für das erschlossene und dicht besiedelte Westjordanland beträgt beispielsweise etwa das 20-25fache pro km² gegenüber dem Preis für unerschlossenes Brach- und Wüstenland des Land verkaufenden Staates. Eine Extra-Abfindungsregelung für das palästinensische Ost-Jerusalem bleibt Verhandlungen vorbehalten.

Nur ein Zahlen-Beispiel:

- Das Westjordanland hat eine Fläche von 5.894 km², oder 5,894 Milliarden m². Bei einem Abfindungs-Preis von 10 US-\$ pro m² beträgt die Abfindungs-Summe 58,94 Milliarden US-\$.

- Hinzu kommen die Entschädigungs-Zahlungen für die palästinensischen Flüchtlinge, die sicher einen zweistelligen Milliarden-US-\$-Betrag ergeben müssen. Rechnen wir nur mit etwa 10 Milliarden US-\$, würde dieses insgesamt etwa 70 Milliarden US-\$ ausmachen.

- **Daraus errechnet sich etwa die folgende jährliche Belastung:**

Tilgung in 30 Jahren ohne Zinsen: 2,34 Milliarden US-\$ pro Jahr.

Tilgungs-Dauer mit einem

Zinssatz von 5 % und 5,0 Milliarden US-\$ Tilgung pro Jahr = 25 Jahre,

Zinssatz von 6 % und 5,0 Milliarden US-\$ Tilgung pro Jahr = 30 Jahre.

- Diese Brutto-Belastung dürfte für Israel kein Problem darstellen, zumal sich daraus noch Einnahme-Möglichkeiten ergeben.

- **Für den Landkauf**

zahlt der Staat Palästina an den Land verkaufenden Staat für

21.000 km², oder 21 Milliarden m² bei 0,50 US-\$ pro m² 10,5 Milliarden

US-\$, - oder bei 0,75 US-\$ pro m² 15,75 Milliarden US-\$.

In jedem Fall verbleiben nach dieser Rechnung dem neuen Staat Palästina viel mehr als 50 Milliarden US-\$ für erste Infrastruktur- und Bau-Maßnahmen.

- Damit sind Landerwerb und der Aufbau der ersten Infrastruktur für das "Neue Palästina" finanziert.

8.3.3. Internationale Unterstützungen

- Bestehende internationale Hilfen für Israel werden fortgesetzt und können somit in die Etat-Umschichtung und Tilgungen einbezogen werden.

- Für Palästina

findet eine internationale Geber-Konferenz statt, auf der eine massive Erhöhung bisheriger Unterstützungen gewährt wird.

Die USA engagieren sich finanziell besonders für Israel. Auch unter Würdigung der historischen Verantwortlichkeiten fällt hier der Europäischen Gemeinschaft die vorrangige Aufgabe zu, Palästina etwa in der Höhe zu unterstützen, die annähernd der Finanzhilfe der USA für Israel entspricht, zumal die EU - zum Beispiel - bereit war, dem vergleichsweise winzigen Kosovo etwa eine Milliarde € zu gewähren.

- Die arabischen Öl-Staaten

sind in besonderer Weise zur Unterstützung der Palästinenser aufgerufen. Die Möglichkeiten liegen hier zwischen direkter finanzieller Zuwendung bis zur Gewährung zinsloser oder zinsverbilligter Kredite. Als Gegenleistung können sich diese Staaten Rechte oder Unterstützung für die Anwendung neuer Techniken für das eigene Land sichern, die in Palästina entwickelt, erprobt, optimiert und/oder angewandt werden.

- Mit arabischen Staaten und mit Israel

sollten Abkommen angestrebt werden, wonach die Einkommens-Steuer von Palästinensern mit palästinensischem Pass, die im betreffenden Staat arbeiten – mindestens zu einem Teil, möglichst ganz – an den palästinensischen Staat überwiesen werden.

8.3.4. Palästinensische Staatseinnahmen

Ein palästinensischer Staat besitzt nicht viel mehr, als die Arbeitskraft seiner Menschen. Arbeitskraft ist überreichlich vorhanden.

Die Schaffung von so viel als nur irgend möglicher Arbeit für das palästinensische Volk hat daher in jedem palästinensischen Staat – gleichgültig wie er konstruiert ist - oberste Priorität.

An dieser Priorität muss sich die Struktur der palästinensischen Wirtschaft orientieren, die unter 8.6. ausführlicher dargestellt ist.

Dadurch entsteht die bekannte Kette:

- Durch den finanzierten Aufbau des Staates wird viel Arbeit geschaffen.
- Durch Arbeits-Einkommen entsteht Binnen-Kaufkraft.
- Durch Binnen-Kaufkraft entsteht Wirtschafts-Wachstum.
- Durch eine wachsende Wirtschaft steigen die Staats-Einnahmen.

Das Ziel muss sein,

- dass sich dieser Staat durch eigene Einnahmen selbst trägt
- und möglichst schon mittelfristig nicht mehr auf externe
- Unterstützungs- Zahlungen angewiesen ist.
- Dieses Ziel ist erreichbar.

Setzen wir die derzeitigen jämmerlich schwachen Wirtschafts-Daten in Relation zu einem zu erwartenden "Aufbau-Boom".

- Berücksichtigen wir, von welchem niedrigem, heutigem Niveau dieser Staat startet
- und welche reale Steigerungs-Chance gerade dieses niedrige Niveau darstellt.

Das heutige Brutto-Inlands-Produkt (BIP) der Palästinenser in US-\$ pro Einwohner

- beträgt weniger als 1/17 des BIP Israels
- und weniger als 1/35 des BIP Deutschlands (siehe Tabelle unter 2.5.).

Würde der neue Staat Palästina es – zunächst - schaffen, das heutige extrem niedrige BIP zu vervierfachen,

- würde dieses BIP ein knappes Viertel des heutigen israelischen
- und ein knappes Achtel des heutigen deutschen ausmachen.

Dennoch wäre es für den neuen Staat Palästina und dessen Menschen ein Quanten-Sprung nach vorn, mit dem sie auch arabische Nachbar-Staaten überholen.

- Durch das Konzept "Eigenstaatlichkeit und Wirtschafts-Boom" ist die Chance dieses Quanten-Sprunges realisierbar.

8.3.5. Staatliche Einnahmen durch Land-Erwerb

- **Der Staat Groß-Israel**

Mit der Abfindungszahlung gehört das Westjordanland sowie ganz Jerusalem zum Staat Groß-Israel. Er ist daher berechtigt von Grundeigentum angemessene Grundsteuern zu erheben oder freies Land gegen Pachtzahlungen zu verpachten. In Ausnahmefällen kann ein Landverkauf erfolgen, sofern ein angemessen hoher Kaufpreis geboten wird.

Dadurch entstehen Einnahmen. Sie können zweckgebunden als Beitrag für die Bedienung der Kredite oder zu deren Sondertilgung verwandt werden.

- **Der neue Staat Palästina**

Durch den Kauf des Landes von dem Land verkaufenden Staat ist der palästinensische Staat Eigentümer dieses Landes.

Der palästinensische Staat könnte ebenfalls Grundsteuern erheben, sofern diese die Neuansiedlungen nicht übermäßig belasten und verteuern.

Eine Steuerfreiheit für die ersten Jahre, oder nach Jahren steigende Sätze wären erwägenswert, - insbesondere auch für Gewerbe-Objekte.

Um Boden-Spekulationen und künstliche Verteuerungen von Bauland in dem neuen palästinensischen Staat in jedem Fall zu unterbinden, sollte Bauland nicht verkauft, sondern langfristig verpachtet werden, - zum Beispiel auf 99 oder 100 Jahre.

In jedem Fall stehen dem palästinensischen Staat Pachtzahlungen für die Land-Verpachtung zu. Nur in Ausnahmefällen sollte Land verkauft werden - und nur, wenn ein angemessen hoher Preis gezahlt wird.

Pachtzahlungen und Einnahmen durch eventuellen Landverkauf müssen vollständig in das Sonder-Vermögen zurückgeführt werden und stehen weiteren Aufbauarbeiten zur Verfügung.

8.3.6. Verwendung israelischer Flüchtlings-Entschädigungs-Zahlungen

Das Sonder-Vermögen für israelische Flüchtlings-Entschädigungs-Zahlungen steht dem Aufbau des neuen Staates indirekt zur Verfügung, indem damals betroffene Familien oder deren Erbe(n) besonders gefördert werden,-

- sofern sie ihren neuen Wohnsitz in dem neuen Staat Palästina nehmen.

Beispielsweise könnten sie einen zinslosen, langfristigen Teil-Kredit zum Wohnungskauf oder Hausbau erhalten.

Wohnungsgesellschaften, die Wohnungen für Entschädigungs-Berechtigte oder Flüchtlinge zu Vorzugs-Mieten zur Verfügung stellen, können ebenfalls pro Wohnung zinslose oder zinsvergünstigte Teil-Kredite in Anspruch nehmen.

Die Kredit-Tilgungen fließen ebenfalls dem Sondervermögen wieder zu.

8.3.7. Gemeinnützige Grundversorgungs-Betriebe

- Betriebe, die die Grundversorgung der Bevölkerung gewährleisten, sollten als gemeinnützige Gesellschaften konzipiert werden.
Nur so kann ein im Aufbau begriffener armer Staat und eine im Aufbau begriffene Wirtschaft vor übermäßigen oder gar unmäßigen Neben-Kosten geschützt werden.

Privatisierungen von ehemals öffentlichen Versorgungs-Unternehmen in Aktien-Gesellschaften, die nicht mehr primär dem öffentlichen Wohl, sondern ihren Aktionären und dem Börsenkurs verpflichtet sind, hat in Deutschland – mit Ausnahme des Post- und Telekommunikations-Sektors – zu regelrechten Preissprüngen geführt, - bei nachlassendem Service und vernachlässigten Investitionen.

Beispielsweise brach in dem High-Tech-Land Deutschland eine marode Starkstrom-Leitung streckenweise zusammen und brachte tagelang

Stromausfall über einen ganzen Landstrich "weil es geschneit hatte". Und das vor dem Hintergrund zweistellig steigender Energie-Preise. Das privatisierte Eisenbahn-Netz in Großbritannien ist eines von weiteren abschreckenden Beispielen.

- Für die Strom-, Gas- und Wasser-Versorgung, für die Abwasser- und Müll-Entsorgung, für Stromgewinnung durch Müllverbrennung und für Kompostierungs-Anlagen, die Klärschlämme und kompostierbare Abfälle verwerten, sollten gemeinnützige Gesellschaften gegründet werden.
- Mindestens ein Teil des Wohnungsbaues sollte durch gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaften erfolgen.

Die Gesellschaften sind verantwortlich für Erzeugung oder Beschaffung ihrer Produkte, sowie für die gesamte Infrastruktur bis zum Verbraucher

- und für alle dafür notwendigen Investitionen.
- Die Finanzierung erfolgt durch Kredite vom internationalen Kapitalmarkt.

Gemeinnützige Gesellschaften sind nicht dazu da, Manager mit hohen Gehältern zu verwöhnen. Wohl aber haben solche Gesellschaften auch eine soziale Verpflichtung, die unter anderem darin besteht, so viele Arbeitsplätze zu schaffen, wie dieses wirtschaftlich vertretbar ist.

Gemeinnützige Gesellschaften haben jedoch nur dann eine Daseins-Berechtigung, wenn sie ihre Produkte entweder günstiger als vergleichbare Privat-Gesellschaften oder wenigstens preisgleich anbieten können, - auch wenn der soziale Aspekt Berücksichtigung findet.

8.3.8. Ein rigoroses Controlling

- Für Jahrzehnte ist der neue Staat Palästina auf einen tadellosen Leumund als seriöser Schuldner angewiesen, um letztendlich auch ratingmäßig eine günstige Einstufung zu erlangen.

a.

Um von vornherein jede missbräuchliche Verwendung von Unterstützungs-Geldern und Krediten auszuschließen,

- erhält der neue Staat Palästina keine frei disponiblen Unterstützungs-Gelder oder Kredite,
- sondern ausschließlich Zweck- und Projekt-gebundene.

b.

Vor Inangriffnahme eines Projektes steht dem Staat ein Berater-Gremium zur Seite, was aus wirtschafts-unabhängigen Fachleuten aller Geber-Länder und des Staates Palästina besteht.

"Wirtschafts-unabhängig" deswegen, weil "Fachberatung" keine "Marketing-Veranstaltung" sein darf, die aus Eigennutz letztlich dem Staat unnötige (Dauer-) Belastungen aufbürdet.

Eins von unzähligen Beispielen sind gigantische, viel zu große Klär-Anlagen, die unbedarften Ost-Kommunen in Deutschland nach der Wende angedreht wurden und alle Gebührenzahler noch nach Jahrzehnten überdurchschnittlich belasten.

"Je größer, - desto teurer, - desto besser für uns."

Dieses Gremium ist sowohl ein Consulting-Pool für die palästinensische Regierung wie gleichzeitig ein Kontakt-Gremium zu den Geber-Ländern.

- Die Entscheidungs-Hoheit über das Projekt liegt letztendlich bei der palästinensischen Regierung , -

- die der Finanzierung jedoch bei den Geber-Ländern.

c.

Jeder einzelne Kredit wird – bis in kleinste Details - während der gesamten Kredit-Laufzeit von einem unabhängigen internationalen Controlling-Gremium überwacht und kontrolliert.

Dieses Gremium wird keinesfalls einen laschen Umgang mit Fördergeldern oder Krediten dulden, wie dieses in manchen Fällen mit Entwicklungshilfe-Zahlungen geschah, die nicht beim Adressaten, dem bettelarmen Volk, sondern in den Taschen von Despoten oder korrupter Günstlinge landete.

Das Controlling-Gremium besteht ebenfalls aus Fachleuten der Geber-Länder, ist jedoch personell mit dem Consulting-Gremium nicht identisch. Dieses Gremium verfügt über große Befugnisse und ist sowohl der palästinensischen wie auch den jeweiligen Regierungen der Geber-Länder berichtspflichtig.

Stellen Gremiums-Mitglieder Verstöße gegen den Kredit-Vertrag fest, muss sich die palästinensische Regierung damit befassen und den Geber-Ländern Rechenschaft geben.

Werden Vertrags-Verstöße von allen Gremiums-Mitgliedern festgestellt und gerügt, kann es bis zur fristlosen Kredit-Kündigung kommen – oder zur Rückzahlung von Hilfsgeldern bei nachweisbar missbräuchlicher Verwendung.

d.

Die Verwendung des Sondervermögens aus israelischen Abfindungs- und Entschädigungs-Zahlungen unterliegt einem gleichen strengen internationalen, öffentlichen Controlling.

8.4. Leben in einem modernen Land mit traditionellen Wurzeln

- **Menschenwürdiges Wohnen**

Wie könnte am Ende des "Öl-Zeitalters" und der globalen Rückbesinnung auf ökologische Verantwortung gegenüber unserem Planeten und nachfolgenden Generationen ein wirklich modernes Land gestaltet sein? Ein modernes Land, das sich zudem ebenso seiner Landesnatur anpasst, wie den Wurzeln, die die Menschen mitbringen, die in ihm leben werden.

- Die Aufgabe stellt eine Herausforderung und eine Chance für die Planer dar. – Zum Beispiel:

In den Städten wohnen die Menschen nicht in seelenlosen, billig gebauten Wohn-Blöcken.

Die Mietshäuser der Wohnungsgesellschaften bilden Haus-Gruppen. Teilweise mit schattigen Innenhöfen, kleinen, begrünten Plätzen und Gassen die durch eine gegeneinander verwinkelte und versetzte Bauweise entstehen. Die Wände sind reichlich isoliert, damit die Wohnung klima- und temperaturstabil bleibt. Die Fenster verfügen von außen über Beschattung durch Rollläden, Fensterläden oder Jalousien.

Zu jeder Wohnung – gleichgültig, ob Miet- oder Eigentumswohnung - gehört ein Balkon - mindestens ein Französischer - und ein Bad mit fließend warmen und kaltem Wasser.

Jedes Haus besitzt einen Dachbalkon, auf dem die Wäsche getrocknet und die Kühle des Abends genossen werden kann. Auf jedem Dachbalkon stehen Solar-Kollektoren für die Warmwasser-Bereitung,

Dieser Komfort der Grund-Ausstattung liegt weit über dem derzeitigen Durchschnitt, was für jeden Mieter oder Käufer einen starken Anreiz für eine solche Wohnung in dem neuen Staat darstellt.

Gleichzeitig ist eine solche Ausstattung die Voraussetzung, dass die Immobilie langfristig wertstabil bleibt – und somit die Bedienung der langfristigen Finanzierung nicht gefährdet wird. Wer heute in Deutschland eine Eigentumswohnung ohne Balkon, mit mangelhafter Wärmedämmung oder mit mangelhafter Badausstattung zu verkaufen sucht, weiß, was Wertverfall bedeutet.

Komfort-Häuser, die in jeder Wohnung eine Klima-Anlage bieten, beziehen dafür den Strom aus Photovoltaik-Zellen, die beispielsweise auf Schattendächern der Dach-Balkone oder der Innenhöfe, auf Garagendächern, an Balkonbrüstungen oder Haus-Fassaden installiert sind. Der Strom wird in Batterien gespeichert und steht somit Tag und Nacht zur Verfügung.

- Mit dem Bau eines jeden Hauses ist die Begrünung des Landes verbunden.

Bestandteil jeder Baugenehmigung für ein Miets-Haus ist die Auflage, pro vier Wohnungen einen Baum zu pflanzen und diesen zu pflegen. Für Einfamilien-Häuser gilt ein Baum pro Haus.

Eine größere Anzahl von Hausgruppen bildet einen kleinen Unter-Bezirk, dessen Zentrum ein Marktplatz darstellt, auf dem auch Wochenmärkte stattfinden können. Am Marktplatz befinden sich kleine Geschäfte, Cafes, Restaurants, Büros, Praxen und die Bus-Haltestelle. "Vor Ort" wird der tägliche Bedarf der Bevölkerung gedeckt.

So werden westeuropäische Fehl-Entwicklungen vermieden, dass Kunden mit dem Auto zum Super-Markt "auf der grünen Wiese" fahren müssen, um ein Brot zu kaufen.

- **Ein modernes Verkehrskonzept**

Die Auto-Dichte in diesem armen Land wird ohnehin längerfristig nicht mit den europäischen Ländern vergleichbar sein, weil die Menschen ihr Einkommen für zunächst wichtigere Dinge benötigen, als für teure Autos. Dabei werden sie in ihrer Mobilität überhaupt nicht eingeschränkt sein, weil ihnen ein modernes Verkehrskonzept zeitgemäße Lösungen bietet.

Ein dichtes Netz von Bussen – möglichst mit Gas-Antrieb - im öffentlichen Personen-Nahverkehr bringt sie überall hin. Zunächst verbinden auch Busse die Städte miteinander. Parallel kann ein separates Schienennetz aufgebaut werden, - anfangs zum kostengünstigen Material-Transport.

Ferner besteht ein System von Computer-gesteuerten "Ruf-Bussen", einem Zwitter zwischen Linienbus und Taxi. Es gibt ein dichtes Netz von Taxi-Standplätzen und – vorbildlich für Europa – ein dichtes Netz von Leih- und Mietwagen für Personen- und Waren-Transporte.

Wer ein Auto benötigt, mietet es kostengünstig, ohne dass es in der überwiegenden Zeit ungenutzt vor seiner Haustür oder in Garagen steht und teuren Straßenraum in Größenordnungen blockiert.

Auch vorbildlich für Europa wäre ein "Liefer-Service frei Wohnung des Kunden", den alle kleinen Geschäfte bieten. Der Kunde kann in Ruhe bummeln und shoppen, ohne sich dabei mit Taschen und Tüten abschleppen zu müssen. Die Ware wird abends – gegen geringe Gebühr - angeliefert.

- **Eine moderne, menschliche Stadt**

Aus mehreren Unter-Bezirken entsteht ein Bezirk, zu dem die Moschee, Schulen und ein Büro- und Gewerbegebiet gehören. Sowohl die Schulen, wie auch die Arbeitsplätze, sind nahe an den Wohnungen zu Fuß oder nach kurzer Busfahrt zu erreichen.

Jeder Bezirk besitzt eine Bus-Station, an der sich Buslinien kreuzen.

Mehrere Bezirke bilden einen Stadtteil und mindestens vier Stadtteile bilden eine Stadt. Sie gruppieren sich um das Stadtzentrum. Wächst die Stadt, werden Stadtteile wie Module angefügt. Im Stadtzentrum befinden sich die Verwaltungen, sowie alle öffentlichen und kulturellen Einrichtungen. Das Zentrum ist sehr großzügig gestaltet und auf Wachstum ausgelegt.

- Für den Bau-Sektor gilt ein "einerseits und andererseits". Einerseits wird mit vorgefertigten Komponenten in allen Bereichen gearbeitet, die überwiegend standardisiert sind, damit Kosten niedrig bleiben. Andererseits darf keinesfalls Standardisierung zu Langweiligkeit und Tristesse führen.

Über aller Notwendigkeit zur Standardisierung muss architektonische Phantasie und Kreativität stehen. Dabei bezieht Architektur bewusst traditionelle Stilelemente in moderne Gestaltung mit ein.

Kreativität beginnt bei der Gestaltung und Zusammenstellung der Haus-Gruppen, der Zusammensetzung der Unter-Bezirke aus Mehrfamilien-Häusern mit stark unterschiedlichen Höhen und Wohnflächen, sowie der Mischung mit abwechselnden Einfamilien-Haus-Formen und begrünten Freiflächen. Sie setzt sich fort über völlig von einander abweichend

gestaltete Stadtteil-Zentren und mündet in ein Stadt-Zentrum, in dem sich Menschen wohl fühlen, weil es "ein Zentrum für Menschen" ist. In seiner Eigenheit unterscheidet es sich von jedem Zentrum der anderen neuen Städte.

Überall da, wo außerhalb der Städte vorhandener Boden mit Boden-Verbesserungs-Maßnahmen Obst- und / oder Gemüse-Anbau zulässt, entstehen landwirtschaftliche Betriebe oder Gärtnereien, die vorrangig – zunächst - für die Eigenversorgung des Landes produzieren.

An diesen landwirtschaftlich-gärtnerischen Zentren entstehen Dörfer, Klein- und Mittelstädte. Sie sind mit den neuen Großstädten direkt verbunden, damit ihre Produkte auf kürzestem Wege vermarktet werden können.

In der ersten Phase, im ersten Aufbau-Jahrzehnt, entstehen etwa sieben bis zehn Großstädte, die in der End-Ausbau-Stufe – im zweiten Jahrzehnt - etwa je 300.000 bis 400.000 Einwohner haben werden. Hinzu kämen in dieser Phase weitere Dörfer, Klein- und Mittel-Städte, die über das Land verstreut sind.

Bei einer zentral gelegenen Großstadt, oder zwischen zwei Großstädten wird ein Flughafen gebaut. Falls die Sinai-Variante realisierbar wäre, sollte mindestens eine der Großstädte einen leistungsfähigen Seehafen erhalten.

8.5. Ausreichend gutes, bezahlbares Trinkwasser aus Meerwasser-Entsalzung durch Solar-Energie

- Erst moderne Technik ermöglicht die Errichtung dieses modernen Staates in einem Wüsten-Gebiet.
- In vielen Bereichen wird moderne Technik zur Anwendung kommen müssen. Neu entwickelte Technologien stehen nach Erprobung und Optimierung in diesem neuen Staat globaler Anwendung zur Verfügung.
- Ein typischer, beispielhafter Bereich dafür ist die Trinkwasser-Gewinnung aus Meerwasser-Entsalzung mittels Solar-Energie.

Die Wasser-Verknappung wird durch die bereits erfolgte und weiterhin zu erwartende Erd-Erwärmung zunehmen. Die Klima-Katastrophe, die man beschönigend "Klima-Wandel" nennt, wird weltweit zur Ausbreitung und Neu-Entstehung von Trocken-Gebieten führen. Verfügbares natürliches Süßwasser wird dramatisch knapper, während der Wasser-Bedarf weltweit permanent ansteigt.

Weltweit leiden – laut UN – schon jetzt etwa zwei Milliarden Menschen unter dem Mangel an sauberem, gesundem Trinkwasser. Die unter 2.5. dargestellte heutige Wasser-Situation in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten ist beispielhaft, kein Einzelfall und vielfach schon wesentlich kritischer.

Um 2050 sei – laut UN – global mit 200 Millionen Menschen zu rechnen, die als Folge von Wassermangel, Zunahme von Trocken-Gebieten und Wüstenbildung ihre angestammte Heimat verlassen müssen.

- Wassersparende Techniken, bessere Techniken der Wiederverwendung und Aufbereitung von Abwasser mögen hier sekundär hilfreich und Erfolg versprechend sein.
- Primär erforderlich sind jedoch weiter entwickelte Techniken der Trinkwasser-Gewinnung aus Meerwasser, also der Meerwasser-Entsalzung.

Der gesamte Komplex Meerwasser-Entsalzung stellt für die nächsten Jahrzehnte einen Markt mit unglaublichem Wachstums-Potential dar. Technologisch steht er zwar nicht am Anfang, aber auch längst noch nicht am optimierten Ende seiner Entwicklungs-Möglichkeiten. Denn nach heutigem Stand der Technik erfordert Meerwasser-Entsalzung noch einen relativ hohen Einsatz an Energie.

Die reichen Öl-Staaten entsalzen große Wassermengen mit ihrer Energie, also mit Öl- oder Gas-Feuerung. Außer den Öl-Staaten wird sich diese auslaufende Technik – angesichts der Ölpreis-Explosion - kaum noch ein Land leisten können, Entwicklungsländer, wie Palästina, ganz sicher nicht. - Auch das wohlhabende Israel – und andere wohlhabende Staaten - dürften damit Probleme haben.

Aus nicht nachvollziehbaren Gründen ist schon der Gas-Preis an den Öl-Preis gekoppelt. Da darf nicht noch der Wasser-Preis in die gleiche, vom fossilen Brennstoff-Preis abhängige, preistreibende Zwangsjacke gepresst werden.

- In Trockengebieten, in denen auch der neue Staat Palästina entstehen soll, gibt es Sonne im Überfluss, sicher mehr, als jede denkbare Energie-Gewinnung aus Sonnen-Energie jemals benötigt.

- Es ist daher nur logisch, dass Solar-Energie zur Meerwasser-Entsalzung genutzt wird, gleichgültig, welche nachrangigen technischen Varianten oder Systeme angewandt, neu entwickelt oder optimiert werden.

Gegenüber fossilen Energieträgern ist die Nicht-Speicherbarkeit alternativer Energien, die man also nicht in dem Moment abrufen kann, wenn man sie braucht, ein Nachteil.

Ein europäisches Beispiel: Man benötigt Strom, aber es regnet und die Photovoltaik bekommt keine oder nur zu wenig Sonne. Oder nachts kommt eine "steife Brise" auf, das Windrad liefert viel Strom, den man aber nachts nicht benötigt.

Deswegen gewinnen beispielsweise in Europa Gezeiten-Kraftwerke an Interesse, deren alternative Energie-Erzeugung berechenbarer ist.

Ein ganz wichtiger Vorteil, der für die Kombination von Solar-Energie und Meerwasser-Entsalzung spricht,

- ist die Speicherbarkeit.

Wenn die Sonne tagsüber solare Energie liefert, arbeitet die Meerwasser-Entsalzung. Das Produkt, entsalztes Wasser, wird gespeichert und steht bei Bedarf zur Verfügung.

Eine zugeschaltete Müll-Verbrennungs-Anlage, die auch nachts Energie liefert, wäre eine Optimierung. Ebenso die Nutzung der Abwärme eines herkömmlichen Kraftwerkes, die dessen Wirkungsgrad indirekt erheblich verbessert.

Im Internet sind zahlreiche Studien, Patente, Neuentwicklungen, Verbesserungen, Verfahrens-Varianten, Möglichkeiten, usw., zum Thema

Solartechnik und Meerwasser-Entsalzung zu finden. Ebenso andere Techniken der Meerwasser-Entsalzung.

(Google → Meerwasser-Entsalzung, oder Google → Solare Meerwasser-Entsalzung).

Es lohnt sich, darin zu stöbern, weil dabei Ideenreichtum, Forschergeist, Begeisterung und Optimismus zu entdecken sind, die sich wohltuend von heute üblicher Konzernwirtschaft abheben.

Nehmen wir, zum Beispiel, das Drama, wonach es einer hoch entwickelten Automobil-Industrie, die seit über einem Jahrhundert Verbrennungs-Motoren produziert, angeblich nicht möglich sein soll, einen Abgas-Grenzwert einzuhalten, den eine wirtschaftsfreundliche EU-Behörde vorgegeben hat.

- *"Solarthermische Kraftwerke für die Meerwasser-Entsalzung haben eindeutig das Potenzial, große Anteile der Wasser-Versorgung zu liefern und die drohende Verknappung der Wasser-Reserven abzuwenden, und das zu relativ geringen Kosten, weitgehend emissionsfrei und auf der Basis einer heimischen, sicheren Energiequelle."*

Dieser Satz stammt aus der AQUA-CSP-Studie vom November 2007 "Solar-Thermische Kraftwerke für die Meerwasser-Entsalzung".

Sie wurde erstellt vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR), Institut für Technische Thermodynamik, Abteilung Systemanalyse und Technikbewertung – im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Diese Studie befasst sich mit der Situation der MENA-Region (Middle East and North Africa). Für europäische Mittelmeer-Anrainer, die schon jetzt zeitweise unter Wassermangel leiden, wie beispielsweise Spanien,

könnte sie ebenfalls von hohem Interesse sein:

- Nach dieser Studie kann Wärme-Energie aus "konzentrierenden solarthermischen Kollektoren" zu Preisen erzeugt werden, die einem Level von 50 US-\$ pro Barrel Öl entsprechen. Nach System-Optimierung und Massen-Produktion solcher Solar-Kraftwerke soll danach bis 2020 der Preis in Richtung 20-US-\$ fallen können.

Als die Studie im November 2007 abgefasst wurde, lag der Öl-Preis bei 90 US-\$, schon Mitte 2008 überschritt er die 140-US-\$-Marke und perspektivisch wird er nur eine Richtung kennen, - nämlich aufwärts, wenn auch mit Schwankungen.

Hier ergibt sich für die Europäische Union, oder mindestens für europäische Industriestaaten, eine Möglichkeit, den neuen Staat Palästina tatkräftig, finanziell und technisch zu unterstützen und gleichzeitig die eigene Industrie in einem Wachstums-Sektor zu fördern.

- Für europäische Hersteller von Solar-Kraftwerken birgt dieser neue Staat Palästina – vor deren "Haustür" - geradezu ideale Möglichkeiten für Feldversuche, ihre Systeme einzusetzen, Verbesserungen und Weiterentwicklungen zu erproben oder zu optimieren. Und ein Staat, der ausschließlich mit Wasser aus solarer Meerwasser-Entsalzung versorgt wird, ist eine erstklassige, globale Referenz für die Hersteller.

Die europäische Industrie partizipiert davon und der Staat Palästina erhält die Solar-Kraftwerke sehr günstig zu Vorzugs-Konditionen.

- Das gewonnene Trinkwasser muss mittels eines engmaschigen Fernleitungs-Systems in jede Stadt und in jedes Dorf dieses neuen Staates transportiert werden.

Der neue Staat Palästina wird Technologien des Wasser-Transportes benötigen, die den Temperatur-Bedingungen des Landes angepasst sind. Auch diese Technologie des Langstrecken-Wasser-Transportes in warmen oder heißen Regionen ist prädestiniert als Referenz für den globalen Einsatz in den zunehmenden Trocken-Gebieten.

Ferner wird dieser neue Staat ein zweites Wassernetz benötigen, das aus Klär- und Wiederaufbereitungs-Anlagen regeneriertes Wasser für den Einsatz in der Landwirtschaft transportiert. Für diesen regenerativen Bereich hat Israel Vorbildliches geleistet.

Möglicherweise ist mit vorgeklärtem Wasser, an geologisch geeigneten Stellen, mittel- bis langfristig, eine Grundwasserschicht aufzubauen. In Europa laufen dafür Projekte mit Pflanzen bestandenen Klär- und Versickerungsteichen.

Für Europa, bzw. europäische Staaten, bieten sich ferner phantasievolle Möglichkeiten, dem neuen Staat Palästina notwendige Unterstützung zu gewähren und dabei gleichzeitig selbst großen Nutzen daraus zu ziehen.

a.

Bei der Meerwasser-Entsalzung fallen große Mengen von Salz in Form von Salz-Lake an. Wird diese Lake in das Meer zurückgeführt, führt das zu Übersalzung und in einem großen Gebiet um die Einleitungsstelle herum - nach und nach - zur Abtötung von Leben.

Natürlich kann man dieses Salz vermarkten, sofern für solche Mengen (zusätzliche) Nachfrage besteht.

Man könnte damit aber einen – für Europa sehr wichtigen – ökologischen Effekt erzielen, denn durch den Klima-Wandel befürchten

Wissenschaftler eine Beeinträchtigung des Golf-Stromes und schlimmstenfalls dessen Ausbleiben, was für ganz Europa schreckliche klimatische Folgen hätte.

Bekanntlich kommt der Golfstrom aus dem Golf von Mexiko. Er strömt quer über den Atlantic, an West-Europa vorbei bis nach Skandinavien, wendet vor Grönland und strömt abgetaucht in etwa 3000 m Tiefe, an Nord-Amerika vorbei, zurück. Dieses Zurückströmen wird aber durch das rasante Abtauen der Pol-Kappen gestört, weil dabei große Mengen Süßwasser das Salzwasser verdünnen und den Salzgehalt des Meerwassers schwächen.

Durch diesen geschwächten Salzgehalt wäre das Abtauchen, das Rückströmen des Wassers - und damit der gesamte Kreislauf des Golf-Stromes - gefährdet.

Mit eigenen Schiffen könnte die Europäische Union von den arabischen Öl-Staaten, von Israel, dem neuen Palästina und später weiteren Staaten, die die Meerwasser-Entsalzung nutzen, die Salz-Lake einsammeln, in die Nähe von Grönland verbringen und dort langsam verklappen, also das verdünnte Salzwasser wieder mit Salz anreichern.

b.

Europa könnte den neuen Staat Palästina auch durch kostenlose Hausmüll-Lieferungen unterstützen.

Wir kennen noch das Müll-Drama in Süd-Italien 2008, als sich der Müll in den Straßen stapelte, aber gleichzeitig gegen neue Deponien demonstriert wurde.

Oder wir erinnern uns an die Müll-Skandale in Ostdeutschland, wo gewissenlose Geschäftemacher in Sand- und Tongruben, die für die Bauschutt-Ablagerung genehmigt waren, Hausmüll widerrechtlich

abkippten – um viel Geld zu sparen, - weil Müll ja teuer ist.
Und Müll-Verbrennungs-Anlagen oder Müll-Deponien gelten nicht gerade als "beliebte Nachbarn".

Statt langwierige, teure Genehmigungs-Verfahren für ein neues Müll-Verbrennungs-Werk anlaufen zu lassen, oder teuren Grund und Boden für eine neue Deponie zu suchen, könnten europäische Großstädte oder Landkreise Hausmüll, Biomüll und brennbaren Restmüll kostenlos 'frei Hafen in Palästina' liefern, wo er zur Verwertung dringend benötigt wird.

- Der kompostierbare Teil wird kompostiert. Er dient der Boden-Rekultivierung, die eine Nahrungserzeugung für die Menschen im eigenen Land ermöglicht.
- Der brennbare Teil wird verbrannt. Er erzeugt Strom und die Restwärme entsalzt Wasser.

Die Sortier-Anlage, die Kompostierungs-Anlage und die Müll-Verbrennungs-Anlage entsprechen neusten europäischen Umwelt-Standards. Sie werden von europäischen Großstädten oder Landkreisen errichtet und verbleiben in deren Besitz. Sie werden aber von palästinensischen Gesellschaften betrieben und genutzt. Für die Anlieferung des Mülls werden Verträge mit mindestens 20-jähriger Laufzeit geschlossen.

Auch für wohlhabende arabische Öl-Staaten könnte dieses ein "Geschäft mit gegenseitigem Nutzen" sein.

8.6. Eine gesunde Wirtschaft, Arbeit und beginnender Wohlstand für das palästinensische Volk

8.6.1. Eigenstaatlichkeit mit Aufbau-Boom

- Nach diesem Konzept besteht die erwähnte untrennbare Verbindung zwischen Eigenstaatlichkeit und der Lösung der schweren wirtschaftlichen und sozialen Probleme des palästinensischen Volkes.

Es muss daher gesichert sein, dass so viele Effekte eines binnenländischen Aufbau-Booms als nur irgend möglich im Lande verbleiben und einer breiten Masse der Palästinenser Anfänge von Wohlstand bringen.

- Wenigstens für das erste Jahrzehnt des Aufbaues wird daher ein teilweise "geschützter Markt" gebildet werden müssen,
- der neben dem Auf- und Ausbau der Wirtschaft
- beschäftigungsintensiver Produktion unbedingten Vorrang einräumt.

8.6.2. Schaffung von Arbeit hat grundsätzlichen Vorrang

Für dieses Entwicklungsland gilt eine ganz einfache Formel, die den Wert eines Unternehmens aus der Interessenlage des Landes definiert.

Die Formel lautet:

Wie viele Arbeitsplätze schafft

dieser Industrie-Betrieb pro m² Betriebs-Fläche,

dieser Gewerbe-Betrieb pro m² Betriebs-Fläche,

dieses Büro pro m² Büro-Fläche,

dieser Laden pro m² Laden-Fläche?

Hohe Sozialleistungen, die mit europäischen Industriestaaten

vergleichbar wären, kann sich dieses arme Entwicklungsland nicht leisten. Deswegen "privatisiert diese Formel Sozialleistungen".

- Das geht beispielsweise etwa so:

Ein Discount-Laden bietet dem Kunden ein gestrafftes - sprich mageres - (Billig-) Angebot. Je nach Ladengröße arbeitet dort nur eine Kassiererin, die möglicherweise noch die Regale auffüllen muss und die Kunden warten in langen Schlangen vor der Kasse. Die Preise sind niedrig.

Ein Fachgeschäft bietet ein breiteres, besseres Angebot, mehrere Verkäuferinnen oder Verkäufer, - oder der, oder die Ladeninhaber(in) und deren Familienmitglieder - beraten und bedienen die Kunden. Es gibt kaum Wartezeiten an den Kassen, aber die Preise sind etwa 15 % höher.

- Warum? Weil dieser Laden Arbeitsplätze geschaffen hat.
- Über den Preis zahlen die Kunden für diese Arbeitsplätze und entlasten damit ihren Staat – und letztlich sich selbst als Steuern zahlende Bürger.

Bestehen beide Betriebsformen nebeneinander, zeichnet sich sogar in dem wohlhabenden Deutschland eine zunehmende Tendenz zum Billig-Discounter ab.

- So strukturierte Betriebe verschaffen sich Wettbewerbsvorteile, indem sie dem Staat Soziallasten aufbürden, also hohe Umsätze mit geringen Personalkosten generieren.
- **Wohlgemerkt:**
Hier handelt es sich nicht um globalen Wettbewerb. Es konkurriert also nicht indische Kinderarbeit mit nordamerikanischen oder

europäischen Facharbeiter-Löhnen. Es geht um binnenländischen Wettbewerb mit Wettbewerb verzerrenden Praktiken.

Deutschland kann das Nebeneinander – angeblich – verkraften. Das Entwicklungsland Palästina kann das sicher nicht.

(Obwohl man im Fall Deutschlands lange darüber diskutieren kann, dass wirkliche Mittelstands-Politik – die nicht nur für Wahlkämpfe und Politiker-Sonntags-Reden taugt, sondern real praktiziert wird – erhebliche Soziallasten dem Staat sparen würde, denn wer schafft denn neue Arbeitsplätze und mehr Binnen-Kaufkraft – die Großkonzerne etwa?)

Also werden in diesem Entwicklungsland Palästina – um jene zu schützen, die Soziallasten übernehmen, - keine Discounter genehmigt.

- Das gilt natürlich sinngemäß und beispielhaft für alle entsprechenden Strukturen.

Völlig unnütz – nach dieser Formel - wäre ein "Investitions-Nomade", der sich ein großes Grundstück mit üppiger Infra-Struktur schenken lässt, Fördergelder abzockt, eine hoch automatisierte, Personal sparende Produktion aufbaut, die Gewinne in ein Steuerparadies transferiert und sich nach Ablauf der Bindungsfrist "verabschiedet".

Es ist zu hoffen, dass dem neuen Staat Palästina für diesen wirtschaftlichen Unsinn, auf Dauer, das Geld fehlen wird.

Diese Spielchen soll dieses Entwicklungsland gern den "Wirtschafts-Fachleuten" europäischer Industriestaaten überlassen. Die haben inzwischen auch Übung in der Aufführung von "Empörungs-Theater", wenn sie mal wieder von internationalen Top-Managern "aufs Kreuz" gelegt wurden, einige tausend Arbeitslose mehr in der Statistik und Millionen Steuergelder sinnlos verschwendet haben.

- Des Weiteren kann ein mehrstufiges Mehrwertsteuer-System gezielt inländische Produkte und inländische Arbeit fördern und schützen.

Ein Beispiel für Mehrwertsteuer-Sätze:

1. Stufe 4 % auf im Lande produzierte Grund-Nahrungsmittel und von inländischen Arbeitskräften ausgeführte Arbeiten aller Art.
2. Stufe 7 % auf importierte Grund-Nahrungsmittel.
3. Stufe 14 % auf im Lande erzeugte Produkte, importierte Güter des täglichen Bedarfs, importierte Grundstoffe, Materialien, Halbfertigteile.
4. Stufe 21 % auf importierte Fertigprodukte aller Art, die auch im Lande produziert werden,
5. Stufe 28 % auf importierte Luxusgüter.

Mindestens in der ersten Aufbau-Phase sollten daher primär gefördert werden:

- industrielle Klein- bis Mittelbetriebe,
- gewerbliche Produktions- und Dienstleistungs-Betriebe,
- alle Großhandels- und Versorgungs-Bereiche,
- alle (traditionellen) Einzelhandels-Strukturen,
- freiberufliche Büros und Praxen, usw.

8.6.3. Existenz-Gründungs-Förderung

Bei Förderungs-Maßnahmen kommt es nicht auf sehr hohe Einzelförderung an, sondern auf Starthilfen aller Art für viele Existenzen, die viel Arbeit schaffen.

- Hier bieten sich besonders gute Möglichkeiten für internationale Unterstützung an, - als "Hilfe zur Selbst-Hilfe", - die wirklich dort ankommt, wo sie am wirksamsten ist :
- eine Art "Marshall-Plan für mittelständische Strukturen in Palästina".

Denkbar wäre etwa ein Existenz-Gründungs-Fonds, der für die ersten fünf Jahre zinslose Kredite vergibt für erste Maschinen-Ausstattungen, Büro-, Praxis- und Laden-Einrichtungen, ein erstes Waren-Lager, usw., also Gelder für produktive oder investive Sachwerte.

Der neue Staat Palästina kann seinerseits Betriebsgründungen unterstützen, indem er Betriebs-Erträge für zwei Jahre steuerfrei und Betriebs- und Gewerbe-Grundstücke für die ersten Jahre pachtfrei stellt, sofern dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden.

In dieser ersten Phase – in der also ein "geschützter Markt" besteht – sollte in den industriellen und gewerblichen Bereichen auf teure Top-Automation verzichtet werden zu Gunsten einer höheren Beschäftigungsrate. Eine Modernisierung kann später erfolgen, wenn sich beispielsweise Arbeitskräftemangel abzeichnet.

Allerdings gilt hier keine feste Regel, sondern eher ein abwägendes "einerseits und andererseits", denn schließlich muss ein Betrieb wettbewerbsfähig sein, – auch wenn soziale Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit einen hohen Stellenwert besitzen muss.

8.6.4. Eine gesunde mittelständische Wirtschaft

Die beschriebene Wirtschafts-Struktur schafft für diesen neuen Staat eine gesunde, auf Dauer wenig anfällige wirtschaftliche Basis. Das deutsche Beispiel zeigt, dass alle jene Bundesländer, die einer mittelständisch geprägten Struktur am nächsten kommen, die besten Wirtschaftsdaten – bis hin zur Arbeitslosen-Rate - vorzuweisen haben.

Diese Struktur erfüllt auch genau die Anforderungen, die dieser neue Staat in den ersten zwei Jahrzehnten der Aufbauphase, benötigt.

- Neben bereits jetzt bestehenden Betrieben, die gefördert, modernisiert und ausgebaut werden sollten,
- wird der Bau-Sektor mit allen Neben-Bereichen der Schlüssel-Sektor sein, der in den zwei Anfangs-Jahrzehnten den meisten Menschen Arbeit und Brot verschafft,
- bis andere Bereiche parallel aufgebaut sind und nachgezogen haben.

Damit hier keine Missverständnisse entstehen:

Eine hohe Beschäftigungsrate am Bau bedeutet nicht, dass Straßen mit Schubkarre und Schaufel gebaut werden müssen und Baumaterial für den Hochbau von Hand in den vierten Stock geschleppt werden soll.

Für einheimische Betriebe der beschriebenen Struktur ist es durchaus möglich, Fertigelemente – von vorgefertigten Wand- und Decken-Elementen bis zu Fertig-Fenstern oder Fertig-Zellen für Bäder - zu produzieren, die andere einheimische Betriebe vor Ort montieren.

Einheimische Betriebe können auch Versorgungsleitungen verlegen und Straßen bauen, sich also einen hohen Anteil an der Errichtung der Infra-

Struktur sichern. Für viele einheimische Ingenieure und Architekten wird es viel Arbeit geben, ebenso für viele administrative Bereiche, die mittelbar oder unmittelbar mit dem Bau-Bereich zusammenhängen.

In allen Bereichen werden sehr gut ausgebildete Fachleute benötigt. Auch Fachleute, die sich an Feldversuchen ausländischer Produzenten von Spitzentechnik beteiligen und die in diesem optimalen Umfeld selbst, durch eigene Ideen und Entwicklungen, Fortschritt für ihr Land erzeugen können.

Auswanderungen von Eliten werden auf Sicht von Jahrzehnten nicht mehr nötig. Vielmehr gewinnt die vermehrte Ausbildung akademischen Nachwuchses an Bedeutung.

Das gilt nicht minder für die allgemeine Bildung, die bedeutendste Investition in die Zukunft jeden Volkes.

Nicht für die Allgemeinbildung, wohl aber für die beruflichen Bildung, kann, mit gutem Gewissen, das deutsche Modell von praktischer und schulisch-theoretischer Kenntnis-Vermittlung (duale Ausbildung) zur Nachahmung empfohlen werden.

Dem inländischen Groß- und Außenhandel, der eng mit den Betrieben der Nachbarstaaten kooperiert, wird von Anfang an eine wichtige Rolle zufallen. Das wird hauptsächlich für die Materialbeschaffung für das Inland gelten, - also hauptsächlich für Materialien und Erzeugnisse, die im Lande nicht vorhanden sind. Gleichzeitig besteht seine Aufgabe aber auch darin, einen Markt im Ausland für inländische Produkte aufzubauen.

Für die Materialbeschaffung wird die Zusammenarbeit mit Israel und, im Falle der Sinai-Version, mit Ägypten zum Tragen kommen. Im Sinne von

Kostenoptimierung, Kooperation und arbeitsteiliger Zusammenarbeit wäre es in vielen Fällen eine reine Verschwendung finanzieller Ressourcen, eigene Produktionen für Produkte zu errichten, die in Israel, Ägypten oder anderen Staaten günstig(er) zu haben sind.

8.6.5. Nahrungsmittel-Produktion auf Wüsten-Boden?

Nennenswerte Landwirtschaft im klassischen Stil wird es in keinem der angedachten Gebiete, weder in Jordanien, noch auf dem Sinai, geben können.

Sehr wohl sollte aber – mit agrar-wissenschaftlicher Unterstützung - in einigen Gebieten des Landes, mittelfristig, die Erwirtschaftung landwirtschaftlicher Erträge möglich werden:

- mit Hilfe von Boden-Verbesserungs-Maßnahmen,
- durch Kompost, durch Düngung (unter anderem mit Klärschlämmen aus den Klärwerken des Landes)
- und Bewässerung,
- notfalls durch kompletten Boden-Austausch.

Dazu zählen besonders auch Wasser sparende Unter-Glas- oder Unter-Folien-Produktionen aller Art von Gemüse, Strauchobst – oder Blumen, letztere auch für den Export.

Möglicherweise mit Hilfe der Gen-Technik könnten Pflanzen entwickelt werden, die in Trocken-Regionen gedeihen, wenig Wasser benötigen und besonders gegen Hitze unempfindlich sind.

- Die hier erforschten, getesteten und angewandten Verfahren werden global von Nutzen sein, besonders aber für die gesamte Region.
- Mittelfristig können solche Forschungsergebnisse - und eventuelle Anwendungs-Techniken - ein Exportschlager dieses jungen Staates werden und eine Rechtfertigung für dessen Förderung und finanzielle (globale) Unterstützung.

Die Zusammenarbeit – besser: die abgestimmte Kooperation mit erfahrenen israelischen Fachleuten kann dabei beiden Seiten sehr nützen.

Ein israelischer Agrar-Ingenieur führte – beispielsweise - das Modell eines fensterlosen Containers vor, in dem, mit zeitgesteuerter Belichtung, in Nährlösung – ganz ohne Erde, – Pflanzen produziert werden können.

- Das bietet sich als eine Möglichkeit an, Pflanzen auf ungeeigneten Böden in dem neuen Palästina zu produzieren.
- Dieses Konzept würde sich besonders auch für Industrie-Pflanzen eignen, die als nachwachsende Rohstoffe Verwendung finden, - beispielsweise bei der Erzeugung von Bio-Sprit (siehe auch 8.7.d.).

Ob mittelfristig in diesem Land eine nennenswerte Fleisch-Produktion auf Weideland möglich wird, ist eher fraglich.

Kurzfristig könnten jedoch – bei der Sinai-Variante – See-Fisch-Farmen für die Fischzucht mit angeschlossener Fischverarbeitung errichtet und betrieben werden und einen Beitrag zur Erzeugung eiweißhaltiger Nahrungsmittel im eigenen Land leisten.

Für die Zucht von Süßwasser-Fischen gilt das ebenso.

Auf diesem Gebiet bestehen zwar globale Vorbilder, die aber bestenfalls einen kleinen Anfang einer elementar wichtigen Entwicklung für die globale Anwendung darstellen. Dafür wird noch viel Forschungs- und Entwicklungsarbeit nötig werden, an der auch dieses Land teilnehmen sollte. Die Zeit dafür könnte knapp werden – angesichts der verantwortungslosen Leer-Fischung der Weltmeere.

8.6.6. Redlicherweise sollten auch Risiken nicht unerwähnt bleiben:

- "Der ausgelöste Bauboom ist ein überwiegend kreditfinanzierter Boom".

Das ist dann nicht schädlich, wenn die Kredite, wie beschrieben, zweck- und projektgebunden vergeben und von einem rigorosen Controlling begleitet werden, denn dann bleiben es investive Kredite, die langlebige Werte schaffen.

Es wird nur von vornherein darauf zu achten sein, dass sich die Investitionen rechnen, also mit Kostendisziplin gebaut wird, die gewährleistet, dass die Mieten bezahlbar bleiben und damit der Schuldendienst gesichert ist.

- "Gerade auf dem Bausektor können Boomsituationen schnell zu Überhitzungen und unangemessenen Steigerungen bei Preisen und Löhnen führen".
- "Diese Gefahr kann ein enger, zudem geschützter Markt verstärken".

Das ist tatsächlich ein Problem, das Gefährdungs-Potential für das

ganze Konzept birgt. Deswegen kann dem nur mit Nachdruck und Konsequenz begegnet werden.

Aber sowohl ein teilweise geschützter Markt, wie auch der Bausektor, bieten dem Staat reichliche Eingriffs-Möglichkeiten, mit denen massiv gegengesteuert werden kann, falls es notwendig werden sollte.

Es wird lange ein Überangebot an Arbeitssuchenden bestehen, was sich dämpfend auf Löhne auswirkt. Als Notmaßnahme können Lohn-Steigerungen gedeckelt oder an die Inflationsrate gebunden werden.

Wenn bei unangemessenen Preissteigerungen der inländische Wettbewerb versagt, kann ausländischer gesucht werden. Oder Wohnungsgesellschaften gründen eigene Baubetriebe und errichten ihre Objekte im Wettbewerb zum privaten Sektor dann in Eigenregie, wenn ihnen das günstiger möglich ist.

Schlimmstenfalls kann ein befristeter, genereller Baugenehmigungs- und Vergabestopp angeordnet werden, bis überhöhte Preise revidiert sind.

- Aber vor allem:

Hier soll nicht der Widerspruch zelebriert werden, wonach einerseits für den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente bei der internationalen Problembewältigung geworben wird und andererseits geschützte Märkte empfohlen werden.

Für den Anfang benötigt dieses schwache Entwicklungsland zum Aufbau seiner Wirtschaft einen Schutz. Je verantwortungsbewusster die Wirtschaft mit diesem Schutz umgeht, desto länger kann er dauern. Aber je erfolgreicher der Aufbau voranschreitet, desto eher kann dieser Schutz zurückgeführt werden.

Das Thema "geschützter Markt" ist spätestens dann erledigt, wenn sich Teile der Wirtschaft verstärkt um ausländische Märkte bemühen.

Das wäre auch dann angezeigt, wenn beispielsweise die Nach-Bau-Phase vorbereitet, - oder wenn dieser neue Staat Mitglied eines Wirtschafts-Verbundes wird, oder wenn Handels-Vereinbarungen mit der Europäischen Union getroffen werden, die dieser Staat braucht. Einer etablierten palästinensischen Wirtschaft kann eine stufenweise Marköffnung dann nicht mehr schaden.

- "Es wird ein Boom erzeugt, der hauptsächlich auf dem Bausektor basiert. Aber was kommt danach"?

Im ersten Jahrzehnt wird sich in der Tat sehr viel um den Bausektor und dessen Nebengewerke drehen.

Der Bauboom wird dann sicher noch ein zweites Jahrzehnt anhalten, aber schon im ersten Jahrzehnt wird sich Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung nach weiteren Bereichen umsehen müssen, auch den Export forcieren und jene inländischen Betriebe fördern, die exportfähige Produkte und Dienstleistungen anbieten.

(Auch Bauleistungen einer sicher leistungsfähigen Bauwirtschaft können dann exportiert werden, wenn die inländische Nachfrage nachlässt).

- Mindestens Teilen der dargestellten mittelständisch strukturierten Wirtschaft sollte man ruhig Flexibilität und Weitsicht zutrauen, sich und ihre Produkte rechtzeitig veränderten Situationen anzupassen.

Nach dem ersten Jahrzehnt könnte zudem dieser neue Staat so weit gediehen sein, dass er sich seinen touristischen Anteil an "Europas Badewanne" sichert. Preisgünstiger Urlaub in nagelneuen Hotels an weiten Stränden des Mittelmeeres.

Wieder wäre eine sinnvolle Zusammenarbeit mit den Nachbarn denkbar: Von diesen neuen Hotels ist es schließlich nicht weit zu den Kultur-Stätten in Ägypten und in Israel, die per Bus, Schiff, Hubschrauber oder Flugzeug zu erreichen sind.

Wer einen Abenteuertrip per Kamel und / oder Geländewagen durch die Wüste bevorzugt, kann ebenfalls bestens bedient werden, - möglicherweise schon, bevor nagelneue Hotels an palästinensischen Stränden errichtet sind.

8.7. Beispielhaft und Modell für künftige globale Entwicklung im 21. Jahrhundert

In mehrfacher Hinsicht kann dieses Konzept Modell-Charakter für globale Anwendung und Entwicklung besitzen. Das gilt grundsätzlich sowohl in zwischenstaatlicher, wie besonders auch in technischer Hinsicht.

- **Im zwischenstaatlichen Handeln:**
Für zivilisierte Konflikt-Lösungen und Konflikt-Prävention, die den Ansprüchen demokratischer Gesellschaften des 21. Jahrhunderts gerecht werden.
- **In technischer Hinsicht:**
Einsatz unserer wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten für die globale Fortentwicklung, Entwicklung unterentwickelter Regionen, Behebung von Umweltschäden,
- im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe, auch mit dem Ziel, krasse soziale Probleme abzubauen,
- in Verbindung mit ökologischem Umbau herkömmlicher Industrien,

- weil Globalisierung auch "globale Verantwortung" bedeutet, der wir bisher viel zu wenig gerecht werden.
- **Gestatten Sie bitte, liebe Leserin, lieber Leser, eine Zwischenbemerkung.**

Unter diesem Abschnitt 8.7. habe ich ursprünglich sehr viel geschrieben und konnte trotzdem künftige Entwicklungen in unserem 21. Jahrhundert bestenfalls nur facettenhaft anreißen oder andeuten.

Weil das Viele, das trotzdem viel zu wenig war, zudem eine Abschweifung vom Thema darstellte, wollte ich zeitweise diesen Punkt hier abschließen.

Da letztlich doch ein Kontext zum Thema zu sehen ist, möchte ich Ihnen einige gekürzte, gestraffte Gedanken andeutungsweise – unter folgendem Aspekt – vortragen:

- *Welche Veränderungen sind in einem Jahrhundert möglich?*
- *Was war im 20. Jahrhundert möglich?*
- *Was wird im 21. Jahrhundert möglich, - oder notwendig sein, oder auf uns zukommen?*

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Deutschland einen Kaiser, der uns "herrlichen Zeiten" entgegen führen wollte. Dazu baute er eine Kriegsflotte, die Deutschland gar nicht benötigte, die aber die Briten beunruhigte.

Und am "Sedan-Tag", dem Gedenktag der Schlacht von Sedan, am 2. September 1870, hielt man Paraden im preußischen Stil ab und erinnerte die Franzosen mit "vaterländischen Reden" daran, dass sie unsere "Erbfeinde" sind.

1914 zogen die europäischen Völker – anfangs mit Begeisterung – gegeneinander in den 1. Weltkrieg.

- *Am Ende des 20. Jahrhunderts waren fast alle europäischen Völker als Europäer, die ihre Lektion gelernt hatten, als demokratische Staaten, in der Europäischen Union vereint (mit allen Problemchen, die wir aus täglicher Zeitungslektüre kennen).*

*Hätte man 1914 diese Entwicklung, so wie sie heute ist, prognostiziert und publiziert, hätte man bestenfalls als "vaterlandsloser Geselle" gegolten, wenn nicht als ein Fall für den Nervenarzt.
Nach 1933 wäre man dafür im KZ gelandet.*

- *Zu Beginn des 21. Jahrhunderts mag der hier entworfene Staat Palästina als "Utopie, Spinnerei oder Märchen" gelten.*
- *Ist es möglich, dass man am Ende des 21. Jahrhunderts meinen wird, "angesichts der Riesen-Probleme, die wir lösen mussten und gelöst haben, war das eine Kleinigkeit?"*

8.7.1. Anwendung (betriebs-)wirtschaftlicher Instrumente im zwischenstaatlichen Handeln

Das hier empfohlene Lösungs-Konzept entspricht dem betriebswirtschaftlichen Instrument eines "Dreiecks-Geschäftes unter drei Partnern", das für diese eine "win-win-win-Situation" bewirkt.

- Überlegenswert wäre zum Beispiel auch die Anwendung des betriebswirtschaftlichen Instrumentes "Joint Venture".

Ein Joint Venture, also die "Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft" zum beiderseitigen Nutzen, wäre in vielen Fällen im zwischenstaatlichen Bereich ein geeignetes Instrument, kriegsähnliche oder lang anhaltende, schwere Konflikte zu beenden oder zu vermeiden.

In der Wirtschaft würden sich zwei Partner – die Konkurrenten sein können – einigen und eine "gemeinsame Gesellschaft" gründen, an der beide Partner - eventuell zu gleichen Teilen - beteiligt sind.

Bei Konkurrenten würde die "gemeinsame Gesellschaft" beispielsweise – Kosten sparend - irgendwelche Vorprodukte für beide Partner erzeugen, - bis hin zu kompletten Auto-Serien, die unter ihrem jeweiligen Logo vermarktet werden.

- Nehmen wir als Beispiel den Kaschmir-Konflikt.

Beginn 1947. Auch eine unrühmliche Hinterlassenschaft britischer Kolonial-Herrlichkeit, die auch bisher ungelöst ist.

- Die "Partner Indien und Pakistan" könnten die "gemeinsame Gesellschaft Kaschmir" gründen.

Die Gesellschaft darf so weit als möglich selbstständig – teil-autonom - agieren. Die unterschiedlichen Volksgruppen sind gleichberechtigt und

weitgehend selbstbestimmend an der Verwaltung der "Gesellschaft" beteiligt – sprich: sie bilden die Regional-Regierung.
Die Rechtsgrundlagen sind im "Gesellschafter-Vertrag" – sprich: der Verfassung – definiert.

Wenn sich jedoch existenzielle (Streit-) Fragen ergeben, wird der Aufsichtsrat, - sprich: die Regierungen Indiens und Pakistans - eingeschaltet, der im Interesse seiner gemeinsamen Gesellschaft eine einvernehmliche Lösung finden muss.

Natürlich wird es immer (Streit-) Fragen geben, die schwierig zu lösen sind. Aber diese Fragen werden in einem ganz anderen Klima als bisher gelöst, da für diese beiden Atom-Mächte – durch ihre "gemeinsame Gesellschaft" – der Kriegsgrund entfallen ist.

- Aus Feinden sind Partner geworden, die aus Eigeninteresse den Frieden bewahren.

Mit geteilten Kosten für die gemeinsame Gesellschaft und erheblichen Kriegskosten-Einsparungen bekommen beide Partner Gelder frei, die sinnvoller – zur Fortentwicklung der gemeinsamen Gesellschaft – eingesetzt werden können.

Entwicklungserfolge und wirtschaftlicher Fortschritt werden zu zunehmender Akzeptanz dieser Lösung bei allen Beteiligten führen.

- **Oder:**

Zwischen China und Japan liegt eine unbewohnte Inselgruppe, die eigentlich so unscheinbar ist, dass man deren Namen gar nicht kennen muss.

Aber darunter wird Öl und Gas vermutet.

Deswegen beanspruchen beide energiehungrigen Staaten diese

Inselgruppe. Kriegsschiffe beider Staaten wachen eifrig darüber, dass der jeweils andere in diesem Gebiet nicht irgendwie aktiv wird.

Beide benötigen die Energie. Sie liegt vor ihrer Haustür. Aber keiner bekommt sie, weil sich beide gegenseitig blockieren.

Im Falle Kaschmirs müssten die dort lebenden Kaschmiris vom Sinn und Nutzen einer gemeinsamen Gesellschaft überzeugt werden. Bei dieser Inselgruppe würde sogar diese Notwendigkeit entfallen. Nur zwei Staaten müssten sich, - aus ureigenem Interesse, - auf eine "gemeinsame Gesellschaft Inselgruppe" einigen. Sie würden beide Energie bekommen. Jeder zum halben Preis, denn die Investitionen zur Erschließung der Öl- und Gasfelder würden ebenso geteilt, wie die Förderkosten.

8.7.2. Zwischenstaatlicher Interessenausgleich durch Kapital-Einsatz

- Krieg ist Versagen der Politik und ihrer Akteure. Krieg ist steinzeitliche, längst überholte Rambo-Politik zu inzwischen astronomischen, total unwirtschaftlichen Preisen.
- Diese Politik passt nicht mehr in eine globalisierte Welt.
- Interessenausgleich – ja, Frieden - durch Kapital-Einsatz ist ein praktikables Konzept für künftige gerechte Lösungen zwischen zivilisierten (demokratischen) Staaten, die sich an Menschenrechten und Menschenwürde orientieren.

Mit der global überreichlich vorhandenen, unerschöpflichen "Ressource Kapital" kann man Entschädigungen und Abfindungen zahlen, Rechte kaufen – natürlich auch Land. - So können Konflikte im 21. Jahrhundert

zivilisiert und menschenwürdig gelöst, entschärft oder vermieden und (gleichzeitig) sozialer Fortschritt initiiert werden. Mit "Marshall-Plänen" kann man stabilisieren, aufbauen und "Hilfe zur Selbsthilfe" gewähren.

Kapital kann zum Gegenteil dessen werden, was die Jünger des alten Charly Marx verteufelten – ein Segen für die Menschheit. Es geht nicht um "Geld-Verschenken". Kapital für "Hilfe zur Selbsthilfe" kann durchaus eine rentable und sichere Anlage darstellen.

- Dafür wäre dieser neue Staat Palästina künftig ein Beispiel und ein nachahmenswertes Modell.

Aber:

In der Wirtschaft hat letztendlich ein Gericht das letzte Wort, indem es "Recht spricht", dem sich beide Partner oder Kontrahenten zu unterwerfen haben.

- Der internationalen Politik fehlt bisher dieses Instrument.

Zivilisierte Politik, die ihre Rechte nicht mit Gewalt, sondern mit rechtsstaatlichen Mitteln wahrt, benötigt einen internationalen Gerichtshof,

- der wirklich die Macht hat, sein gesprochenes Recht auch gegen starke Staaten durchzusetzen.

Ist eine solche Instanz erst einmal etabliert, ist zu erwarten, dass sich Regierungen in ihrem Handeln von vornherein – mehr als derzeit - an geltendem Recht orientieren und aus Eigeninteresse gewagte Konflikt-Strategien vermeiden.

Zum Beispiel:

Hätte der Irak gegen die "Massen-Vernichtungswaffen-Lüge" der Bush-Regierung klagen können, hätte es keinen Irak-Krieg gegeben.

Eine klassische Regel des alten Athen,
"Der Starke tut, was er will – der Schwache tut, was er muss",
wäre dann – im Sinne des Wortes – historisch.

8.7.3. Hoher Kapital-Einsatz für globale technische Fortentwicklung

a. Eine globale Wende hin zu globaler Verantwortung

Globalisierung sollte eigentlich auch "globale Verantwortung" bedeuten, die zu gemeinsamer globaler Fortentwicklung führt. – "Eigentlich". – Jammern wir nicht über die derzeitigen Realitäten, die (teilweise) wahrhaft traurig genug sind.

- Aber noch im 21. Jahrhundert wird uns eine "normative Kraft des Faktischen" zu einer "globalen Wende" zwingen.
Noch in diesem Jahrhundert wird es zu globalem Miteinander, mit globaler Zusammenarbeit und zu gemeinsamer globaler Entwicklung kommen müssen.
- Eine heute schon global agierende Wirtschaft ist Vorreiter für einen Weg, dem viele andere Bereiche folgen werden.

Dieses Buch entsteht im 1. Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Wir erleben einen Allzeit-Hitze-Rekord nach dem anderen.

Die Folgen der "Wetter-Extreme" finden bereits ihren Niederschlag in den Versicherungs-Bilanzen.

Existierende und künftig entstehende Trockengebiete nehmen auf Staatsgrenzen keine Rücksicht. Sie entstehen global.

Durch das Abschmelzen der Polkappen, sowie durch die Wärme-Ausdehnung des immer wärmer werdenden Wassers der Ozeane, steigt der Meeresspiegel global an jeder Küste. Die zunehmende Rasanze des Vorganges beunruhigt die Experten. Ihre Prognosen mussten mehrfach revidiert werden.

- Im Herbst 2008 ließ der Präsident der Malediven verlauten, dass sein Inselstaat damit beginnt, Geld zu sparen, um dann über Mittel für einen Landkauf zu verfügen, wenn sein Inselstaat durch den Anstieg des Meeresspiegels überflutet ist.

"Landkauf für einen neuen Staat, der im 21. Jahrhundert erfolgen muss."
(*Das Konzept für den Landkauf des neuen Palästinas ist heute eine "Idee, Spinnerei oder ein Märchen" – und wann nicht mehr?*)

Der Dreck, den wenige in die Atmosphäre blasen, oder damit die Meere verantwortungslos überlasten, schadet der gesamten Menschheit.

- Und Hurrikane wüten bekanntlich ebenso grenzüberschreitend, -
- wie nomadisierende, deregulierte, unkontrollierte Kapitalströme und "Finanzprodukte". Seit den "schwarzen Tagen im Oktober 2008" wissen wir, welche Schäden diese irrsinnige neo-liberale turbo-kapitalistische Hemmungslosigkeit anrichten kann.

Den gescheiterten Predigern "schlanker (sprich: schwacher) Staaten" fiel dann nichts Besseres mehr ein, als sich mit bisher unvorstellbaren Summen von den von ihnen geschwächten Staaten retten zu lassen.

- In einer abgestimmten globalen Zusammenarbeit, die es in dieser Form vorher nicht gegeben hat, haben alle wesentlichen Staaten die Weltwirtschaft vor einem "Super-Gau" bewahrt.
- Hätte es 1929 bereits eine solche globale Zusammenarbeit gegeben, wäre der "schwarze Freitag" vielleicht vermieden worden. Der Welt wäre wahrscheinlich ein Hitler erspart geblieben.
- Hätte es 2008 diese globale Zusammenarbeit nicht gegeben, wäre es schlimmer gekommen als 1929. Denn 2008 war die Kapital-Abhängigkeit der Weltwirtschaft wesentlich höher als 1929.

- **Das ist globale Zusammenarbeit aus globaler Verantwortung.**

Das globale Krisen-Management nach den "schwarzen Tagen im Oktober 2008" könnte als "Meilenstein der Entwicklung zu einer globalen Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert" in die Geschichte eingehen.

- Selbst wenn man sie nicht wollte:
Die "normative Kraft des Faktischen" hat sie erzwungen. -
Sicher nicht zum letzten Mal.

Ende Oktober 2008 trafen sich zum 7. Asien-Europa-Gipfel in Peking 45 Delegationen.

Sie vertraten 58 % der Welt-Bevölkerung, 60 % des Welt-Handels, 50 % der Welt-Wirtschaftsleistung. Es erschienen die Regierungs-Chefs von 27 EU-Mitgliedsstaaten, von 16 asiatischen Staaten, die EU-Kommission und das Sekretariat des südostasiatischen Staatenbundes ASEAN.

Dieser Gipfel stand natürlich unter dem Eindruck dieser "schwarzen Tage". Die Forderung der deutschen Kanzlerin nach einer "globalen Finanz-Verfassung" fand breite Zustimmung.

"Entweder schwimmen wir gemeinsam, oder wir werden gemeinsam untergehen," sagte der Präsident der Europäischen Kommission, J.M.Barroso in seiner Ansprache.

- Besser ist wohl die Notwendigkeit globaler Verantwortung und Zusammenarbeit nicht zu begründen und zu definieren.
- Globale Verantwortung gilt aber nicht nur für Finanz-Institute und deren Produkte.

Während wir, in der nördlichen Hemisphäre, (relativ und durchschnittlich) im Überfluss leben und die Wirtschaft mit Markt-Sättigung ein Problem hat, leiden zwei Milliarden "Mit-Menschen" auf unserem Planeten unter Wassermangel. Eine Milliarde hungert. Täglich sterben hunderte oder tausende Kinder, die nicht sterben müssten.

Zu Recht besitzen Menschenrechte und Menschenwürde in zivilisierten Gesellschaften einen hochrangigen Stellenwert.

- Fällt das Leben von Mit-Menschen in Hunger und Elend nicht darunter?
- Wie ist das mit den Menschenrechten und der Menschenwürde in einer globalisierten Welt?
- Gelten die nur für einige – oder für alle?

- **Wir leben noch in einer Welt ohne Welt-Ordnung.**

Im ersten Jahrzehnt des 21.Jahrhunderts wird die Forderung nach einer "globalen 'Finanz' -Verfassung" erhoben. In welchem Jahrzehnt folgt die Forderung nach einer "Globalen Verfassung" auf der Basis anerkannter Menschenrechte und allgemein gültiger Werte der Menschheit?

- Es gibt also viel zu tun, in diesem 21.Jahrhundert. – Sehr viel!

- In vielen Bereichen wird "kreatives Umdenken" notwendig sein. Wenn wir über die Probleme nachdenken, die im 21. Jahrhundert auf uns warten – oder schon in diesem jungen Jahrhundert gewartet haben -, werden wir uns zu allererst - und möglichst ganz schnell – von Denkschemen verabschieden müssen, die da etwa lauten: "das geht nicht, weil wir das noch nie gemacht haben", oder "das machen wir, weil wir das immer so gemacht haben."

Das Konzept des neuen Staates Palästina entwirft einen Staat, der – auch in dieser Hinsicht - "globale Vorbild-Funktion" erlangen kann.

- Er entsteht nach einem Konzept ohne Vorbilder,
- durch hohen Kapitaleinsatz – unter internationaler Beteiligung.
- Seine Existenz wird durch den Einsatz moderner Technik überhaupt erst möglich,
- die als "globales Projekt" gelten kann, - für globale Anwendung.

Dabei werden wir uns im Klaren sein müssen,

- dass globale Fortentwicklung,
- globale Reparatur der von Menschen angerichteten Schäden
- und Behebung der schlimmsten sozialen Missstände sehr viel Geld kosten werden.

Aber die Billion US-\$, die im Irak-Krieg "verballert" wurde, oder die Billion(en) US-\$, die neo-liberale Wirtschaftspolitik in der Banken- und Finanzkrise 2008 "verbrennen " ließ, können durchaus künftig als Messlatte für globale finanzielle Möglichkeiten gelten.

- Im Gegensatz zu diesen Ausgaben bringen "globale Projekte" globalen (wirtschaftlichen) Nutzen und Fortschritt.

Hier geht es nicht um "Sozial-Romantik".

Es ist die Zukunfts-Perspektive der Weltwirtschaft im 21. Jahrhundert.

"Globale Projekte"

Im 21. Jahrhundert werden viele solcher "globalen Projekte" in vielen, ganz unterschiedlichen Bereichen, nötig werden. Technik ist dazu in der Lage, doch die Staaten oder Staaten-Vereinigungen müssen dafür über ausreichende Finanzmittel verfügen.

- Schaffen das Staaten, die nach neo-liberaler Staatsphilosophie "persönlicher Reichtum und öffentliche Armut" strukturiert sind?

Diese Frage lassen wir hier offen.

Aber demokratische Gesellschaften werden sie beantworten müssen.

"Globale Projekte" dienen im Wesentlichen der globalen Fortentwicklung im weitesten Sinn.

Am Beispiel des neuen Palästinas könnte das unter anderem bedeuten:

- Mit globaler wissenschaftlicher und finanzieller Unterstützung werden Methoden zur Rekultivierung versteppter, vertrockneter oder verwüsteter Böden entwickelt, wodurch sich diese Böden wieder für gewisse landwirtschaftliche Nutzung eignen.
- Die Ergebnisse werden für die globale Anwendung freigestellt und sind nicht patentierbar,
- Ungeachtet dessen bleiben selbstverständlich Patentrechte gewahrt, die vorher bestanden und am Zustandekommen des Gesamt-Ergebnisses beigetragen haben.

Also:

- Bestehendes globales Wissen und die Entwicklung problemspezifischer Lösungs-Methoden erbringen –
- mit globalen Finanz- Ressourcen –
- globalen Fortschritt.

- "Internationale Projekte"

sind sinngemäß die "kleineren Verwandten" der "globalen Projekte", die ähnlich funktionieren. Entwicklungs-Projekte werden von mehreren Staaten oder einer Staatengemeinschaft getragen.

Zum Beispiel: "Verlust-Fonds für globale Projekte"

Erinnern wir uns, bitte, an das Berechnungs-Beispiel der für Israel entstehenden Tilgungs-Belastung unter 8.3.2.,

Die Belastung der Tilgung von 70 Milliarden US-\$ ohne Zinsen beträgt bei einer Tilgungsdauer von 30 Jahren 2,34 Milliarden US-\$ im Jahr. Mit 6 % Zinsen beträgt die Belastung 5,0 Milliarden US-\$ jährlich.

Damit für globale Projekt-Finanzierungen Kosten sparende, zinslose private Mittel zur Verfügung stehen, könnten die Geberländer für globale Projekte "Verlust-Fonds" auflegen.

Ein solcher Fonds funktioniert etwa nach folgender Formel:

- Ein Steuerpflichtiger darf jährlich einen maximalen Prozentsatz X seines Einkommens (z.B. maximal 10 %) in einen Verlust-Fonds einzahlen

- und muss diesen Betrag in diesem Fonds - zinslos - für X Jahre (z.B. 5-10 Jahre) festlegen.
- Den eingezahlten Betrag kann er bei der Steuererklärung als "Verlust" einmalig geltend machen und die Steuerschuld dadurch mindern.
- Den Staaten fließen – zweckgebunden für "Globale Projekte" - Mittel zu, die sie nicht zu verzinsen haben.
- Der Fonds wird vom Staat verbürgt.
- Deswegen kann der in den Fond eingezahlte Betrag als erstklassige Sicherheit für Bankgeschäfte des Steuerpflichtigen hinterlegt werden,
- oder als konservative Anlage seiner Alterssicherung dienen.

b. Moderne Energie-Gewinnung

Wir werden vermutlich noch im 21. Jahrhundert erleben müssen, dass es einzelne Rohstoffe "nicht mehr gibt", - genau so, wie es jetzt schon viele Tier- und Pflanzenarten "nicht mehr gibt".

Die Rohstoffe, die in Millionen Jahren entstanden, haben wir in wenigen hundert Jahren verbraucht – oder besser für eine fragwürdige Wachstums- und Wegwerf-Ideologie zum großen Teil verschwendet. Wenige hundert Jahre sind ein Augenblick der Erdgeschichte.

Seit Jahrzehnten reden wir davon, dass einer der bedeutendsten Rohstoffe, das Erdöl, zum Verbrennen viel zu schade ist, Erdöl stellt den Grundstoff für hochwertige Materialien dar. Experten streiten noch darüber, ob wir den Förder-Höhepunkt bereits erreicht, überschritten oder erst in 2015 zu erwarten haben.

Sicher ist, dass die Epoche der großen Ölfunde hinter uns liegt und neue Felder nur noch mit immer höheren Kosten erschlossen werden können. Ist deswegen der Erdöl-Verbrauch global zurückgegangen? Und wie viele Jahrzehnte reichen die globalen Vorräte noch?

- Aber, wer sagt denn, dass Erdöl-Konzerne mit der Perspektive, dass Erdöl endlich ist, "Erdöl" - Konzerne bleiben müssen?

Erdöl-Konzerne haben das Kapital und das Potential, zu Lieferanten modernster ökologischer Energien zu werden. Jene Konzerne also, deren bisherigen Produkte schwere Schäden anrichteten, bis hin zum Klimawandel, könnten Vorreiter des globalen ökologischen Umbaus der herkömmlichen Industrien werden.

- In den Trockengebieten könnten sie, in großem Stil, Solar-Strom erzeugen.
- In Meerengen, an geeigneten Küsten oder in Mündungen großer Flüsse, - besonders in der nördlichen Hemisphäre - ist Energie-Gewinnung aus den Gezeiten, den Meereswellen oder aus Wasserkraft der Flüsse möglich. Teilweise in großem Stil.
- Die Energie Strom ist in der Lage, sekundär neue Energien zu erzeugen, beispielsweise Wasserstoff für den wirklich umweltfreundlichen Antrieb von Autos.

Eine Möglichkeit der Solar-Energie wurde hier dargestellt. Das "globale Vorbild und Modell Palästina" bezieht ausschließlich sein gesundes Trinkwasser aus der solaren Meerwasser-Entsalzung.

Mit einem "Solar-Feld" auf etwa hundert Quadratkilometern Wüstenland ließe sich ein hoher Anteil Strom, für einen ganzen Staat, erzeugen. Der sonst benötigte fossile Brennstoff- Anteil wird dadurch nachhaltig gesenkt. Auch diese Technik wäre in dem neuen Palästina umsetzbar.

Aus Publikationen kennen wir neue Konzepte zur Nutzung der Wasserkraft und der Gezeiten-Strömung durch eine neue Technik.

Zum Beispiel: www.e-on.com → Konzern → Innovationen → Gewaltiges Energiepotenzial der Gezeiten. Oder Google → Gezeitenkraftwerke, → Wasserkraft usw.

Man setzt Turbinen auf den Grund der Flüsse oder des Meeresbodens oder in die Strömungs-Zonen der Meerengen. Diese Turbinen stehen in Tiefen oder an Stellen, wo sie die Schifffahrt nicht behindern und Strömungen optimal nutzen können.

Die Turbinen werden über äußere Flügelräder durch die Wasser-Strömung angetrieben. Staumauern, wie bei der Stromgewinnung aus Talsperren, benötigt diese Technik nicht.

Daher können fast eine gesamte Meerenge, breite Ströme oder Flussmündungen "bebaut" werden, soweit es die jeweiligen Strömungsverhältnisse wirtschaftlich erscheinen lassen.

So können – ohne ökologische Schäden - Flächen genutzt und Energien gewonnen werden, gegen die der bisher größte Windpark vergleichsweise eine Winzigkeit darstellt. Zudem ist die Leistungsabgabe einer solchen Anlage, im Gegensatz zu Windparks, recht genau berechen- und planbar.

Einige Beispiele:

- Die Elbe ist in ihrem Mündungsgebiet etwa 15 km breit.
- Die geringste Breite der Straße von Dover, zwischen der britischen Insel und dem europäischen Kontinent, beträgt 33 km, die Tiefe liegt über 40 m.
- Der Ärmelkanal, ebenfalls zwischen der britischen Insel und dem europäischen Kontinent, ist 563 km lang, die breiteste Stelle beträgt

248 km. die schmalste 34 km und die Tiefe liegt zwischen 45 und 120 m.

- Die Straße von Gibraltar zwischen Spanien in Europa und Marokko in Afrika ist zwischen 14 und 44 km breit, 60 km lang und 300 bis 900 m tief.

Sie besitzt – wie der türkische Bosporus - eine obere und eine untere Strömungszone. Das gestaltet eine solche Nutzung nicht einfach. Dennoch könnte später, durch Anwendungs-Optimierung dieser Technik, auch in solchen Meerengen eine Nutzung im großen Umfang erfolgen, wenn - beispielsweise - Turbinen an verankerten Ponton-Gruppen in der jeweilige Strömungszone Energie gewinnen.

- Viele andere Flussmündungen, Meerengen, sonstige Küstenregionen, Fjorde, usw.. eignen sich für diese neue Technik. Denken wir nur an die unerschlossenen Energien solcher Riesen-Ströme wie den Nil, den Mississippi, den Amazonas, die teilweise mit Seeschiffen befahrbar sind. Oder an die gewaltigen Ströme Russlands, von denen ein einziger, der Ob, 13.000 m³ Wasser pro Sekunde in den Arktischen Ozean transportiert.

Weit gediehen sind inzwischen auch Entwicklungen der Nutzung von Meereswellen bei der Stromerzeugung.

Zukunftsorientierte Ölkonzerne können heute schon vergleichen:

- Was kosten die neue Erschließung und der Betrieb eines schwierigen Ölfeldes in tausenden Metern Tiefe und in kritischer Geologie?
- Was kostet die Stromerzeugung durch einige hundert Quadrat-Kilometer Solarfläche

- und was kostet ein gigantisches Gezeiten- oder Flusskraftwerk nach neuester Technologie?

Fortschrittliche Investitionen sind durchaus wirtschaftlich, ja vielleicht sogar preisgünstiger.

c. Wassermangel ist kein Naturgesetz

Die globale Wasser-Situation wurde unter 8.5. "Ausreichend gutes, bezahlbares Trinkwasser durch Meerwasser-Entsalzung mit Solar-Energie" angeschnitten.

60 % der Menschen verfügen über nur 30 % der globalen Ressourcen an Trinkwasser. Die schwächsten Reserven liegen unter anderem in Asien, in Ländern also mit teilweise starkem Bevölkerungs-Wachstum. Leider ist dort oft - trotz des Mangels - parallel ein rücksichtsloser Umgang mit Wasser und dessen leichtfertigen Verschmutzung – oder Vergiftung - feststellbar.

- "Kriege um Wasser" könnten Kriege um den lebensnotwendigsten Rohstoff unseres Globus werden.
- Die Anwendung von Solar-Techniken der Meerwasser-Entsalzung ist eine globale Konflikt-Prävention und
- gleichzeitig eine elementare Maßnahme der globalen Fortentwicklung, auf die zwei Milliarden Mit-Menschen warten.
- Solare Energie ist in Trocken-Zonen überreichlich vorhanden.

Öl und Gas transportieren wir in gigantischen Pipeline-Systemen hunderte von Kilometern – künftig auch durch die Ostsee.

- Durch Fernleitungs-Technologie kann auch Trink-Wasser hunderte Kilometer transportiert werden,
- große Flächen bewässern, wieder Ernten ermöglichen, wo keine mehr möglich waren,
- und Menschen in ihren Dörfern halten, die sonst in das Elend der überfüllten Städte abwandern würden.

Zudem ermöglichen bewässerte Felder – gegenüber Feldern, die zeitweise unter Trockenheit leiden - nicht nur gleich bleibende Ernten,

- sondern erhebliche Ertrags-Steigerungen,
- wenn nicht Ertrags-Vervielfachung - in Verbindung mit fachgerechtem Einsatz von Pflanzenschutz und Düngung.

Das ist angesichts des weltweiten zig-millionenfachen Hungers ein hochrentabler, sehr sinnvoller Kapital-Einsatz. Hier rechnen sich Groß-Investitionen konkret durch "sinnvolles Wachstum" und hier kann kreatives wirtschaftliches Handeln

- dauerhaft sichere Renditen abwerfen
- und gleichzeitig wirtschaftlich-sozialen Fortschritt durch Selbst-Hilfe ermöglichen.

d. "Naturkatastrophen" oder "Menschen - gemachte Katastrophen"?

Zum Beispiel: Bangladesch

Bangladesch ist eines der ganz armen Länder und belegt Platz 139 auf

einer bis 175 reichenden Rangliste. In diesem Land leben über 153 Millionen Menschen. Es ist global der am dichtesten besiedelte Flächenstaat mit 1.066 Einwohnern pro km². Die Hauptstadt Dhaka liegt nur sechs Meter über dem Meeresspiegel.

Würde dieser um nur einen Meter ansteigen, würden ohne Küstenschutz-Maßnahmen 25.000 km², oder 17 % des Staatsgebietes, überschwemmt. Quelle: → www.wikipedia → Bangladesch → Geographie

- Nach neusten Prognosen ist dieser Anstieg noch im 21. Jahrhundert zu erwarten. (Wie erwähnt bereiten sich die Malediven bereits darauf vor, ihr Paradies aufzugeben.)

Die immer wiederkehrenden seeseitigen Überflutungen, die besonders durch im Frühjahr und im Herbst auftretende Wirbelstürme verursacht werden, kennen wir aus dem Fernsehen.

In Bangladesch münden aber auch die aus Indien kommenden Ströme Brahmaputra, Ganges und Meghna in den Golf von Bengalen. Durch verantwortungsloses Abholzen der Wälder in der Region verursachen auch diese Ströme furchtbare Überschwemmungen und richten in diesem armen Land unermesslichen Schaden an.

Mit viel Geld müssten an den Strömen und an der 580 km langen Küste Schutzdeiche errichtet werden, wobei allein die simple Materialbeschaffung in diesem flachen Land schon ein Problem darstellen würde.

Damit schützte man sich aber nur vor den Folgen.

Die Beseitigung der Ursachen der Katastrophen ist nicht allein die Wiederaufforstung der Wälder, verbunden mit einem künftigen Kahlschlags-Verbot.

Die Beseitigung der Ursachen dieser Katastrophen ist ein Elektroherd in jeder Bauernhütte eines jeden Dorfes, im gesamten Einzugsbereich der großen Flüsse. Damit diese Menschen künftig mit Strom statt mit Holz kochen können. Dafür benötigen diese Dörfer Strom-Anschlüsse, möglichst für Strom, den sie aus ihren Flüssen gewinnen.

- So muss "Reparatur und Vorsorge" beispielhaft im 21. Jahrhundert aussehen.

Zum Beispiel: Unsere Wälder

Unsere Wälder haben – wie unsere Meere und unsere Luft - keine starke Lobby. Wir holzen Wälder ab für Bau-, Brenn- oder Kaminholz, oder für Papier, damit uns täglich Werbe-Flyer zumüllen.

Wir holzen Urwälder ab für Devisen, die für arme Staaten lebensnotwendig sind.

Statt den Kraftstoff-Verbrauch der Spritschlucker zu reduzieren, wird Urwald vernichtet für den Bio-Sprit-Pflanzenanbau.

- Wissen wir eigentlich noch, wer uns den Sauerstoff liefert, den wir bei jedem Atemzug benötigen?
- Strikter globaler Schutz unserer Wälder? – Bis heute Fehlanzeige.
- Es ist ja kein Fehler, wenn wir Pflanzen als nachwachsende Rohstoffe für industrielle Nutzung entwickeln oder optimieren.
- Aber bitte nicht, indem wir dafür Urwälder zerstören.

Unter 8.6.5. wurde ein israelischer Agrar-Ingenieur erwähnt, der in Containern mit Nährlösung und zeitgesteuerter Belichtung Pflanzen züchtet.

Könnte das ein Konzept für den künftigen Massen-Anbau von Industrie-Pflanzen sein?

Beispielsweise in riesigen Gebäude-Komplexen, also gigantischen Pflanzen-Fabriken, die heutigen Hochregal-Lägern ähneln?

Sie produzieren in zig Ebenen. Mit angepasster Klima-Steuerung, in gefilterter Rein-Luft, mit Zuluft- und Abluft-Entkeimung. Das lässt Schädlingen kaum Chancen. Wenn es aber sein muss, können diese konzentriert mit der "chemischen Keule" bekämpft werden, ohne dabei Erdreich zu vergiften.

Auch die Gefahr der Vermischung genmanipuliertem Materials mit Naturpflanzen wäre durch Abgeschlossenheit minimiert.

Der überwiegende Teil der benötigten Energie wird durch Photovoltaik auf den Dächern und an den Wänden gewonnen – und eventuell in Groß-Batterie-Anlagen gespeichert.

- Können wir uns vorstellen, wie viel Barrel Erdöl ein solcher Komplex ersetzt, der auf einem Quadratkilometer Ödland gebaut ist – vielleicht in dem neuen Palästina?
- Mit Sicherheit rechnen sich dafür selbst gigantische Investitionen.
- Außerdem stiehlt eine solche fabrikmäßige Industrie-Pflanzen-Produktion nicht den Menschen den Mais oder das Getreide für das tägliche Brot.

Künftige globale Schadens-Prävention, Kapital-Einsatz und Fortentwicklung im Vergleich zweier Katastrophen

- **"Katrina", New Orleans / Louisiana / USA, 2005**

Die sehr kritische geographische Lage der Stadt New Orleans ist seit jeher, also seit ihrer Gründung, bekannt: Sie liegt in einem Hurrikan-Gebiet, nur maximal sechs Meter über dem Meeresspiegel. Einige Flächen liegen bis 1,5 m darunter.

Im Süden begrenzt sie der Mississippi-Strom, im Norden ein großer Binnensee, der Lake Pontchartrain.

Das Stadtgebiet muss durch mehr als 20 Pumpstationen entwässert werden.

Am 29. August 2005 streiften Ausläufer des Hurrikan "Katrina" New Orleans. Wohlgemerkt: Es waren nur die Ausläufer von "Katrina". "Katrina" gehört zu den vier schwersten Hurrikans, die die USA jemals heimsuchten. Er erzeugte gewaltige Flutwellen.

Am 29. August brachen Wände zweier Kanäle. Das Wasser des Lake Pontchartrain überschwemmte die Stadt. Die Pump-Systeme fielen aus.

Am 30. August brach der Deich eines Kanals, der den Lake Pontchartrain mit dem Mississippi verbindet. New Orleans stand komplett unter Wasser.

Als Dokumentation völliger Hilflosigkeit wurde erst der Notstand, dann der Ausnahmezustand und dann das Kriegsrecht ausgerufen – und schließlich der Gesundheits-Notstand.

Erst Mitte Oktober 2005 war New Orleans wieder trocken gelegt.
Die Zahl der Toten dieser Katastrophe wird auf 1.500 geschätzt. Vor
"Katrina" hatte die Stadt 454.863 Einwohner. Im Juli 2007 waren es nur
noch etwa die Hälfte, nämlich 239.124.

Quelle: → www.wikipedia.de → New Orleans → Klima und Hurrikane → "Katrina"

Schon 1965 überschwemmte der schwere Hurrikan "Betsy" die Stadt.
Immer wieder wurden Evakuierungen nötig. Hat man wirklich
ausreichend Vorsorge getroffen – vor "Katrina" – oder wenigstens
danach?

"Ausreichend Vorsorge" bedeutet zum Beispiel:
"der Gefährdung angepasste, solide Schutzdeiche" und
"mindestens doppelte Sicherheit bei den Pumpsystemen". –
Die Gefährdung war ja hinreichend bekannt.
Also: "Ausreichend Vorsorge"?

- Jene Hälfte der Einwohner, die nach "Katrina" ihrer Stadt den Rücken kehrten, scheinen das zu bezweifeln.
Wie hoch war allein der Schaden durch "Katrina"? Und welcher Schaden entsteht dieser weltbekannten Stadt durch den Wegzug der Hälfte ihrer ehemaligen Einwohner? –
- Wie viel kostet falsche, möglicherweise populistische, kurzsichtige Sparsamkeit?

Die "Holland-Flut" 1953

In der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1953 ereignete sich die schwerste Sturmflut des 20. Jahrhunderts an der Nordsee, mit vielen Toten an der gesamten Nordsee-Küste. Sie überflutete in Holland 150.000 Hektar Land. 1.835 Menschen und 200.000 Tiere ertranken. Bereits am 21. Februar 1953 wurde eine Kommission gebildet, die den Plan der "Delta-Werke" entwickeln sollte.

- Für dicht besiedelte Gebiete sollte ein wirklich wirksamer Küstenschutz entstehen. Ein Schutz, der eine solche Katastrophe, nach menschlichem Ermessen, künftig unmöglich macht.

In den folgenden Jahrzehnten, von 1958 bis 1997, erhöhte man die Seedeiche von 4,30 m auf 7,65 m.

An Flussmündungen entstanden fünfzehn gigantische Bauwerke, die Sturmflutwehre. Sie ermöglichen den Schiffsverkehr, aber bei Sturmfluten "machen sie dicht". Hierfür wurden ganz neue Techniken entwickelt und zig-tausend Tonnen von Material verbaut.

Unter www.wikipedia.de → "Deltawerke" sind dazu ausführliche Infos und Bilder über jedes einzelne dieser, teilweise gigantischen – und in jedem Fall beeindruckenden – Bauwerke zu finden.

Diese Maßnahme verkürzte die Länge der Seedeiche um 700 km. Das Groß-Projekt hat Milliarden Euro gekostet, was für ein kleines Land mit 16,6 Millionen Einwohnern eine hohe Belastung darstellt. Aber diese Milliarden rechnen sich, weil sie wesentlich teurere Schäden dauerhaft vermeiden.

- Die "Delta-Werke" fanden weltweite Beachtung. Sie erhielten von der "American Society of Civil Engineers" den Titel eines "modernen Weltwunders".

Globale Fortentwicklung im 21. Jahrhundert wird noch manche "Weltwunder" in vielen Bereichen benötigen. Richtig große - und viele kleine.

Für ein kleines, abgelegenes Dorf, irgendwo in einer der neu entstandenen Trocken-Regionen, durch das immer öfter die Staubwolken der vom Wind abgetragenen Ackerkrume seiner ehemals fruchtbaren, jetzt ausgedorrten Felder wehen, kann ein kleiner neuer Wasserhahn auch schon ein "Weltwunder" bedeuten.

Ein kleiner neuer Wasserhahn, als Endpunkt einer neuen Trinkwasser-Leitung, - aus dem reichlich gesundes Trink-Wasser für die Menschen, die Felder und das Vieh fließt.

9. Eine wunderliche Idee, ein unmöglicher Traum, ein utopisches Märchen?

- Bevor wir von der mehrfachen globalen Vorbild-Funktion der endgültigen Lösung des Nahost-Konfliktes
- oder gar von neuen Hotels an weiten Stränden der Mittelmeer-Küste eines neuen Staates Palästina außerhalb Palästinas zu träumen beginnen,
- kommen wir, bitte, "auf den Flicker-Teppich der derzeitigen Realitäten" zurück.

Nonkonformistische Gedanken bergen immer Akzeptanz-Risiken. Aber gerade den Menschen der Region sollte bewusst sein, dass sich durchaus Utopien und Jahrhunderte alte Träume realisieren lassen.

Zum Beispiel:

Die Utopie der Verkürzung des Seeweges nach Indien durch eine 195 km lange schleusenlose Großschifffahrts-Straße, dem Suez-Kanal in Ägypten. Oder:

Die Verwirklichung uralter Menschheits-Träume, die Wüsten zum Grünen zu bringen, in Israel.

Es ist ja richtig:

In diesem Buch wird nur eine "Idee" vorgestellt, über die man lächeln - und die bald in der "Akte Wunderlichkeiten" verschwinden kann.

Aber vergessen wir nicht, aus der "Idee" eines "Judenstaates" ist mehr geworden, als eine "Wunderlichkeit", obwohl anfangs – besonders in Westeuropa – auch nur darüber gelächelt wurde.

Vergleichen wir also eine gegenwärtig bedrückende Lage

- mit den realistischen und realisierbaren Chancen und Möglichkeiten, die hier skizziert wurden
- und fragen wir uns, ob die beteiligten Völker nicht endlich eine solche Chance verdient haben.

Im Gegensatz zu den Denkansätzen für ein "palästinensisches Flickenteppich-Gebilde" bietet das hier dargestellte Konzept

- nicht nur eine wirkliche Beendigung des Nahost-Konfliktes,
- sondern auch die tatsächliche Behebung dessen Folgen, sowie
- Frieden und Zusammenarbeit in einer ganzen Region.
- Und vor allem:
Eigenstaatlichkeit mit wirtschaftlich-sozialem Fortschritt für das palästinensische Volk in seinem neuen Staat.

Angenommen, am Ende des 21. Jahrhunderts lehrt man den Enkeln unserer Enkel:

"Die endgültige Regelung des Nahost-Konfliktes durch die Errichtung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das palästinensische Volk außerhalb Palästinas,

- zählt zu jenen Ereignissen, die den Beginn einer 'globalen Wende' zu mehr globaler Verantwortung und zu friedlicherem globalen Miteinander markieren."

Muss das ein "unmöglicher, unrealistischer Traum" bleiben? - Nein!
Warum denn?

- "Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen."

Theodor Herzl (1860 - 1904) im Vorwort seines 1896 erschienenen Buches "Der Judenstaat".

Danke!

Zunächst danke, danke, danke, liebe Marion.

Herzlichen Dank
für Gespräche, Meinung, Rat, Kritik, Hilfe an

Alexey,
Alla,
Bernd,
Christel,
Detlev,
Didi,
Ecki,
Gilien,
Gudrun,
Klaus N.†,
Leonie,
Nicole,
Stefan,
Volkmar,
Zoe.

” Im Gegensatz zu den Denkansätzen für ein palästinensisches Flickenteppich-Gebilde bietet das hier dargestellte Konzept

- nicht nur eine wirkliche Beendigung des Nahost-Konfliktes,
- sondern auch die tatsächliche Behebung dessen Folgen, sowie
- Frieden und Zusammenarbeit in einer ganzen Region.
- Und vor allem:
Eigenstaatlichkeit mit wirtschaftlich-sozialem Fortschritt für das palästinensische Volk in seinem neuen Staat. ”

